Antifaschistisches Info Blatt

Antifaschistisches info Blatt

Nr. 83 | Sommer 2009 | 3,10 EUR | Ausland 4,10 EUR

Forschung zur extremen Rechten

Zwischen Wissenschaft, Journalismus und Ideologie

NS-Szene

Berliner RechtsRock Szene

International

Der Papst und die Holocaustleugner

Ausschuss für
Verfassungsschutz

WEG DAMIT

Inhalt

AIB 83 2 · 2009

Rubriken

Titel

NS-Szene

Antifa

Rassismus

Debatte

Braunzone

Geschichte

International

6

14

Deutsch, Stolz & Treue

54

Antifaschistisches Infoblatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin

mail@antifainfoblatt.de

www.antifainfoblatt.de

Editorial

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen, liebe LeserInnen

Das Titelthema dieser Ausgabe lautet »Forschung zur extremen Rechten«. In ihrem Beitrag »Rechts, wo die Mitte ist« erläutert Kerstin Köditz anhand dem Wirken von Extremismusforschern, warum sie den Extremismusbegriff in diesem Zusammenhang für ungeeignet hält. Markus Mohr beleuchtet in seinem Artikel den Einfluss von Autoren aus dem Umfeld des Verfassungsschutzes in diesem Forschungsfeld. Mit dem Text »Schwieriges Terrain« untersucht Magnus Benine die Möglichkeiten und Grenzen der antifaschistischen Linken in diesem Bereich Einfluss zu nehmen.
Am 7. Juni fand die Europawahl statt und läutete die nächste Etappe im »Superwahljahr 2009« ein. Die Wahlen dürften für die Machtverhältnisse innerhalb der NPD und die Zukunft des »Deutschlandpakt« entscheidend sein. Das Ergebnis von 0,4 Prozent zeigt die gegenwärtige Schwäche der DVU, die vom »Deutschlandpakt« aus dem Jahr 2005 mit NPD und »Freien Kräften« nicht profitieren kann. Allein finanziell ist die DVU noch im Vorteil. Der Wechsel von früheren NPD-Funktionären wie Matthias Faust und Andreas Molau in die DVU-Führung weckt innerhalb von Teilen der extremen Rechten Hoffnungen auf eine Fusion zwischen dem parlamentarischen NPD-Flügel und der erneuerten DVU. Trotz aller bisherigen Wahlpleiten und internen Querelen hat bisher allein die NPD von den Wahlabsprachen profitiert und Mitglieder und Mandate hinzugewonnen. Die DVU hingegen hat Thüringen, entgegen der Absprachen, als Wahlgebiet an die NPD abtreten müssen. Bei einer direkten regionalen Konkurrenzwahl zwischen DVU und NPD während der Kommunalwahl in Brandenburg 2008 hat die DVU haushoch verloren. Während dessen gewinnen neonazistische Vertreter der außerparlamentarischen »Freien Kameradschaften« innerhalb der NPD zunehmend an Einfluss. Der parlamentarischere Flügel ging geschwächt aus dem letzten Bundesparteitag hinaus. Dieser Prozess wird im Artikel »Bundesparteitag der NPD« auf Seite 18 beleuchtet. Mit diesem Ergebnis dürften die Spannungen innerhalb der NPD-Führung perspektivisch eher zu als abnehmen. Die Wahlergebnisse der NPD bei den kommenden Landtagswahlen stehen für den jeweiligen künftigen Einfluss der drei entscheidenden Machtzentren innerhalb der NPD-Bundespartei (Fraktion Schwerin, Fraktion Dresden und die Bundesführung in Berlin). Für die Gesamt-NPD sind Wahlsiege nötig, um den Führungsanspruch der NPD innerhalb der Neonazi-Szene durchzusetzen.

Im Prozess gegen die beiden Neonazis, die im Juli 2008 in Templin (Brandenburg) den 55-jährigen Bernd K. grausam ermordet hatten (siehe Kurzmeldung im AIB #80), sind nun die Urteile ergangen. Im Mai diesen Jahres wurde der 19-jährige Sven P. wegen Mordes zur Höchststrafe von zehn Jahren Jugendhaft verurteilt, sein 22-jähriger Mittäter Christian W. bekam neun Jahre und drei Monate Haft wegen Beihilfe zum Mord. Der Richter wies in der Urteilsbegründung darauf hin, dass das neonazistische Menschenbild bei der Auswahl des Opfers entscheidend gewesen sei. Der alkoholkranke und arbeitslose Bernd K. sei in ihrem Weltbild ein »Asozialer« gewesen.

Templin, 2002: Bernd K. mit seinen
er seine Arbeit verloren. Vom Alkoho

Bernd K. – Faksimile aus der Berliner Zeitung vom 5. Mai 2009

Ergänzung

Im Artikel »Nato-Geheimarmeen – Terror im Namen der Demokratie« fehlte in der letzten Ausgabe folgender Absatz:

Was macht eigentlich das Parlament?
Auf die Einbringungen im Bundestag, nach Bekanntwerden der europäischen Geheimarmeen, antwortete die Bundesregierung ausweichend oder sie log. Während sie in der Antwort auf die Kleine Anfrage 11/8452 vom 29.11.1990 noch jegliche deutsche Gladio-Struktur dementierte, gab sie im Sommer 1991 in Drucksache 12/890 bekannt, dass die selbige im Herbst 1990 aufgelöst worden sei. Als der Grünen-Abgeordnete Hans-Christian Ströbele im Juni 2008 nochmals nachfragte, wurde ihm eine kurze Erklärung geschickt: »Der Bundesregierung liegen keine Kenntnisse vor.«

Neonazi sichert »Hardcore« als Marke

Foto: recherche-nord

[1] Timo Schubert (rechts) bei einer NPD-Demonstration am 29. Oktober 2005 in Göttingen

[2] Martin Krause (rechts) bei einer NPD-Demonstration am 1. Mai 2007 in Neubrandenburg

Der Neonazi Timo Schubert aus dem niedersächsischen Bovenden hat sich Anfang des Jahres das Wort »Hardcore« als Wortmarke für Kleidungsstücke gesichert. Schubert ist Schlagzeuger der Rechtsrockband »Agitator« und betreibt den Mailorder »Der Versand« (Vgl. AIB #80). Mit der Markeneintragung will er nun offensichtlich auch Geld mit der nicht-rechten Musikszene verdienen. Darüber hinaus ist zu befürchten, dass er demnächst linke Versände, die »Hardcore«-Shirts produzieren, verklagen wird.

Trotz hunderter Protestmails aus aller Welt hat sich das Deutsche Markenamt bis zuletzt geweigert die Markenanmeldung abzulehnen. In dem offiziellen Statement der Behörde heißt es lediglich: »Im Falle der Marke »Hardcore« ist die zuständige Markenstelle des Amtes nach sorgfältiger Prüfung der Anmeldung zu dem Ergebnis gelangt, dass die Eintragung nicht verweigert werden kann.«

Die Kampagne »Kein Bock Auf Nazis« hat deshalb mit Hilfe eines professionellen Markenanwalts einen Löschantrag gestellt, um die Markenanmeldung rückgängig zu machen. Gleichzeitig wurden mehrere Firmen, die das Wort für andere Waren geschützt haben, dazu gebracht Widerspruch gegen den Markeneintrag einzulegen. In beiden Fällen gilt: Wenn Schubert keinen Einspruch erhebt ist die Marke in 2–3 Monaten gelöscht. Falls er Einspruch erhebt kann es jedoch bis zu einem Jahr dauern, bis ein Gericht entscheidet. Um Anwaltskosten und Infomaterial zu finanzieren gibt es ab sofort auf www.keinbockaufnazis.de ein Hardcore-Retter-Shirt zu kaufen. ■

»Kategorie C« Konzert verboten

Ein für den 30. Mai geplantes Konzert der rechten Hooligan-Band »Kategorie C« in Lambrechtshagen bei Rostock wurde kurz fristig durch die Polizei verboten.

Organisiert wurde das Konzert von den Rostocker Neonazis Martin Krause sowie den Landtagmitarbeitern der NPD David Petereit und Frank-Uwe Linke. Krause trat damit zum wiederholten Male als Veranstalter von Rechtsrockkonzerten in Mecklenburg-Vorpommern auf. So wurde bereits das von ihm im November 2008 organisierte Konzert mit den Rechtsrockbands »Sturmwehr« und der »Liebenfels Kapelle« durch die Polizei verhindert.

Als Grund für das Verbot des Konzertes von »Kategorie C« führte die Polizei neben dem zu erwartenden Aggressionspotential und dem zahlreich vorbestraften Publikum den jugendgefährdenden Charakter der Veranstaltung an. Bei Vorkontrollen wurden mehr als 30 Neonazis in Gewahrsam genommen.

Bis zum Zeitpunkt der Verbotsverfügung hielten sich mehrere Hundert KonzertteilnehmerInnen auf dem Gelände einer Abschleppfirma auf. Unter ihnen zahlreiche Neonazis und KameradschaftlerInnen aus Mecklenburg.

Im Internet kündigten die Veranstalter an, gegen das Verbot juristisch vorzugehen und ein Ersatzkonzert in den kommenden Wochen organisieren zu wollen.

Am Tag des Konzertverbotes organisierte ein Antifaschistisches Jugendbündnis eine Demonstration unter dem Motto »Mach den Scheiß aus – Kategorie C das Mikro klauen«, an der 300 Personen teilnahmen und lieferte damit die Grundlage für die Verbotsverfügung der Polizei. ■

»Mecklenburgische Aktionsfront« verboten

Am 20. Mai 2009 hat der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern Lorenz Caffier die neonazistische Mecklenburgische Aktionsfront (M.A.F.) verboten und ihr Vermögen beschlagnahmt. Die Aktivitäten der M.A.F. hätten sich gegen die verfassungsmäße Ordnung und gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet. Als Ansprechpartner für die M.A.F. trat insbesondere der Mitarbeiter der NPD-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern David Petereit aus Rostock auf, etwa 10 weitere Personen wurden dem Sympathiesanten- bzw. Aktivistenkreis zugerechnet (Siehe AIB: #63). Die M.A.F. trat erstmals im Jahr 2002 an die Öffentlichkeit und hatte in den vergangenen Jahren regelmäßig mit verschiedensten Aktionen ihre Nähe zum Nationalsozialismus demonstriert. Im Jahr 2004 erklärte die Neonazigruppe: »Die M.A.F. versteht sich als Aktionsbündnis zur Verbesserung der Durchschlagskraft des Nationalen Widerstands in Mecklenburg«. In ihren Aktionen, ihrer Wortwahl als auch in ihren Darstellungen machten sie aus ihrer Nähe zum NS-Regime keinen Hehl. Ein besonderes Anliegen war ihr die Identifizierung mit der Waffen-SS und das Gedenken an die Waffen-SS Division »Charlemagne«. In Carpin errichteten sie zum Gedenken an die verbrecherische NS-Organisation einen Gedenkstein und stellten am 25. April 2004 zweihundert Holzkreuze für die Angehörigen der 33. Waffen-SS Division auf. Am 27. April 2008 störten M.A.F.-Aktivisten eine Gedenkveranstaltung zum 60. Jahrestag der Schließung des Lagers Fünfeichen (Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht in Neubrandenburg). ■

[1] Transparent der »Mecklenburgischen Aktionsfront« beim alljährlichen Neonaziaufmarsch in Dresden am 13. Februar 2005

Neurechte Tagung mit Hindernissen

Seit dem Jahr 2000 führt das neurechte Institut für Staatspolitik (IfS) regelmäßig das Berliner Kolleg als ihre Großveranstaltung in der Hauptstadt durch. Das für den 9. Mai angekündigte 17. Berliner Kolleg stand unter dem Motto »Die deutsche Frage und das Jahr 1989 – Deutschland zwischen Sonderweg und Anpassung«. Als Redner waren neben dem ideologischen Stichwortgeber des Instituts Karlheinz Weißmann auch verschiedene Vertreter aus Politik und Wissenschaft geladen. Fand das letzte Kolleg noch ungestört in der stadtbekannten Bildungseinrichtung Urania statt (siehe AIB #80), musste die Institutsleitung diesmal auf ein Sprachzentrum in der Berliner Innenstadt ausweichen. Doch nachdem der Vermieter über den politischen Hintergrund des IfS informiert wurde, nahm dieser von der Vermietung Abstand. Das Institut fand kurzfristig neue Räumlichkeiten in einem Berliner Außenbezirk. Aufgrund der Intervention verschiedener Initiativen und Parteien trat auch dieser Vermieter von einer Veranstaltung in seinen Räumlichkeiten zurück. Dem Veranstaltungsleiter Erik Lehnert gelang es abermals, einen neuen Veranstaltungsort kurzfristig zu organisieren. Diesmal in einem Altberliner Fabrikgebäude, welches gar nicht dem elitären Anspruch des IfS und seiner Veranstaltungsteilnehmer entsprach. Schließlich fanden sich trotz der kurzfristigen Änderungen des Tagungsortes etwa 150 Teilnehmer zum Berliner Kolleg des IfS ein. Als Referenten waren der letzte und langjährige Präsident des Gesamtdeutschen Institut – Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben Detlef Kühn, der Dozent für Philosophie an der Humboldt-Universität zu Berlin Prof. Dr. Steffen Dietzsch neben Prof. Dr. Menno Aden, dem Vorsitzenden der revisionistischen Staats- und Wirtschaftspolitische Gesellschaft (SWG) geladen. Auf der halbjährlichen Veranstaltung präsentierte das Institut für Staatspolitik und der nahe stehende Verlag Edition Antaios nicht nur seine Arbeit einen breiten Publikum. Das Berliner Kolleg dient neben der politischen Verortung durch die Tagungsbeiträge, v.a. auch als wichtige Kommunikationsbasis für die zahlreichen Teilnehmer fernab der Öffentlichkeit. ■

Rechts, wo die Mitte ist

Warum sich der Extremismusbegriff verbietet

Kerstin Köditz

Kerstin Köditz ist Sprecherin für Antifaschistische Politik der Linksfraktion im Sächsischen Landtag

Extremismus richtet sich definitionsgemäß gegen die Verfassung. Extremisten sind also ein Fall für den Verfassungsschutz (VS). Deshalb erscheint das »Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung« auch an der Fachhochschule des Bundes in Brühl. Dort werden nämlich die Verfassungsschützer ausgebildet. Einer ihrer Ausbilder, bestallt als veritabler Professor, Armin Pfahl-Traughber, ist Herausgeber des Jahrbuchs und war selbst über Jahre einer der ihren. Er ist sozusagen die wissenschaftliche Abteilung des VS. Vielleicht bekommen wir ja demnächst auch noch eine historisch-kritische, wissenschaftliche Version der jährlichen VS-Berichte.

Zwei in Sachsen tätige Wissenschaftler dürften für sich reklamieren, ein solches Werk bereits seit 20 Jahren vorzulegen. Uwe Backes, Professor an der TU Dresden und Vize am Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung, sowie Eckhard Jesse, Lehrstuhlinhaber für politische Wissenschaft an der TU Chemnitz, geben das »Jahrbuch Extremismus & Demokratie« heraus. Redaktionsassistent ist Dr. Florian Hartleb, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TU Chemnitz. Armin Pfahl-Traughber und andere »Verfassungsschützer« im Staatsdienst, wie Dr. Thomas Grumke, sind häufige Autoren.

Das Jahrbuch zeigt, dass die Extremismustheorie offenbar fast austauschbar mit der Totalitarismustheorie ist. Beide werden je nach politischer Nützlichkeit wechselweise herangezogen. Während die Totalitarismustheorie die staatlichen Totalitarismen vergleicht, vergleicht die Extremismustheorie die Extremismen, die in Bewegungen, Ideologien oder Organisationen zum Ausdruck kommen. Was jeweils als extremistisch definiert wird, variiert je nach politischem und historischem Kontext. Die Anerkennung der Oder-Neisse-Grenze, heute ernsthaft nur noch von unverbesserlichen Revanchisten angegriffen, war in den sechziger Jahren bereits als Forderung extremistisch. Angesichts solcher Verschiebungen stellt die Trennschärfe zwischen demokratisch und extremistisch für die Extremismusforscher eine der größten Herausforderungen dar. Da dieses Problem nicht einfach zu lösen ist, sieht Jesse den Ausweg in einem Taschenspielertrick: Er unterscheidet zwischen »weichem« (DIE LINKE) und »hartem« (NPD) Extremismus. Damit droht endgültig der politischen Beliebigkeit anheim zu fallen, was als extremistisch definiert wird und was nicht. Themenschwerpunkt des jüngsten Bandes von »Extremismus & Demokratie« ist der Komplex »Bedeutung und Bedrohungspotential des islamischen Extremismus«. Daneben stehen Aufsätze wie »Totalitarismus als politische Religion«, »Die NPD und die Immobilien« oder »Das neue Parteiprogramm der DKP«. Um die Genannten herum hat sich ein Zitierkartell und ein Schülerkreis gebildet, die sich bei allen Unterschieden der Forschungsobjekte in einem einig sind: es gilt die Extremismustheorie offensiv zu vertreten. Hier scheint, dass weniger die Qualität einer Dissertation entscheidend für die Karriere ist, sondern vielmehr die kritiklose Berufung auf diese Theorie.

Carmen Everts hat bei Jesse zu »Politischer Extremismus. Theorie und Analyse am Beispiel der Parteien REP und PDS« promoviert. Sie wurde dann Grundsatz-Referentin der hessischen SPD und schließlich bundesweit bekannt als eine der vier Abweichlerinnen gegen die gescheiterte Andrea Ypsilanti. Sie wird sich nach Jahren wieder einmal an das erinnert haben, was sie einst über die PDS geschrieben hatte. Dr. Steffen Kailitz hat an der TU Chemnitz promoviert. Heute ist er Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts. Und er veröffentlichte mit Eckart Jesse den Band »Prägekräfte des 20. Jahrhunderts« mit dem Untertitel »Demokratie, Extremismus, Totalitarismus«. Dr. Tom Thieme ist wissenschaftlicher Mitarbeiter. Natürlich bei Jesse. In der Schriftenreihe »Extremismus & Demokratie«, zum gleichnamigen Jahrbuch, erschien seine Dissertation »Hammer, Sichel, Hakenkreuz« über »Parteipolitischen Extremismus in Osteuropa«. Der obligatorische Dank geht an den obligatorischen Doktorvater, Eckhard Jesse – natürlich –, daneben an Uwe Backes. Beide liefern auch das Vorwort. Weitere Danksagungen gelten u.a. Florian Hartleb und Steffen Kailitz. Ein Stipendium für die Arbeit gab es von der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung. Kailitz wiederum publiziert bei der CDU-nahen Konrad-Adenauer-Stiftung. Jesse wirkt ehrenamt-

lich als Extremismusbeauftragter der sächsischen CDU.

Zu lernen ist hier, dass CDU und CSU per definitionem nicht extremistisch sind. Die Deutungshoheit darüber, was extremistisch sei und damit politisch stigmatisiert werden darf, maßen sich diese Wissenschaftler an. Bei solchen Zusammenhängen darf wohl die hehre Unabhängigkeit von Wissenschaft, Forschung und Lehre in diesem Bereich bezweifelt werden. Bereits die enge Anbindung an staatliche Institutionen und Einrichtungen sowie an Parteien lässt diesen Schluss zu. Zum Wesen der Demokratie, so das Lehrbuch, gehört, dass Wissenschaft gerade nicht im Dienst von Staat und Partei stehen darf. Dies, so behaupten unisono Extremismus- und Totalitarismustheorie, sei gerade ein Merkmal totalitärer Systeme.

Jesse postuliert, so der Titel eines Aufsatzes in dem Band »Gefährdungen der Freiheit. Extremistische Ideologien im Vergleich«, »das Gebot der Äquidistanz gegenüber politischen Extremismen«. Das Ideal ist stets die Mitte. Demnach wäre die idealtypische politische Einstellung im »demokratischen Verfassungsstaat« ein »Mittismus«, der höchstens noch zwischen linker und rechter Mitte unterscheidet. Das Gedrängel der Parteien in der angeblichen Mitte kann angesichts solcher Vorgaben nicht verwundern. Die Mitte gerät in der Extremismustheorie zum Dogma. Jede Art von »Besinnung« wird von den Extremismustheoretikern honoriert. So etwa bei Klaus Rainer Röhl, dem langjährigen Herausgeber der »linksextremistischen« Zeitschrift »konkret« und Ex-Ehemann Ulrike Meinhofs. Er hat tätige Reue geleistet und ist inzwischen nicht nur Mitglied der FDP, der verkörperten Mitte, sondern auch der nationalliberalen »Stimme der Mehrheit«. Auf seine alten Tage hat er promoviert. Die Buchversion trägt den Titel: »Die letzten Tage der Republik von Weimar«. Im Klappentext heißt es: »Goebbels und Ulbricht zogen im Hintergrund die Fäden. (...) Drohte ein allgemeines Bündnis der Radikalen?« Extremismustheorie in Reinkultur. Sein Doktorvater war nicht Eckhard Jesse sondern Ernst Nolte. Jener Ernst Nolte, der unlängst der Zeitschrift »Hier & Jetzt« der »Jungen Nationaldemokraten« ein langes Interview gegeben hat.

Diese von der Extremismustheorie propagierte Mitte weist eine eindeutige Nähe zur Rechten auf. Zu einer in der Regel demokratischen, konservativen Rechten, aber eben zur Rechten. Es handelt sich um Legitimationswissenschaft, um die Legitimation des Bestehenden, der real existierenden Gesellschaft. Die Extremismustheorie produziert Ideologie und fordert gleichzeitig Ideologiefreiheit.

Die Nutzung des Extremismusbegriffs sollte sich verbieten. Er erklärt nichts, verschleiert jedoch vieles. Man sollte Nationalisten Nationalisten nennen, Rassisten Rassisten, Antisemiten Antisemiten. Es sind die Inhalte, die zählen, nicht die Etiketten. ■

Der Verfassungsschutz und die Forschung zum »Rechtsextremismus«

Markus Mohr

Markus Mohr ist zusammen mit Klaus Viehmann Herausgeber des Buches »Spitzel. Eine kleine Sozialgeschichte«

Der Antifaschist Jens Mecklenburg legte im Januar 1999 im linken Berliner Elefanten Press-Verlag einen Sammelband mit dem Titel »Braune Gefahr« vor. Darin setzen sich elf Autoren und eine Autorin, hauptsächlich aus dem akademischen Bereich, mit unterschiedlichen Aspekten der »Geschichte und Zukunft« der drei neofaschistischen Parteien DVU, Republikaner und NPD auseinander. In der Einleitung verwendet Mecklenburg allein zwölf Mal den Begriff »rechtsextrem« in unterschiedlichen Variationen. Doch auf einmal auf der zweiten Seite des Vorworts, ruft Mecklenburg gegen die Untätigkeit staatlicher Stellen vor allem »im Osten der Republik« den Satz aus: »Er lässt die Faschisten gewähren!« Doch dieser Begriff taucht dann in der Folge bei ihm nicht mehr auf.

Herausgeber Mecklenburg steht mit diesem begrifflichen Zugriff auf die Thematik im Sammelband nicht allein, auch sieben weitere AutorInnen führen »Rechtsextremismus« und »extreme Rechte« im Titel ihrer Aufsätze. Zwar taucht in diesen Aufsätzen immer mal wieder auch der Begriff des Faschismus als Synonym für Rechtsextremismus auf, allein die durch die Aufsatztitel gewählte Akzentsetzung wird dadurch in keiner Weise tangiert. Einzig durch den vorletzten Beitrag darf sich das im Sammelband in friedlicher Vereinigung vorgestellte Ensemble couragierter Rechtextremismuskritiker begründet gestört fühlen. Der Historiker Wolfgang Wippermann greift dort unter dem Titel »Verfassungsschutz und Extremismusforschung: Falsche Perspektiven« eben diesen Begriff »und die damit vorgegebene Forschungsperspektive« an. Nach Wippermann mischt sich der Verfassungsschutz (VS) »in die Rechtsextremismus-Forschung ein, indem er mit Rechtsextremismusforschern zusammenarbeitet oder sie in seine Dienste nimmt.« Hinzu komme »die mehr als bemerkenswerte Tatsache, dass die leitenden Begriffe und Fragestellungen der Rechtsextremismus-Forschung vom Verfassungsschutz geprägt und vorgeben worden« seien. Dies gelte insbesondere »für die Verwendung des Terminus Rechtsextremismus, der den bis in die 70er Jahre verwandten Begriff Rechtsradikalismus ersetzt« habe und »diese Vorgabe des Verfassungsschutzes« sei dann »von den weitaus meisten Rechtsextremismusforschern befolgt worden« (S. 269).

Folgt man Wippermann, muss festgestellt werden, dass das Forschungsterrain unter der Bezeichnung »Rechtextremismus« erstens vom VS selbst konfiguriert und zweitens bis in die jüngste Gegenwart durch entsprechende Bemühungen dominiert wird. Es gibt sogar noch eine Besonderheit in der Erfindung des Extremismusbegriffs durch die Verfassungsschutzbehörden. Er wurde wesentlich am Linksradikalismus entfaltet, zumal zu dem Zeitpunkt seiner offiziellen Einführung durch den damaligen Bundesinnenminister Werner Maihofer »der Rechtsextremismus in der Bundesrepublik« kurzerhand als »seit langem politisch bedeutungslos« erklärt wurde (W. Maihofer, 1975, S. 5).

Dabei besteht nach Wippermann eine ganz wesentliche Funktion in der staatsoffiziellen Verwendung des Extremismusbegriffs darin, die sowohl im Faschismus- wie im Antifaschismusbegriff liegenden eminent bedeutsamen politischen Bezüge unsichtbar werden zu lassen: »Wer vom Faschismus statt vom Extremismus spricht, weist zugleich auf seine kapitalistischen Strukturen und Voraussetzungen sowie auf seine Bundesgenossenschaft mit dem Konservatismus hin.« Nach Wippermann liegen »erstere (...) immer noch vor. Letzteres – das historische Bündnis mit den Konservativen – kann sich wiederholen« (Dämonisierung S. 33).

Soweit zu den machtpolitisch überformten Voraussetzungen des For-

schungsterrains »Rechtsextremismus«, das ohne intellektuelle wie praktische Verwicklung mit den Verfassungsschutzbehörden nicht zu haben ist. Insofern kann die unbefangene Verwendung des ganz offenkundig aus zwielichtigen Gründen erfundenen Begriffs »Rechtsextremismus« in dem oben vorgestellten Buch »Braune Gefahr« als ein weiterer Erfolg der jahrelangen Publikations-, Organisierungs- und Wirkungsmacht des VS gelesen werden.

Paradox an diesem Zustand enger Verklammerung ist dabei der Umstand, dass für die VS-Behörden eine eigenständige, an den Maßstäben akademischer Autonomie und Freiheit angelegte Forschung überhaupt nicht zur Aufgabenstellung gehört. Eine eigene Forschungsabteilung des VS zu dem Themenfeld »Rechtsextremismus« existiert nicht – was seine eigene Logik besitzt, denn ein Geheimdienst ist von seinem Organisationsprinzip das fundamentale Gegenteil einer wissenschaftlichen Akademie: Intransparent, denn sonst wäre er keiner. Der zentrale operative Auftrag des VS besteht schlicht im »kreativen« Sammeln von Informationen, die dann entsprechend bearbeitet, gefiltert und aufbereitet Eingang in die Öffentlichkeitsarbeit sowie die Politische Bildung finden sollen. Allerdings – und insofern steckt der Verfassungsschutzteufel wahrlich im Detail – sind unter Begriffen wie »Sammeln«, »Öffentlichkeitsarbeit« sowie »Politische Bildung« die Zusammenhänge mit dem, was man auch Forschung nennen kann, eng und die Abgrenzungen nicht immer ganz präzise zu bestimmen. Sichtet man nun wissenschaftliche Literatur zum Themenfeld Rechtsextremismus, so wird man immer mal wieder auf bestimmte, von den Verfassungsschutzbehörden alimentierte Publikationsunternehmer treffen: Aktuell handelt es sich dabei um Armin Pfahl-Traughber, Thomas Pfeiffer und Thomas Grumke, allesamt Doktoren der Sozialwissenschaften selbstverständlich. Ersterer arbeitet seit 1994 für den VS, ist unterdessen als »Professor« an der verwaltungsinternen Fachhochschule Brühl bei Bonn tätig und seitdem durch eine kaum überschaubare Anzahl von Beiträgen zu diesem Thema hervorgetreten. Dr. Pfeiffer und Dr. Grumke arbeiten seit 2002 bzw. 2004 beim Innenministerium Nordrhein-Westfalen als Referenten für »Öffentlichkeitsarbeit und gesellschaftliche Analyse« in der Abteilung Verfassungsschutz, Referat 611. Mit anderen Worten: Mindestens 50 Prozent ihres Arbeitsvermögens müssen sie als Reklamefachmänner für eben diese bedeutende Behörde im Apparat der »Inneren Sicherheit« aufwenden.

Die öffentliche Praxis der drei Genannten in Form der Teilnahme an Tagungen und Podien, aber auch Publikation von Beiträgen in wissenschaftlichen Fachjournalen kann in Anlehnung an einen der wichtigsten Vordenker des Verfassungsschutzes in der Bundesrepublik, Ministerialdirigent H. J. Schwagerl, als »informativer Verfassungsschutz« gefasst werden, der Teil der politischen Bildungsarbeit ist. Diese dient gerade nicht dem Ziel freier, gar unbequemer Erkenntnis über den verhandelten Gegenstand, sondern dazu, das Vertrauen der BürgerInnen in die Institution Verfassungsschutz zu stärken. O-Ton Schwagerl: »Die Mehrheit der Bürger muss verstehen lernen, dass (...) der nachrichtendienstliche Verfassungsschutz ein sicheres Erkenntnismittel für den Wirkungsgrad der rechtsstaatlichen Demokratie darstellt. (...) Jeder kann (...) durch den Verfassungsschutz mit Hilfe von speziellen Informationen in der politischen Bildung unterstützt werden.« (S. 254)

Eine kritische Auseinandersetzung mit zunächst akademisch erscheinenden Forschungsbeiträgen von Verfassungsschutzangestellten zum Thema »Rechtsextremismus« kann dennoch lohnen. Das soll am Beispiel eines von den beiden Professoren Dieter Rucht und Roland Roth hinter dem Rücken aller anderen Autoren in das 2008 publizierte »Handbuch soziale Bewegungen« eingeführten Beitrags von Dr. Thomas Grumke deutlich gemacht werden. Zunächst arbeitet Dr. Grumke in seinem Aufsatz unter dem Titel »Die rechtsextremistische Bewegung« die von den Herausgebern vorgegebene Matrix (Abgrenzung des Gegenstandes, Ideologie und Zielsetzungen, Organisationen und Netzwerke etc.) ab, referiert brav aus mehreren Publikationen seiner Herausgeber zum Thema und zitiert ansonsten hauptsächlich aus eigenen Schriften und denen seines Dienstkollegen Dr. Pfeiffer. Zutreffend weist er darauf hin, dass sich →

[1]

Screenshot von www.buendnis-toleranz.de

[1] Uwe Backes – Beiratsmitglied des »Bündnis für Demokratie und Toleranz«.

[1]

Prof. Dr. Eckhard Jesse, geboren 1948 in Wurzen / Sachsen, lehrt seit 1993 Politikwissenschaft an der Technischen Universität Chemnitz. Zu seinen Schwerpunkten gehören die Extremismus-, Demokratie-, Parteien- und Deutschlandforschung. Er ist mit Uwe Backes Herausgeber des in diesem Herbst zum zwölften Mal – im Nomos Verlag – erscheinenden Jahrbuchs Extremismus & Demokratie. Im September ist von ihm ein auf eine Ringvorlesung an der Universität zurückgehender Sammelband herausgekommen:

[1] Prof. Dr. Eckhard Jesse – Faksimile aus »Mut« Nr. 398

Manfred Agethen / Eckhard Jesse / Ehrhart Neubert (Hrsg.)
Der missbrauchte Antifaschismus
DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken
1961 1986 25 Jahre antifaschistischer Schutzwall
rechten Konsens durchbrechen! Kein Fußbreit den Faschisten
HERDER

→ ab Mitte der 1990er Jahre eine Vielzahl von neonazistischen Aktivisten aus verbotenen Organisationen unter dem Dach der NPD und ihrer Jugendorganisation JN sammeln. (Vgl. S. 479). Diese Überlegungen spitzt Dr. Grumke schließlich in der Formulierung zu, dass der »Dreh- und Angelpunkt der rechtsextremistischen Bewegung (...) jedoch die NPD/JN« bleibe, um dann fortzufahren, dass deren Bedeutung als »einflussreichste und signifikanteste rechtsextremistische Organisation (sogar) mit den Wahlerfolgen und dem damit verbundenen Zugang zu einer Vielzahl von Ressourcen, insbesondere der staatlichen Parteienfinanzierung, noch gewachsen« sei (S. 485). Der spätestens hier anzubringende Hinweis, dass ein bedeutender Teil eben dieser »Ressourcen« für die NPD von den Bundes- und Landesämtern für Verfassungsschutz aufgebracht worden ist, wurde von Dr. Grumke auch im Rest des Aufsatzes vergessen.[1] Das ist darauf zurückzuführen, dass es sich bei diesem Handbuchaufsatz nicht um einen freien akademischen Beitrag mit gewissen Auslassungen und Mängeln handelt, wie sie immer mal wieder vorkommen, sondern um eine Publikation seiner Behörde selbst, für die sein Dienstherr auf Nachfrage gerade zu stehen hat. Und der hat allemal Grund dafür, sich nicht auch noch durch einen seiner Subalternen schriftlich in aller Öffentlichkeit bescheinigen zu lassen, dass es das LfV NRW selbst war, das wesentlich die NPD durchgetragen hat und in diesem Kontext »das Bundesverfassungsgericht (...) hinters Licht« zu führen versuchte (Vgl. Ulrich Neumann, u.a. 2002). An den besonderen Verwicklungen seiner eigenen Behörde im NPD-Verbotsverfahren vor dem Bundesverfassungsgericht (BVerfG) lässt sich natürlich besonders einfach objektivieren, woran Dr. Grumke notwendig scheitern musste. Das Scheitern setzt sich auch in der begrifflichen Einordnung dessen fort, was sich in den frühen 1990er Jahren an neofaschistischem Terror auf den Straßen und Plätzen der Republik abgespielt hat. Zwar verweist Dr. Grumke noch in den Überlegungen zur »Abgrenzung des Gegenstandes« darauf hin, dass die Debatte, ob der Neofaschismus als »eine soziale Bewegung« zu verstehen sei, mit dem »abrupten Anstieg rechtsextremistischer Gewalt vor allem gegen ›Fremde‹ (...), die zum Teil pogromartige Ausmaße annahm«, zusammenfiel. Allerdings stuft er dann in einer dazu gesetzten Fußnote den Begriff des Pogroms am Beispiel der »zu trauriger Berühmtheit gelangten« Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen Ende August 1992 zu »Ausschreitungen« herunter (S. 476). Die Verwendung dieses Begriffes ist kein Zufall, sondern verweist ihrerseits auf einen sinistren Einfall des früheren Bundesinnenministers Rudolf Seiters. Und der wusste unmittelbar nach der schwarzen Messe der Neofaschisten in Rostock auf der Sondersitzung des Bundestags-Innenausschusses am 31. August 1992 davon zu berichten, dass es »bei den Ausschreitungen (dort) auch erste Anzeichen für ein gemeinsames Zusammenwirken von linksextremen Autonomen und rechtsextremen Skinheads gegeben (habe), die gemeinsam gegen die Polizei vorgegangen seien« (»woche im bundestag«, Nr. 13 /1992, zitiert nach J. Reents). Man merke sich hier: Am politologisch durch die Sicherheitsbehörden ausgeleuchteten Feld extremer politischer Gewalt sitzt der Antifaschismus, pardon: Linksextremismus, stets mit am Tisch.

Es lässt sich aber in seiner politisch gewollt verkürzten Darstellung noch ein anderer Punkt geltend machen, der jenseits allen Wissenschaftsanspruches in der Perspektive von Humanität schlicht einer Katastrophe gleichkommt.

Dr. Grumke weiß der neofaschistischen Bewegung zunächst einen Anspruch »auf einen fundamentalen gesellschaftlichen und politischen Wandel mit Mitteln des kollektiven Protest bis zur Anwendung von Gewalt« zuzubilligen. (S. 476). Und dann benennt er deren Mittel völlig zutreffend damit, dass bei dieser »über Jahre hinweg (...) Menschenjagden und Tötungen zur Anwendung« kommen, die er – wie, bitte, liest man das richtig? – als ein »breites Aktionsrepertoire« qualifiziert. Doch schon im unmittelbar darauf folgenden Satz bescheinigt

1| Zum Einfluss von V-Leuten in der NPD vgl. AIB #55, Seite 31–34

der Autor dem Neofaschismus erneut, dass man diesem, nun mal »das Streben nach grundlegendem sozialen Wandel« nicht absprechen dürfe (S. 477). Glaubt man dem Verfassungsschutzautor, war für »Anfang der 90er Jahre« ein »erhebliches Aufkommen fremdenfeindlicher Gewalt« zu konstatieren (S. 478). Verblüffend, dass ausgerechnet ein Politologe sich mit der Formulierung eines »erheblichen Aufkommens« einer Sprache bedient, die anzeigt, dass an diesem Punkt Politik aufhört und der Verkehrs- oder Wetterbericht beginnt, insofern auch nicht mehr weiter gedacht werden soll. Wenn man aber nun diese Bemerkungen auf den Zeitraum zwischen Januar 1990 bis Ende Mai 1993 bezieht, dann ist man damit konfrontiert, dass vielleicht nicht der »Rechtsextremismus«, aber doch der mörderische Neofaschismus in der Bundesrepublik einen Leichenberg von mindestens 50 Menschen angehäuft hat (Vgl. Rebecca Forner u.a.). Darin soll sich also mit einem »breiten Aktionsrepertoire« allen Ernstes ein »Streben nach grundlegendem sozialem Wandel« ausgedrückt haben? Das ist unfassbar. Dr. Grumke verschleiert Methoden politischen Terrors mit elegant gemeinten Formulierungen, in denen sich in der Sache ein fundamentaler Wirklichkeitsverlust manifestiert. Zugleich fügt er sich damit geschmeidig in die von den Bundesinnenministern Seiters, Kanther und Schily in den 1990er Jahren umsichtig betriebene Politik des Verharmlosens, Vertuschens und Bagatellisierens des von Neofaschisten ausgeübten Terrors ein (Vgl. M. Holzberger; H. Kleffner u.a.).

Noch einmal zurück zu dem oben vorgestellten Buch »Braune Gefahr«. Bei Veröffentlichung konnte das außerordentlich hohe Engagement des VS in der Unterstützung und Förderung der NPD allenfalls behauptet, jedoch nicht belegt werden. Spätestens nach dem am 18. März 2003 offiziell für gescheitert erklärten NPD-Verbotsverfahren vor dem BVerfG ist das für jeden, den es wirklich interessiert, anders. Gleichwohl kann an dem weiteren akademischen Lebensweg der zwölf AutorInnen des »Braune Gefahr«-Buches der anhaltend große Einfluss des VS auf die Strukturierung des Terrains aufgezeigt werden. Hier ist allemal die Volksweisheit, dass nun mal ein Geheimdienst, der nicht »überall seine Finger drin hat«, ein schlechter Geheimdienst ist, angebracht. Gibt man also einmal die Namen der AutorInnen in eine Suchmaschine in direktem Zusammenhang mit eben dieser Institution ein, dann können mindestens acht davon recherchiert werden, ob als Referent bei einer VS-Tagung, auf einem Podium mit einem VS-Vertreter oder als Autor in einem entsprechenden Sammelband.

Der schönste Einfall in dem auch zukünftig anzustrebenden Verhältnis zwischen Rechtextremismusforschern und dem Verfassungsschutz stammt dabei von Professor Butterwegge auf der bislang einzigen Verfassungsschutz-Tagung mit explizit akademischem Anspruch, die vom Landesamt NRW zur »Neuen Rechten« am 8. Oktober 2003 in Düsseldorf abgehalten wurde: »Für die nötige Sensibilität und Wachsamkeit (gegen die Ideologien der Neuen Rechten) sollten wir gemeinsam werben – Verfassungsschützerinnen und Verfassungsschützer, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Publizistinnen und Publizisten, am besten alle Menschen, die sich politisch engagieren.« (W. Gessenharter / T. Pfeiffer, S. 243) Was für ein Gottvertrauen des Marxisten Butterwegge in »alle Menschen«! ■

Literatur:

- Bundesverfassungsgericht, Entscheidung im NPD-Verbotsverfahren, BVerfG, 2 BvB 1/01 vom 18.3.2003, Absatz-Nr. (1–154)
- Rebecca Forner und Opferperspektive e.V.: Mehr als 140 Todesopfer rechtsextremer Gewalt seit 1990, im Internet-Portal »Mut gegen rechte Gewalt« – Portal gegen Rechtsextremismus vom 19.10.2007
- Wolfgang Gessenharter, Thomas Pfeiffer: Die Neue Rechte – eine Gefahr für die Demokratie?, Wiesbaden 2004
- Dr. Thomas Grumke: Die rechtsextremistische Bewegung, in Prof. Dieter Rucht/Prof. Roland Roth: Soziale Bewegungen in Deutschland nach 1945 in Deutschland. Ein Handbuch, Frankfurt 2008, S. 475–492
- Werner Maihofer: Zum Verfassungsschutzbericht 1974, in: Bundesministerium des Innern, Referat Öffentlichkeitsarbeit, betrifft: Verfassungsschutz 1974, Bonn 1975, S. 3–8
- Jens Mecklenburg: Braune Gefahr DVU, NPD, REP Geschichte und Zukunft, Berlin 1999
- Jürgen Reents: »Kampfbegriff »Extremismus« / Über den Versuch der Bundesregierung und der Medien, das Ausmaß der rechtsextremen Gewalt zu bagatellisieren und die Linke propagandistisch dafür haftbar zu machen«, in: Konkret Nr. 12, 1992, S. 30
- Ulrich Neumann, Anton Maegerle, Eric Friedler, Stephan Schlentrich: Der V-Mann-Skandal – die Geschichte des NPD-Spitzels, Report Mainz, Sendung vom 28.01.2002
- H. Joachim Schwagerl: Verfassungsschutz in der Bundesrepublik Deutschland, Heidelberg 1985
- Wolfgang Wippermann: Verfassungsschutz und Extremismusforschung: Falsche Perspektiven, in: J. Mecklenburg, a.a.O., S. 268–280
- Wolfgang Wippermann: Dämonisierung durch Ver-

Schwieriges Terrain

Die antifaschistische Linke und die Forschung zur extremen Rechten

Geht man heute in eine gut sortierte politische oder wissenschaftliche Buchhandlung, so wird man dort zumindest einige der Bücher finden, die jedes Jahr in der Bundesrepublik Deutschland zum Thema extreme Rechte erscheinen. Ob zu einzelnen Organisationen der extremen Rechten, ihrer Weltanschauung und Wählerstruktur, zu Geschlechterbildern, der parlamentarischen Arbeit oder zu internationalen Vernetzungen, ob zu Aussteigern oder zu Fragen von Strategie und Taktik – das Angebot an Veröffentlichungen ist umfangreich und vielseitig. Es reicht von Einführungsliteratur über eng geführte disziplinäre Arbeiten bis hin zu Handlungsleitfäden wie in der Kommune, an der Schule oder am Arbeitsplatz wirksam gegen das Auftreten der extremen Rechten politisch gearbeitet werden kann.

Magnus Benine

Die Zahl der (neu erscheinenden) Publikationen im Auge zu behalten, ist selbst für ExpertInnen kaum möglich – schließlich führen heute viele große sozialwissenschaftliche Verlage zahlreiche einschlägige Titel in ihrem Sortiment; dann gibt es die vielen Verlage, die wissenschaftliche Qualifikationsarbeiten verlegen, und auch eine Reihe meist kleiner linker Verlagsprojekte, die Literatur zur extremen Rechten, aber auch zur Geschichtspolitik u.ä. veröffentlichen – Unrast (Münster) und RAT (Hamburg) mögen hier als Beispiele genügen. Dennoch muss aus der Perspektive eines linken Antifaschismus, der sich nicht nur am aktuellen Auftreten extrem rechter Organisationen abarbeiten will, sondern auch die gesellschaftlichen Ursachen des Auftretens und möglicherweise Erstarkens der extremen Rechten verstehen will, festgestellt werden, dass hierzu wenig fundierte Literatur zu finden ist.

Sicher, es gibt die Klassiker – u.a. Dimitroff, Thalheimer, Adorno, Poulantzas, Opitz, ... – aber eine auf fundierter gesellschaftstheoretischer Analyse fußende Beurteilung der gegenwärtigen extremen Rechten, der Ursachen ihres Erstarkens und eine Prognose der weiteren Entwicklung gibt es nicht. Schlimmer noch: es gibt im Grunde nicht einmal Ansätze einer Debatte innerhalb der radikalen Linken bzw. der antifaschistischen Linken um solche Fragen, häufig sogar völliges Desinteresse. Ein erheblicher Teil derjenigen, die den verdienstvollen Kampf auf der Straße führen, hält solche Fragen für entbehrlich, für zu mühsam, für Ablenkung von dem, was man als eigentlich wichtige Aufgaben ansieht, nämlich den nächsten Aufmarsch zu verhindern oder die nächsten Aktionen gegen den Nazi-Laden um die Ecke vorzubereiten. Andere glauben, dass Aspekte klassischer Faschismustheorien (z.B. ›Hinter dem Faschismus steht das Kapital‹) noch immer ungebrochen gültig sein müssen. Wie aber sieht das Verhältnis des Kapitals (oder der einzelnen Kapitalfraktionen) zu den verschiedenen Strömungen der extremen Rechten unter den aktuellen gesellschaftlichen Verhältnissen tatsächlich aus? Was hat sich daran angesichts der wirtschaftlichen Krise verändert? Welche (objektiven) Interessen teilen diese Akteure, welche sind widersprüchlich – und welche Verschiebungen der Interessenlagen sind in der Zukunft zu erwarten? Welche Gruppen in der Bevölkerung sind im Kontext der Krise möglicherweise besonders gut für faschistische Agitation ansprechbar – und wie kann die antifaschistische Linke dagegen kämpfen? Das alles sind zentrale Fragen für die antifaschistische Bewegung – ihr tatsächlicher Stellenwert in der antifaschistischen Politik ist hingegen derzeit gering.

Selbstverständlich ist die genannte Aufgabe kein leichtes Unterfangen.

Aber insbesondere in der augenblicklichen Situation der tiefen ökonomischen – und möglicherweise in Zukunft auch politischen – Krise gewinnt die Berücksichtigung der genannten Fragen an Bedeutung. Nun ist es ja nicht so, dass es in den Reihen derjenigen, die zum Thema ›extreme Rechte‹ heute in der Bundesrepublik wissenschaftlich publizieren, nicht auch eine Reihe von AutorInnen gibt, die in der antifaschistischen Bewegung aktiv waren oder ihr noch mehr oder weniger eng verbunden sind. Soweit sie sich für eine akademische Karriere entschieden haben, haben sie freilich nicht nur mit den im akademischen Feld gängigen Belastungen und Unsicherheiten zu kämpfen, sie können auch sicher sein, dass eine dezidiert links positionierte Faschismusanalyse einem beruflichen Vorankommen nicht unbedingt förderlich ist.

Im Markt der Forschungen zur extremen Rechten nehmen extremismustheoretische Ansätze, deren einflussreichste Vertreter Backes, Jesse, Pfahl-Traughber oder Grumke heißen, einen prominenten Platz ein; dort gibt es starke Überschneidungen zur Arbeit der Geheimdienste, die sich auch Wissenschaftler eingekauft hat, die sich bereits vor ihrem Dienstantritt mit der Thematik ›extreme Rechte‹ befasst haben. Mit dem Eintritt in die Behörde wird die Wissenschaftlichkeit der Arbeiten jedoch unter Vorbehalt gestellt. Diese Arbeiten werden von der antifaschistischen Linken und einem Teil der WissenschaftlerInnen, die sich mit der extremen Rechten beschäftigen, daher zu Recht als wissenschaftlich unzureichend und politisch desorientierend kritisiert, auch wenn einzelne Forschungsergebnisse durchaus interessant sein können. Diese defensive Position ist jedoch nicht ausreichend. So, wie es in den letzten Jahren gelungen ist, in den Aktionen und Kampagnen gegen faschistische Aktivitäten die Erkenntnis zu verbreiten, dass Faschismus keine Meinung, sondern ein Verbrechen ist, und auch die Bereitschaft vieler antifaschistisch gesinnter Menschen gewachsen ist, sich den FaschistInnen auch direkt in den Weg zu stellen, so bedarf es auch verstärkter Anstrengungen, eine aktuelle Faschismusanalyse auf den Weg zu bringen. Dies ist keine rein theoretische Angelegenheit, sondern ist ohne die Erfahrungen aus der konkreten Praxis nicht vorstellbar. Gleichwohl fehlt es für eine entsprechende Verständigung im Moment sowohl an Gelegenheit als auch an Initiative. Eine entsprechender Diskussions- und Arbeitszusammenhang der systematischen – auch wissenschaftlichen – Beschäftigung mit den Entwicklungen der extremen Rechten und deren gesellschaftlichen Ursachen aus antifaschistischer linker Perspektive wäre aber dringend nötig. Dies gilt umso mehr als auf der rechten Seite eine systematische Nachwuchsförderung und damit Schulenbildung betrieben wird und so neben der Publikationslandschaft mittelfristig auch Hochschulstellen besetzt und Forschungsmittel gebunden werden.

In diesem Sinne bedarf es also zweierlei: Innerhalb der antifaschistischen Bewegung muss für die Aufwertung theoretischer Arbeit gestritten werden, ohne dabei die konkrete Kampagnenarbeit und antifaschistische Intervention vor Ort abzuwerten, damit das Verständnis für die Entwicklung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und strategische politische Intervention verbessert wird. Und die – im Vergleich zum mainstream der Forschung zur extremen Rechten und den Bedingungsfaktoren ihres Erfolges – ohne Zweifel kleine Zahl der WissenschaftlerInnen, die sich der antifaschistischen Linken/Bewegung verbunden fühlen, sollten darüber nachdenken, wie sie sich sinnvoll vernetzen und wissenschaftspolitisch strategisch aufstellen können, wo Kooperationen geboten und gemeinsames Auftreten sinnvoll ist. ■

Berliner RechtsRock Szene...

...am Beispiel der Band »Deutsch Stolz Treue«

Anfang 2007 verkündeten Berliner Ermittlungsbehörden einen »erfolgreichen Schlag« gegen die Neonaziband »Deutsch Stolz Treue« (D.S.T.) und die Hersteller und Vertreiber neonazistischer Musik geführt zu haben. Insgesamt dreizehn Orte in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Hessen und Nordrhein-Westfalen waren durchsucht worden. Aktiv wurde die Band, welche sich im Netzwerk der »Hammerskin«-Szene verortet, bereits im Jahr 1994. Sie gehört damit zu der kleinen aber etablierten Rechtsrock-Szene Berlins. Jahrelang war es relativ ruhig um die Hammerskin-Kapelle, im Jahr 2007 standen dann jedoch gleich fünfmal Polizisten vor den Türen der Band ihres Umfeldes. Auslöser der Durchsuchungen war die 2005 veröffentlichte CD »Die Antwort auf's System«.

Eine Hammerskin Produktion floppt

Vor Gericht standen 2009 Peter Marko Brammann (Sänger), sein Bruder Alexander Brammann (»Der Neffe«) sowie Alexander Daniel Hogh für eine ältere Musikproduktion. Die drei sollen 2002 zusammen mit Alexander Willibald Bahls und Alexander Belach als Bandmitglieder von D.S.T. (bzw. den Aliasnamen »X.x.X.« und »Dr. Sommer Team«) die-CD »Ave et Victoria« im Ausland produziert haben. Auf dem Cover waren u.a. Hakenkreuze zu sehen. Den Vertrieb der illegalen Produktion übernahmen hierbei Protagonisten des »Hammerskin«-Netzwerkes, namentlich u.a. Steffen Penscho und Malte Redecker (Gjallarhorn Klangschmiede, siehe AIB #82). Der Berliner Hammerskin Norman Zylke sollte bei der Produktion helfen, machte jedoch später Aussagen bei der Polizei. Die CDs waren in Teilmengen abgerufen und weiterverkauft worden. So auch von Bernd Bahlke der 2002 im Neonaziladen »Top One« (später »Hatecrime«) in Guben (Brandenburg) arbeitete. Betrieben wurde dieser vom Vertrauensmann des Verfassungsschutzes Toni Stadler (siehe AIB # 57).

Bahlke hatte sich an seinen Kameraden und Bundeswehrfreund Sven Bressin gewandt, um das Album zu bestellen. Beide waren kurz zuvor bei einem D.S.T. Konzert in Frankreich (Straßbourg) gewesen. Bressin ging in das Computergeschäft des D.S.T.-Sängers, der ihm die CDs Nachhause geliefert hätte. Brammann rief zunächst bei Steffen Petschkow an und dieser wiederum bei einer dritten Person, welche die Bestellung an Brammann gab. Dummerweise geriet er mit der Ware in eine Verkehrskontrolle. Am selben Tag gab es bei den Beteiligten Hausdurchsuchungen, z.T. lagen bereits Durchsuchungsbeschlüsse vor. Nach der Festnahme von Brammann ging Bressin trotzdem zu ihm in den Laden und beide wurden festgenommen.

Späte Polizeiaktionen

Am 14. Februar 2007 wurden neben fünf Wohnungen in Berlin, auch Szeneläden in Berlin und Hennigsdorf (Brandenburg) sowie die Räume eines Produzenten in Wismar durchsucht. In Wismar stießen die Beamten als Zufallsfund auf eine scharfe Pumpgun. In Hessen und Nordrhein-Westfalen waren CD-Presswerke betroffen, dort wurden Geschäftsunterlagen und eine Master-CD gefunden. Auslöser der Razzia war eine bereits Jahre zuvor veröffentlichte CD mit antisemitischen Texten. Die Band veröffentlichte ihre »Antwort aufs System« beim deutschen Label »NorthX« (Wismar). Die Hersteller und Vertreiber dieser CD gerieten jedoch erst relativ spät ins Visier der Ermittler. Den D.S.T. Proberaum fanden die Ermittler offenbar nicht. Gründe gegen die Band vorzugehen gab es spätestens seit der 2001 erschienen CD »Deutsches Volk erwache«, dort heisst es: »Deutsche wehrt euch, stellt den Juden an die Wand!«. Laut Bressin hatte Peter Brammann ihm einmal eine Promo-CD von »Deutschland erwache« gegeben, der VS sah damals offenbar keinen Grund zum Handeln.[1] Die danach veröffentlichte CD »Gift für die Ohren« verzichtete hingegen auf offenen NS-Bezug. Etwa einen Monat nach den ersten Durchsuchungen wurden erneut drei Wohnungen in Berlin sowie ein »Szeneladen« in Brandenburg durchsucht und die CDs u.a. wegen öffentlicher Aufforderung zu Straftaten beschlagnahmt. Das neue Album war als eine Koproduktion mit »Burn Down« (Potsdam) entstanden. Anfang August 2007

durchsuchte die Polizei in Berlin die Wohnung des Berliner Polizeibeamten Andreas T., der im Verdacht stand an der CD mitgewirkt zu haben. Bei ihm, sowie in der Wohnung seiner Lebensgefährtin, der Berliner NPD-Funktionärin Michaela Zanker, fanden die Beamten Beweismittel. Zanker ist die Witwe von Alexander Scholz, ehemaliges Führungsmitglied der »Heimattreuen Deutsche Jugend«. Dem Treiben von D.S.T. setzte der Wirbel zunächst kein Ende, und so mussten die Behörden einräumen, dass es im November 2007 einen Auftritt von X.x.X« also D.S.T., »Legion of Thor« (Berlin), »Burn Down« (Potsdam), »Blitzkrieg« (Sachsen) und »Painful Awakening« (Meck. Pomm) in Königs Wusterhausen (lt. Verfassungsschutz) bzw. in Berlin (lt. Neonazi Internetforum thiazi) gegeben hat. Die Band ersetzte in einer leicht veränderten Form der CD das inkriminierte Lied durch ein strafrechtlich nicht relevantes. Im Januar 2008 wurden in fünf Bundesländern im Zuge von Ermittlungen gegen »X.x.X.« und »Burn Down« wegen Liedern, die den nationalsozialistischen Völkermord leugnen, wiederum Wohnungen durchsucht. Verbotene Texte versuchten »X.x.X.« und »Burn Down« durch Auslassungen zu vermeiden, wobei durch die Reime der Sinn deutlich wurde. Zum Beispiel: »Das Kriegsbeil das wir nie begruben ist reserviert für all die ...« Gemeint ist »Juden« an dieser Stelle wird »Juhuhu« gesungen.[2]

Prozesse

Im Mai 2007 wurde Alexander Willibald Bahls, Schlagzeugers der Berliner Neonazibands »Spreegeschwader« und D.S.T. wegen eines Überfalls im Oktober 2006 auf den Neonazimusikhändler Phillip Schlaffer in Wismar (siehe AIB #74) zu drei Jahren Haft ohne Bewährung verurteilt. Wegen der Vermarktung von D.S.T.-CDs standen 2008 auch jeweils Bahlke und Bressin vor Gericht. Letzterer konnte oder wollte sich während der Verhandlung nicht äußern, bei einem Überfall im Jahr 2002 hätten drei maskierte Männer ihn als Verräter bezeichnet und mit vorgehaltener Pistole vor seiner Wohnung bedroht. Ähnlich schleppend verliefen die Zeugenvernehmungen beim D.S.T.-Prozess: Alexander Belach meldete sich krank , Bahls machte von seinem Aussageverweigerungsrecht gebrauch und Zylke wollte sich an nichts erinnern können. Er hätte die Aussage nur gemacht, weil ihn die Polizei unter Druck gesetzt hatte. Er sei zwar mit den prozessinvolvierten Neonazis Ricardo Adler und Steffen Penscho befreundet und von 1996 bis 2003 Mitglied der »Hammerskins« gewesen, heute wolle er aber nicht mehr der rechten Szene angehören. Auch Bressin will größtenteils alles vergessen haben, Penscho erschien erst gar nicht und kündigte sein Schweigen nach §55 StPO (Gefahr der Selbstbelastung) an, ebenso verfuhren die Zeugen Adler (Gosen/Neu Zittau), René Wuttke (Dohma) und der Tontechniker Michael Buchwald. Die Staatsschutzkammer des Landgerichts Berlin verurteilte letztlich nur die Brammann-Brüder zu Freiheitsstrafen von 14 und 10 Monaten auf Bewährung. Die Zugehörigkeit zur Band war bei den restlichen Beschuldigten nicht zweifelsfrei festzustellen.

Alternde Neonazirocker

Die wenigen Berliner Neonazibands wie D.S.T. und die mit ihr verbundenen Netzwerke können eine Lebensdauer von über zehn Jahren aufweisen. Im Vergleich zur szeneüblichen hohen Fluktuation ist das viel. Das Berliner Musiknetzwerk hat gelernt sich mit staatlichem Verfolgungsdruck zu arrangieren, was aber weniger offen nationalsozialistische Texte und recht familiäre Konzerte im kleinen Rahmen nach sich zog. Die Homezone für diese Subkultur bieten Cliquen einer handvoll lebensälterer Berliner Rechtsrocker wie die »Vandalen-Ariogermanische Kampfgemeinschaft« (Vgl. AIB # 65), die Berliner Kameradschaft Spreewacht (KSW) und der Motorradclub Walhalla 92 Berlin e.V.. Sie betreiben jeweils eigene Clubhäuser in Berlin-Lichtenberg bzw. Hohenschönhausen wo kleinere Auftritte möglich sind. Für größere Konzerte bleibt der Szene das Privatgrundstück des brandenburger DVU-Funktionärs Klaus Mann der sich im Berliner Musiknetzwerk bewegt oder der Besuch bundesweiter Events. Politische und musikalische Ermüdungserscheinungen scheinen mitunter allerdings der Preis des Älterwerdens zu sein. Vom Kampf gegen das System ist bei näherer Betrachtung oft nichts zu sehen, man findet Büroangestellte, Computerhändler oder wie bei Alexander Brammann einen (noch) Lebenszeitbeamter in einem Berliner Bezirksamt. Bedeutsam ist im Neonazi-Musikbuisiness aber weniger die Realität hinter den Bands, sondern der Mythos, der Kult und nicht zuletzt die tausendfach transportierte und reproduzierte menschenverachtende Ideologie. ■

[1] Peter Brammann wird von Polizeibemanten abgeführt - Faksimilie aus »Bild« vom 1. Dezemeber 2003

1| Noch im März 2002 erklärte der Berliner Innensenator Erhard Körting, die Mitglieder von D.S.T. seien namentlich nicht bekannt. Bei einem von der NPD-Jugend »Junge Nationaldemokraten« veranstaltetes Konzert im Juni 2001 der Bands Legion of Thor und D.S.T. habe es aber polizeiliche Maßnahmen zur Gefahrenabwehr gegeben. Obwohl beide Bands zu dem Zeitpunkt Lieder auf einem Sampler der damals bereits verbotenen Blood&Honour Organisation veröffentlichten hatten, galt hier das Augenmerk möglichen antifaschistischen Protesten.

2| Seit Ende Mai 2009 ist eine neue CD der Band X.x.X., erschienen und wird bei dem Label »PC Records«, mit dem Namen »Virus« beworben.

»Luni« statt »Landser«

der Mythos ist ungebrochen

Sicherheitsbehörden hofften, dass mit der Enttarnung der Berliner RechtsRock-Band Landser ein Mythos zerstört werden würde. Der Mythos der wohl bekanntesten und weitverbreitetesten Deutschen RechtsRock-Band als jene, die in der Lage sei den Staat an der Nase herumzuführen und ungestraft und unerkannt neonazistische Vernichtungsphantasien zu verbreiten. Doch die Hoffnung trog, heute ist der frühere Sänger der Band Michael Regener unter dem Namen »Luni« bzw. »Lunikoff« eine legalisierte, geldbringende Legende. Der Artikel untersucht die Stationen vom unbekannten Underground-Musiker, der aus der Illegalität heraus seine Songs veröffentlichte, hin zum kommerziellen Star der RechtsRock-Szene. Er schaffte es, sein Outlaw-Image auf eine legale Ebene zu transformieren und seine Anhängerschaft auch ohne den Undergroundmythos zu begeistern.

2001 Aufdeckung, Verhaftung und Prozess

Im Oktober 2001 standen Polizeibeamte nach umfangreichen Ermittlungen vor den Türen der Bandmitglieder von Landser (Vgl. AIB #61). Erste Bilder der Bandmitglieder wurden veröffentlicht und manch ein Fan wird sich gewundert haben, dass es sich bei »Luni« mehr um einen Rockertyp handelte als um einen klassischen neonazistischen Skinhead. Das tat der Verehrung und den Solidaritätsbekundungen aber keinen Abbruch. Erstmals im Prozess bröckelte der Mythos: Angesichts der Anklage als kriminelle Vereinigung waren fast alle Bandmitglieder bereit Aussagen zu machen. Sie begingen also nach dem Selbstverständnis der Szene Verrat. »Standhaft« blieb nur Michael Regener, was ihm Ende 2003 eine Verurteilung zu einer Haftstrafe von drei Jahren und vier Monaten einbrachte. Seine Bandkollegen kamen hingegen mit Bewährungsstrafen davon. Doch Regener, wie der Richter meinte, das »Herz der Band«, schaffte sich damit einen neuen Mythos.

»Gefangener des Systems«

Regener nutzte den Prozess und die Umstände für eine neue Selbststilisierung. Er wurde nach dem § 129, also wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung, verurteilt. Die Nähe zum, vor allem gegen Linke angewendeten § 129 a, der Bildung einer terroristischen Vereinigung, gab ihm einmal mehr die Gelegenheit sich als besonders gefährlich und politisch zu stilisieren. Auch dass er sechs Monate seiner Untersuchungshaft im Gefängnis in Stuttgart-Stammheim absaß nutzte er. Dieses ist durch die Prozesse gegen die Rote-Armee-Fraktion als Hochsicherheitsgefängnis bekannt geworden. Regener schrieb dort den »Stuttgart-Stammheim-Blues«, welchen er 2004 auf der CD »Die Rückkehr des Unbegreiflichen« veröffentlichte. Die Szene feierte Regener auf T-Shirts und Buttons als »den Helden von Berlin«.

2002 – Jetzt erst recht!

Unter dem Namen »Tanzorchester Immervoll« wurde 2002 die CD »Jetzt erst recht« veröffentlicht, welche als Signal für die Standhaftigkeit der Band dienen sollte. Allerdings ohne dieses Versprechen wirklich zu erfüllen, denn die CD hielt sich sorgfältig an die Vorgaben der deutschen Gesetze. »Hier kommt unser tolles, neues, wundervolles Lied. Garantiert nicht strafbar, weder Text noch Melodie (...)« trällerte »Luni« darauf. Gleichzeitig begann eine Veränderung der Selbststilisierung. So heißt es nun: »Wir sind die Jungs aus der Reichshauptstadt – ficken oder wat, ficken oder wat (...)« Im Refrain wird behauptet: »Tanzorchester Immervoll keiner kann uns stoppen. Kampftrinker Rock'n Roll, saufen, ficken, kloppen«. Es war nicht mehr die Stilisierung als die »Terroristen mit E-Gitarre«, sondern man präsentierte sich im legalen Rahmen als die »Jungs fürs Grobe«. Alte Lieder, welche nicht gegen das Strafrecht verstießen, wieder zu veröffentlichen hatte selbstverständlich auch einen finanziellen Aspekt. Landser war durch die Durchsuchungen und den Prozess in aller Munde, also waren Produkte auf de-

[1] Der NPD-Parteivorsitzende Udo Voigt (2 v.l.) bei einer Lunikoff Solidaritäts-Demonstration am 21. Oktober 2006 in Berlin.

[2] Michael »Lunikoff« Regener bei dem Prozess gegen die Band »Landser« vor dem Berliner Kammergericht am 15. Juli 2003.

Foto: Peter Jülich/ip-photo.com

nen zwar nicht Landser drauf stand aber alle wussten, dass Landser drin war, gut zu verkaufen.

Kooperationspartner NPD

Die Band Landser bestand als solches nicht mehr – im Rahmen des Prozess hatte man sich zerstritten. »Luni« stand jedoch musikalisch nicht allein. Unterstützt von den Mitgliedern der Berliner Neonazi-Band »Spreegeschwader« trat er unter dem Namen »Die Lunikoff Verschwörung« auf. So im November 2004 auf einem von den »Jungen Nationaldemokraten« organisierten Konzert in Mücka (Sachsen) vor ca. 1.000 Besuchern. Zu Beginn der Veranstaltung redete der damalige NPD-Landtagsabgeordnete Klaus Jürgen Menzel. Regener stellte auch einen Song für die erste Schulhof-CD der NPD zur Verfügung und machte Wahlwerbung für die neonazistische Partei. Zu Regeners Haft-Abschiedskonzert im April 2005 im thüringischen Pößneck reisten mehr als 1.200 Teilnehmer an. Dass dieses im Anschluss an den NPD-Landesparteitag stattfand, dürfte kein Zufall gewesen sein. Die NPD revanchierte sich und organisierte im Oktober 2006 unter dem Motto »Freiheit für Lunikoff und alle politischen Gefangenen – Weg mit dem Gesinnungsstrafrecht!« vor dem Gefängnis in Berlin Tegel eine Demonstration mit 1.400 Teilnehmern.

Kontinuität

Regener musste seine Haft bis zum letzten Tag absitzen, er wurde im Februar 2008 entlassen. Im Juni erschien seine neue CD »Heil froh« auf welcher er mit Liedern wie »Tausend Tage Tegel« seine Selbststilisierung weiterführt. Nicht vertont hat Regener die Tatsache, dass er sich seitdem brav an die Führungsauflagen des Landgerichts Berlin hält. Dieses hat ihm für die Dauer von fünf Jahren auferlegt, seine musikalischen Auftritte spätestens eine Woche vor dem Auftritt beim Landeskriminalamt anzuzeigen, Polizeibeamten Zugang zu seinen Veranstaltungen zu gewähren sowie Tonträger spätestens eine Woche vor der Veröffentlichung dem Landeskriminalamt vorzulegen. Innerhalb weniger Tage meldeten fast alle RechtsRock-Versände, dass die CD »Heil froh« ausverkauft sei. In der Szene war man voll des Lobes. Wieder auf der Bühne stand er erstmals im September 2008 bei einem von »Blood & Honour« organisierten Ian-Stuart-Gedenkkonzert im ungarischen Nogradsap. Anderthalb Monate später folgte das erste deutsche Konzert in Mallentin zu dem ca. 1.500 Teilnehmer anreisten.

Landser »Light«

Regener hat es hin bekommen, den Mythos »Landser« in den Mythos »Lunikoff« zu transformieren und den Verlust des Underground-Habitus zu kompensieren. Seine neuen Lieder sind ähnlich populär wie jene Vernichtungsphantasien von »Landser«. Nicht nur dass er das symbolhafte »L« von »Landser« in das des Lunikoff-Schriftzug mitgenommen hat sorgt für Kontinuität, auch ein Großteil des Repertoires entstammt der »Landser«-Zeit. Die Lieder von »Lunikoff« verfangen sich oftmals schnell im Ohr, vor allem weil ein Großteil auf bekannten Melodien aufbaut. Die Image-Veränderung in Richtung »Saufen, Ficken, Kloppen« kommt bei Jugendlichen an, genau wie seine Pose als faul und gemein. Das er gleichzeitig NPD-Mitglied ist und die Partei unterstützt, wird nicht als Widerspruch empfunden. Auch nicht bei der NPD. Beim letzten Bundesparteitag fand sich Michael Regener unter den Personalvorschlägen für den Posten des NPD-Parteivorsitzenden und als Mitglied des Parteivorstandes. ■

Bundesparteitag der NPD

Anfang April 2009 konnte die NPD ihren Bundesparteitag im Ernst-Reuter-Saal des Rathauses Berlin-Reinickendorf mit etwa 200 Delegierten durchführen. Nach langer bundesweiter Suche und zahlreichen Absagen, konnte dieser Raum nach einer juristischen Auseinandersetzung kurzfristig von der NPD eingeklagt werden. Nach dem Verwaltungsgericht Berlin folgt dieser Anspruch aus dem Gleichbehandlungsgrundsatz (Art. 3 GG) und der ständigen Verwaltungspraxis des Bezirksamtes.[1] Kurz vorher hatte das Gericht entschieden, dass die Berliner NPD nicht verlangen kann, dass ihr zur Durchführung ihres Landesparteitages vom Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf Räumlichkeiten in einem Seniorenzentrum zur Nutzung überlassen werden. Die NPD hatte sich geweigert, die vom Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf aufgestellten Bestimmungen des Mietvertrages vorbehaltlos zu akzeptieren. Zu den vorformulierten Vertragsbestimmungen gehörte u.a. eine Klausel, wonach der Mieter nicht berechtigt sei, die Mieträume zur Durchführung von Veranstaltungen zu nutzen, auf denen rechtsextremes, rassistisches, antisemitisches oder antidemokratisches Gedankengut dargestellt und/ oder verbreitet werde, sei es vom Mieter selbst, seinen Mitgliedern oder von BesucherInnen der Veranstaltung.[2] Daher unterschrieb die NPD für ihren Bundesparteitag den strengen Mietvertrag (u.a. Verbot die Fenster zu öffnen und Getränke auszuschenken) des Bezirkes. Die Ausgangsbedingungen waren dementsprechend nicht besonders komfortabel: Alle Delegierten und Gäste mussten sich selbst für die Dauer ihres Aufenthaltes eine Unterkunft suchen, es gab keinerlei gastronomische Betreuung in dem Saal und keinen betreuten Parkplatz. Alle Delegierten wurden im Vorfeld sogar noch von Eckart Bräuniger (NPD-Bundesgeschäftsführer) aufgefordert, sich eigene Schreibunterlagen mitzubringen, da kaum Tische vorhanden waren. Für diese Serviceleistung verlangte die NPD-Parteizentrale von allen Delegierten und Gästen einen Selbstkostenanteil von 10 Euro. Am Tagungsort versuchte der NPD-Ordnerdienst um Manfred Börm und Andrew Stelter erfolglos PressevertreterInnen vom Gelände des Rathauses fernzuhalten. Nach einer polizeilichen Klarstellung zu den engen Grenzen des NPD-Hausrechtes allein auf den gemieteten Saal, drohte Manfred Börm einzelnen Medienvertretern: »Ich kann für Ihre Sicherheit hier nicht garantieren. Wenn sie hier hereinwollen, müssen Sie neben jeden Medienvertreter einen Polizisten stellen.« Aufmerksame JournalistInnen mussten diese Äußerungen als eine Form der Bedrohung ansehen, da sie unter den Besuchern des NPD-Bundesparteitages auch bekannte Straftäter wie Alexander Bode aus Guben erkannten. Bode gilt als einer der Rädelsführer der berüchtigten »Hetzjagd von Guben«, bei der im Februar 1999 der algerische Asylbewerber Farid Guendoul, besser bekannt als Omar Ben Noui, ums Leben kam. Bode wurde hierfür zu zwei Jahren Jugendgefängnis verurteilt. Der NPD-Funktionär David Petereit aus Mecklenburg-Vorpommern beschimpfte in seiner Rede anwesenden Journalisten und Journalistinnen als »ein Haufen Geschmeiß« und beantragte ihren Rauswurf.

[1] Die Gäste und Delegierten des NPD-Bundesparteitages mussten 10 Euro Eintritt zahlen.

Weiteres Finanzchaos im Vorfeld

Offenbar war die Stimmung nicht nur wegen des parteiinternen Machtkampfes zwischen Udo Voigt und Udo Pastörs gereizt (vgl. AIB #82). Der NPD war erst Ende März 2009 ein weiterer Bescheid der Bundestagsverwaltung zugestellt worden, wonach sie aufgrund festgestellter Unrichtigkeiten im Rechenschaftsbericht für das Jahr 2007 in Höhe von insgesamt 1.252.399,55 Euro zu einer Strafzahlung von 2.504.799,10 Euro verpflichtet werden soll. Nach einer Klage der NPD wurde die Sanktion mittlerweile vom Berliner Verwaltungsgericht auf ca. 1,27 Mio. Euro gekürzt.[3] In einer Stellungnahme schiebt der NPD-Funktionär Stefan Köster diese Fehlleistung den Ermittlungsbehörden im Fall Erwin Kemna zu, welche Unterlagen nicht rechtzeitig zurückgegeben hätten. Im Februar 2008 war der damalige NPD-Bundesschatzmeister, Erwin Kemna, unter dem Vorwurf der gewerbsmäßigen Untreue festgenommen worden. Neben Privat- und Geschäftsunterlagen Kemnas, wurden vor allem sämtliche Finanzunterlagen des DS-Verlages und der Partei beschlagnahmt. Erst äußerst knapp zum Jahresende, am 28. De-

1| Beschluss vom 31. März 2009 - VG 2 L38.09
2| Beschluss vom 13. März 2009 - VG 2 L32.09
3| Urteil der 2. Kammer vom 15. Mai 2009 - VG 2 K 39.09

zember 2008, war die NPD dann bei ihrem Wirtschaftsprüfer zur Abschlußprüfung erschienen. Die offenbar nicht besonders leicht durchschaubare NPD-Darlehensaufstellung und die NPD-Gesamtspenderliste machten so viele zusätzliche Nachtschichten nötig, daß vom Wirtschaftsprüfer erst in der Nacht zum 31. Dezember 2008 der Bericht abschließend geprüft werden konnte.

Am nächsten Morgen soll es dann »vermutlich im Büro des Wirtschaftsprüfers« zu einem »Büroversehen in Form einer fehlerhaften Einordnung von sieben alten und falschen Seiten« gekommen sein. Da Köster sich im Zusammenhang mit der Erarbeitung des Rechenschaftsberichtes eine Schleimbeutelentzündung am linken Ellenbogengelenk zugezogen habe, hätte er sich nicht mehr rechtzeitig an die Behebung des Fehlers begeben können.

Ergebnisse des NPD-Bundesparteitages

Auf dem Bundesparteitag wurde ein neuer Parteivorstand gewählt: Als Parteivorsitzender konnte sich Udo Voigt (136 Stimmen) gegen den NPD-Fraktionsvorsitzenden im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern Udo Pastörs (72 Stimmen) durchsetzen. Lediglich sechs Delegierte enthielten sich. Beide Kandidaten hatten in ihrer Bewerbungsrede ihre Vorstellungen von der künftigen NPD-Führungsmannschaft vorgestellt. Udo Pastörs hätte sich im Falle seiner Wahl als seine Stellvertreter Holger Apfel, Mathias Heyder und Karl Richter gewünscht. Schatzmeister sollte Stefan Köster werden. Udo Voigt wollte Jürgen Rieger, Karl Richter und Frank Schwerdt als seine Stellvertreter. Als Schatzmeister favorisierte er Ulrich Eigenfeld und Wolfgang Schimmel. Die Wahl erbrachte dementsprechend als seine Stellvertreter Karl Richter (Chefredakteur Deutsche Stimme), Frank Schwerdt (Amt Recht) und Jürgen Rieger. Rieger selbst musste in Abwesenheit gewählt werden, da er sich wegen Krankheit hatte entschuldigen lassen. Ganze 15 Beisitzer ergänzen den aktuellen Parteivorstand (siehe Kasten).

[2]

[2] Der NPD-Kandidat Alexander Bode aus Guben beim NPD-Bundesparteitag.

Ausblick

Durch diese Wahl wurden genau die Mitglieder der NPD aus dem Vorstand verdrängt, die in den Landtagen vertreten sind. Die politisch, personell und finanziell potenten Landesverbände Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen wurden deutlich ausgebremst. Sie hatten in den vergangenen Monaten massive Kritik an Udo Voigt und seinem politischen Umfeld aus der Berliner Parteizentrale geübt (Vgl. AIB #79 und #82). Die Gegenspieler von Udo Voigt, Holger Apfel (Landtagsfraktion Sachsen) und Udo Pastörs (Landtagsfraktion Mecklenburg) haben vorerst an direktem Einfluss verloren. Allerdings waren gerade die Landtagsfraktionen Sachsen und Mecklenburg zwei entscheidende Faktoren für den Fortbestand der Partei. Allein die sächsische NPD-Fraktion erhält im Laufe der gesamten Legislaturperiode 6,5 Millionen Euro aus der Staatskasse für die »Organisation ihrer Arbeit«. Davon können sie acht Abgeordnete und bis zu 20 Mitarbeiter bezahlen, die politische Arbeit für die NPD leisten. Die sechs Abgeordneten der mecklenburger NPD-Landtagsfraktion beschäftigen bis zu 16 Mitarbeiter. 600.000 Euro fließen hier jährlich in die NPD-Kasse.

Das nun »fortan die personellen Querelen ein Ende haben und endlich wieder aktiv Politik für ein nationales und soziales Deutschland gemacht werden wird«, wie nach dem Parteitag verkündet, bleibt fraglich. Die nächste und entscheidende Runde im Kampf um die NPD-Führung bringt erst der Wahlmarathon 2009. Sollte Voigt nicht einen Landtagseinzug in Thüringen vorweisen können, sieht es schlecht für ihn aus. Beim »Machtkampf durch Wahlergebnisse« könnten die Voigt-Herausforderer Apfel und Pastörs in ihren Ländern wichtige Achtungserfolge zur Stärkung ihrer Positionen in der Partei erreichen. Der Ausgang des Parteitages kann sich dann zu einem takischen Vorteil für Apfel und Pastörs erweisen, wenn Ende des Wahljahres innerparteilich Bilanz gezogen wird. ■

Beisitzer des Parteivorstandes

Jens Pühse
(Amt Organisation)
Klaus Beier
(Amt Bundesgeschäftsführung; Pressesprecher)
Jörg Hähnel
(Amt Öffentlichkeitsarbeit)
Ulrich Pätzold,
Manfred Börm,
Eckart Bräuniger
(Amt Generalsekretär),
Thorsten Heise
Uwe Schäfer
Claus Cremer
Frank Rohleder
Thomas Wulff
Ulrich Eigenfeld
Wolfgang Schimmel
Andreas Thierry
(Amt Bildung)
Uwe Meenen
(Amt Politik)

Akzeptierende Gewaltarbeit?

Rechte Übergriffe und der »SG Dynamo Dresden e.V.«

Schon seit mehreren Jahren sind Teile des Fanumfelds des Fußballtraditionsvereins »Dynamo Dresden« als rechtsoffen und gewalttätig bekannt. So verwundert es nicht, dass gerade aus dieser Gruppierung heraus nach dem EM-Halbfinalspiel Deutschland : Türkei im Juni 2008 Dönergeschäfte in Dresden angegriffen und mehrere Personen verletzt wurden. Es handelte sich dabei bundesweit um die schwersten rassistischen Ausschreitungen im Zuge der Europameisterschaft.

Die Neonazi-Hooligans hatten zunächst das Spiel gemeinsam in einer bekannten Dresdner Fußballkneipe verfolgt und sich dann in Richtung des alternativen Szeneviertels Neustadt begeben. Obwohl Dresden großräumig durch die Polizei überwacht wurde und es sich um einschlägig als rechts bekanntes und teils vorbestraftes Hooliganmilieu handelte, konnte sich die Gruppe von etwa 50 Personen unbeobachtet von der Polizei sammeln.

Zur selben Zeit hatten die Betreiber der Dönerrestaurants ein lachendes und ein weinendes Auge. So bedauerte man die Niederlage der türkischen Mannschaft, war aber auch erleichtert, da man bei einer Niederlage des deutschen Teams rassistische Ausschreitungen befürchtet hatte. So auch im »Arzu«, wo Stammgäste, Party-Deutschland-Fans und die türkischstämmige Belegschaft samt Freunden das Spiel gemeinsam verfolgt hatten. Plötzlich griffen etwa 30 bis 40 vermummte Neonazis das Restaurant an. Sie warfen Böller, Tische und Stühle auf die völlig überraschten BesucherInnen und Betreiber. Zurück blieben mehrere Verletzte und ein zerstörter Laden. Die Angreifer zogen innerhalb von Sekunden weiter und griffen den nächsten Dönerimbiss an. Sie stürmten in die Dresdner Neustadt und versuchten in ein türkisch/kurdisches Café einzudringen. Die BesucherInnen schafften es gerade noch die Tür zu schließen; auch hier gab es massiven Sachschaden. Auf der Straße selbst wurden weitere Personen angegriffen, ein Passant wurde so schwer verletzt, dass er im Notarztwagen abtransportiert werden musste. Innerhalb weniger Minuten verschwand die Gruppe in mehrere Richtungen. Insgesamt wurden mindestens vier Menschen verletzt und es entstand ein Sachschaden in fünfstelliger Höhe.

Da die Polizei zunächst nicht vor Ort war, konnten sämtliche Täter entkommen. In den Folgetagen entstand ein bundesweiter medialer Druck, der den Angriff als schwersten rassistischen Übergriff im Zuge der Europameisterschaft ausmachte. Es erfolgte eine intensive Ermittlung durch die Sonderkommission »Halbfinale« und so wurde bereits im Juli der stadtbekannte Neonazi-Hooligan und inzwischen ehemalige Mitarbeiter der Security Firma »Ihre Wache« Willy Kunze in Haft genommen. Im Laufe der weiteren Ermittlungen wurden insgesamt 17 Wohnungen durchsucht und bis zum heutigen Tag sind 60 Personen ins Visier der Staatsanwaltschaft geraten.

Der bereits mehrfach wegen einschlägiger Delikte vorbestrafte Willy Kunze wurde inzwischen vor dem Landgericht Dresden wegen Landfriedensbruch in einem besonders schweren Fall zu 2,5 Jahren Haft verurteilt. Er selber hatte eingeräumt, zu den Übergriffen per SMS und MMS aufgerufen zu haben, bestritt aber seine direkte Beteiligung. Mit im Gerichtssaal – allerdings noch im Zuschauerbereich – befanden sich diverse bekannte Neonazis und Hooligans aus Dresden und der Sächsischen Schweiz. Insgesamt füllte der Freundes-, Familien- und rechte Unterstützerkreis den großen Saal des Landgerichts nahezu komplett. Hooligans und zahlreiche Personen in eindeutiger Neonazikleidung schufen eine bedrohliche Szenerie im Gerichtssaal. Bei nicht wenigen bleibt zu vermuten, dass sie selbst mit zu den Angreifern gehören. So hat die Staatsanwaltschaft Dresden schon drei weitere Anklagen erhoben.

Im Anschluss an die Urteilsverkündung kam es zu einem gewalttätigen Übergriff auf einen Mitarbeiter des Kulturbüro Sachsen e.V., der die Verhandlung beobachtete. Er wurde – nachdem ihn mehrere Neonazis verfolgt hatten – in der Nähe seines Ar-

beitsplatzes zusammengeschlagen. Unter den teils polizeibekannten Angreifern befanden sich die Neonazis Marco Eißler und Christian Leister, die derzeit in Untersuchungshaft sitzen. Ersterer ist darüber hinaus beschuldigt im Juni vergangenen Jahres, am Rande einer Spontandemonstration wegen des verbotenen »JN-Sachsentages« in Dresden, einen tschechischen Journalisten verletzt zu haben. Auf einer von tschechischen Neonazis leichtsinnigerweise bei der Videoplattform »youtube« veröffentlichten Aufnahme war deutlich zu erkennen, wie Eißler auf den bereits am Boden liegenden Journalisten eintrat. Zwei der inzwischen vier angeklagten Täter sollen auch an den Übergriffen auf die Dönergeschäfte im Juni beteiligt gewesen sein.

Ausgangspunkt der Übergriffe zum EM-Halbfinale war erneut die Dynamo-Kultgaststätte »Ackis Sportsbar« in der Nähe des Stadions. Bereits 2007 war nach einer Fanweihnachtsfeier in der Kneipe ein Mob von 75–100 Hooligans in eine Diskothek weitergezogen, wo aus der Gruppe heraus zwei sudanesische Studenten angegriffen wurden. Die Kneipenbetreiber wollen hingegen nie bemerkt haben, dass ihr Etablissement plötzlich leer gewesen sei: »Als Kellner kriegst du nicht mit, wenn plötzlich welche gehen«. Auch der nächtliche Schutz und die Präsenz vermummter Neonazis im Etablissement anlässlich einer antifaschistischen Demonstration im Oktober 2008, ist sicherlich an dem Betreiber Ackermann vorbeigegangen.

Auch der »SG Dynamo Dresden e.V.« selbst fällt trotz der zahlreichen Vorkommnisse nicht durch übermäßiges Engagement gegen Rechts auf. Vielmehr muss er immer wieder zum Handeln durch engagierte Fans und zivilgesellschaftliche Initiativen aufgefordert werden. So war der Neonazikader Martin Schaffrath aus der Sächsischen Schweiz eine Zeitlang als Ordner im Stadion tätig. Auch Willy Kunze und weitere Beschuldigte der rassistischen Übergriffe waren wie andere Neonazis bei der Security Firma »Ihre Wache«, die auch für die Sicherheit im Stadion zuständig ist, beschäftigt. Nachdem dies öffentlich bekannt wurde, trennte sich die Firma von den betroffenen Personen. Problematisch dürfte es für einige Mitarbeiter von »Ihre Wache« im Stadion geworden sein, als der Verein im Jahr 2007 »Thor Steinar« verbot. Denn diverse Angestellte trugen bevorzugt die Marke im Rahmen ihrer Einsätze wie dem Dresdner Stadtfest und dem sowohl bei TouristInnen als auch bei Einheimischen beliebten »Dixielandfestival«. Inzwischen scheint sich das »Thor Steinar« Verbot allerdings auch bei »Ihre Wache« selbst, die auch Türsteheraufträge im Dresdner Alternativviertel Neustadt ausüben, durchgesetzt zu haben.

Ganz im Sinne der Extremismustheorie ging Dynamo nicht nur gegen rechte Äußerungen und »Thor Steinar« vor, sondern gewährt all jenen Personen keinen Einlass mehr: »... die Kleidung tragen, die Schriftzüge oder Symbole mit eindeutiger rassistischer, fremdenfeindlicher, gewaltverherrlichender, diskriminierender sowie rechts- und/oder linksradikaler Tendenz aufweist.« Selbiges gilt auch für Äußerungen oder das Zurschautragen von Symbolen und Parolen, worunter auch ein zerschlagenes Hakenkreuz fällt. Damit geht der Verein nicht nur oberflächlich gegen Neonazis vor, sondern untergräbt antirassistisches Engagement.

Dabei gab es in den Jahren 2006 und 2007 mit der neugegründeten Faninitiative »1953International« Anzeichen auf eine ernsthafte Auseinandersetzung mit der Rassismusproblematik. So wurde eine durchaus progressive Fancharta verabschiedet, die Spieler gaben Statements gegen Rassismus ab und es erfolgte die Veröffentlichung eines Samplers unter dem Motto »Rassismus ist kein Fangesang«. Heute dagegen übt die Faninitiative herbe Kritik an der jetzigen (Nicht-)Haltung des Vereins. So verweigerte der Verein im Jahr 2008 ohne Begründung eine Aktion im Rahmen von »FARE« (Football against Racism in Europe), die durch die Faninitiative vorbereitet wurde. Vielmehr gibt sich Dynamo Dresden vermeintlich unpolitisch und übt sich im Aussitzen des Problems. So ist es auch nicht verwunderlich, dass auch auf der offiziellen Dynamo-Homepage Bilder von Unterstützungstransparanten für Willy Kunze, den verurteilten und mit Stadionverbot belegten Neonazischläger auftauchen. Zwar hatte der Verein Zaunfahnen, die keinen Dynamobezug haben, untersagt. Aber bis zum letzten Spieltag der Saison tauchten die »Alles Gute Willy« und »Grüße in den Knast«- Transparente bei den Spielen auf. ■

[1] v.l.n.r.: Christian Leister (3.v.l.) wurde nach dem Angriff auf den Kulturbüro-Mitarbeiter verhaftet, Paul Lindner (4.v.l.) – Dresdner NPD-Kreisvorstandsmitglied und Kandidat zur Kommunalwahl 09, Felix Mosemann genannt »Mammut« (4.v.r.) – Angeklagter wegen der EM-Überfälle, Willy Kunze (2.v.r.) – Dresdner Hooligan und bereits verurteilt wegen der EM-Überfälle, außerdem zwei Burschenschaftler der rechten »Aachen-Dresdner Burschenschaft Cheruscia«

[2] Marco Eißler beim Neonaziaufmarsch am 14. Februar 2009 in Dresden

Das Verbot der HDJ

Andrea Röpke

Am 31. März 2009 war es soweit: Die Heimattreue Deutsche Jugend wurde verboten. In ihrer 31-seitigen Verbotsverfügung bescheinigte das Bundesinnenministerium dem Verein mit Sitz beim Amtsgericht in Kiel ihre Bekenntnisse zu gemeinnütziger Jugendarbeit, sowie zum Grundgesetz seien nur »Fassade« gewesen, ebenso der Versuch ein »möglichst bürgerliches Erscheinungsbild« aufzuzeigen. Ziel sei die »Heranbildung einer neonazistischen Elite« in Form einer »ideologischen Einflussnahme auf Kinder und Jugendliche« gewesen. Ersatzorganisationen zu bilden oder die HDJ in bestehenden Gruppen weiterzuführen ist bei Strafe verboten.

Ausdrücklich wird in der Verfügung auf die Glorifizierung von Adolf Hitler, die Würdigung der Waffen-SS »als Verpflichtung«, auf Tests zur Rassenkunde, sowie die Verwendung von antisemitischen NS-Kinderbüchern wie »Der Giftpilz« oder »Pudelmopsdackelpinscher« aus dem Jahr 1940 eingegangen. Die HDJ wolle »nationalpolitische Kadergruppen« aufbauen, die »nach dem Führerprinzip geleitet werden«. Deren Ideologie sollte »kompromisslos« verbreitet werden, die Organisation sei »auf breiter Front zu einer direkten Konfrontation mit ihren Gegnern bereit«, heißt es. Es habe Führerhandbücher und Führerbriefe gegeben, Veranstaltungsräume seien mit der Büste von Adolf Hitler und der Hakenkreuzfahne geschmückt worden. Die Demokratie wurde von den Heimattreuen als »Herrschaft der Minderwertigen« bekämpft, so schrieb der Leitstellenführer Nord an eine Einheitsführerin: »Ich will keine bessere BRD, ich will ein neues Reich auf den Trümmern dieses verkommenen Systems errichten«. Zudem seien Jugendliche laut Bundesinnenministerium mit einem »eindeutigen Appell« aufgefordert worden »in Schule, Ausbildung, Studium und Beruf mit Ehrgeiz und Ausdauer entscheidende Positionen zu besetzen«.

Das Verbot kam nicht von ungefähr. Seit gut einem Jahr hatte sich der öffentliche Druck auf die Neonazi-Organisation erhöht. Im Oktober letzten Jahres gab es Hausdurchsuchungen bei 88 Anhängern aus dem Umfeld der Organisation, auch beim letzten Führer der 1994 verbotenen »Wiking-Jugend« Wolfram Nahrath war durchsucht worden. Nahrath trat zuletzt als Anwalt der HDJ in Erscheinung. Im Interview mit Christian von der Heide vom neonazistischen »Netzradio Germania« gibt sich Nahrath-Gefährte und ehemaliger Bundesführer Sebastian Räbiger bemüht kämpferisch. Von taktischen Fehlern der HDJ will er nichts wissen: »Unsere Tage waren von Anfang an gezählt, als wir uns entschlossen nationale Jugendarbeit zu machen«. Sie seien »Vollgas gefahren« die ganzen Jahre, betont er stolz. Eine Selbstauflösung im Vorfeld stand nicht zur Debatte. Immer wieder betont der selbstständige Dachdecker das verhasste »System hat versucht uns in die Knie zu zwingen und fertigzumachen«, aber man habe sich bis zuletzt nicht beeindruckt gezeigt und gewehrt. Wenn das Verbot ihnen nicht in die Quere gekommen wäre, dann, prahlt Räbiger, hätten sie zu Pfingsten sicher ihr größtes Zeltlager seit Bestehen abhalten können.

Er beklagt zahlreiche »Repressalien« wie Steuerprüfungen bei seinen selbstständigen Führern, Kontenkündigungen, Androhung des Entzugs von Gewerbescheinen und Postkontrollen. Außerdem seien HDJ-ler aus allen möglichen Ehrenämtern geflogen und Ausbilderscheine zu Meisterprüfungen sollten entzogen werden. Großspurig macht Räbiger sich über den »zusammengekritzelten Schwachsinn« der Verbotsverfügung lustig. Er bestätigt, dass Klage dagegen eingereicht worden sei, das Ganze aber keine aufschiebende Wirkung habe und er auch nicht an einen Erfolg glaube. Auf die Fragen des Moderators von der Heide nach einer Weiterbetätigung antwortet er ausweichend: »Wir ignorieren das Verbot nicht«, denn jeder wisse, »dass Jugendarbeit in der Illegalität überhaupt nicht zu machen ist«. Brav versichert er: »Wir werden alle älter, wachsen aus der Jugendarbeit heraus.« Von »solchen Wahnvorstellungen einer Wiederbetätigung« würden nur Presse und Verfassungsschutz profitieren, insistiert er. Räumt aber ein, es werde auch »wieder Gruppen oder Organisationen geben, denen man in Zukunft eine Wiederbetätigung nachsagen wird oder in die Schuhe schieben wird«. Ihm selber könne man nicht verbieten eine politische Einstellung zu haben, versichert der geborene Sachse und setzt verklausuliert nach: »Ich kann mich da als Mitglied einbringen, wo ich der Meinung bin, das da meine Mitgliedschaft von Vorteil wäre. Ich bin nicht verdammt dazu, zuhause zu sitzen und nur noch die Wand anzustarren«.

Als der Moderator von Netzradio Germania Singekreise oder bündische

[1]

Foto: Otto Belina

Gruppen als Alternativen erwähnt, geht Räbiger nur vorsichtig auf andere rechte Jugendgruppen ein: »Es gibt gute Geister in unseren Reihen. Es gibt Führungspersönlichkeiten, die die Dinge ähnlich ernst nehmen wie wir«.

Keine drei Tage nach dem Verbot der neonazistischen »Heimattreuen Deutsche Jugend« (HDJ) tauchte eine Anhängerschar in der Öffentlichkeit auf um eine Informationsveranstaltung gegen Rechts zum Thema »HDJ – auch aktiv in Thüringen?« in Arnstadt zu stören. Neonazis waren ausdrücklich ausgeladen worden. Dennoch erschienen gleich zu Beginn rund 40 thüringische Neonazis, darunter »10 HDJ-Anhänger«, wie die Polizei später verlauten ließ. Sie hörten nicht auf die Veranstalter, stürmten direkt die Treppen hoch in den Saal. Es dauerte zwei Stunden bis die Polizei den Ort räumen ließ und die Personalien aufnahm.

Unter den Störern waren die achtfache Mutter und ehemalige Regionalbeauftragte der HDJ Silvia Berisha, sowie die thüringischen Anhänger Marlene Schneider und Steffen Hennrich. Kirschners Ex-Ehemann Christian Berisha gilt als »Spendenbeauftragter« der HDJ. Auch bei ihm war die Polizei am Verbotstag vorstellig geworden. Am Ostersamstag beteiligte er sich dann gemeinsam mit den HDJlern Manfred Börm und Michael Grewe an einer Neonazi-Demonstration in Lüneburg. Für den Technischen Dienst der HDJ soll Volker Quint aus Bad Salzdetfurth zuständig gewesen sein. Quint war ebenfalls von den letzten Hausdurchsuchungen gegen die Heimattreuen betroffen. Beruflich wird er wohl weiterhin mit Kindern, Jugendlichen und Pädagogen zu tun haben, er ist laut Internet Außendienstmitarbeiter einer hessischen Firma für Einrichtungsbedarf in Kindergärten und Schulen.

Der Einfluss ehemaliger HDJ-Aktivisten innerhalb von Kameradschaften, NPD und Gruppen wie der »Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland« scheint noch gewachsen. Karfreitag veranstaltete eine Gruppe von 23 Rechten in »Kniebundhosen und Dirndl« eine Wanderung zum Hermannsdenkmal, unter ihnen sollen auch Neonazis aus dem Umfeld der HDJ gewesen sein, wie die Landeszeitung aus dem Kreis Lippe berichtete. Auf Fotos ist der ehemalige HDJ-Aktivist Christian Fischer neben Markus Privenau aus Bremen erkennbar. Auch bei Gerd Ulrich aus Detmold, der zur HDJ-»Einheit Hermannsland« zählte, gehen Neonazis nach wie vor ein und aus.

Doch wird auf Bundesgebiet in nächster Zeit wohl kaum mit größeren Treffen zu rechnen sein. Szenebeobachter sind sich jedoch sicher, dass für die frühe pädagogische Einflussnahme des Nachwuchs von mindestens 30.000 gefestigten Neonazis bundesweit auch in nächster Zeit intern gesorgt werden soll. Organisierte braune Kindererziehung hat es seit den 1950er Jahren immer gegeben. Auch die Verfassungsschutzbehörden, die sich spät und scheinbar erst auf Druck von Medienberichten aufgefordert sahen, vor dem Drill der braunen Kaderorganisationen in den verschiedenen Bundesländern zu warnen, wollen jetzt alarmiert sein. Ein Sprecher des Bundesamtes in Köln räumte ein, dass davon auszugehen sei, »dass die sich bemühen werden weiterzumachen«. Er setzt nach: »zumindest ein Kernbereich von denen«.

Opferberatungsstellen wie auch Präventionsexperten berichten in letzter Zeit häufiger von alarmierten Eltern, deren Kinder in Kontakt mit dem Nachwuchs einschlägiger Neonazis gekommen seien. Immer wieder zeichnen sich dabei ähnliche rechte Verhaltensmuster auf. In den Schulen jedoch finden sie für ihre Ängste gegenüber neonazistischer Indoktrination kaum kompetente Ansprechpartner. ■

[2]

[1] Zeltlager der »Heimatreuen Deutschen Jugend« am 27. Mai 2007 in Eschede.

[2] Neonazistische Kinderzeichnungen in der HDJ-Zeitschrift »Funkenflug«

Es geht weiter... Dresden 2010

Ein Text des Bündnisses »No pasarán«

Ein Großaufmarsch wie alljährlich im Februar in Dresden stellt die AntifaschistInnen vor besondere Anforderungen. Nachdem es noch vor wenigen Jahren fünf Großaufmärsche waren, die pro Jahr von Neonazis veranstaltet wurden, hat sich dies auf zwei Termine reduziert. Dresden ist einer davon.

Die Vergangenheit hat bereits gezeigt, dass nur durch eine kontinuierliche antifaschistische Praxis die Öffentlichkeit, der Protest und eine Stimmung erzeugt werden kann, die solche Aufmärsche nachhaltig unterbindet. Die Erfahrungen aus dem Jahr 2009 in Dresden haben Probleme vor Augen geführt, die für die Arbeit bis 2010 in der antifaschistischen Arbeit besondere Aufmerksamkeit verdienen.

Der Aufmarsch – keine Eintagsfliege

Die Zahlen der Teilnehmer des Trauermarsches im Jahr 2009, sprechen für sich: mit 7000 Alt- und Neonazis auf der Straße, hat Dresden eine herausragende Relevanz in der extremen Rechten. Seit Beginn der Aufmärsche stiegen die Zahlen und die Umfeldaktivitäten stetig.

Ein Faktor, der die Brisanz des 13. Februar-Marsches ausmacht, ist bereits thematisch in diesem Termin angelegt. Es ist der einzige Anlass im Terminkalender der extremen Rechten, an dem in solchen Ausmaß an Kontinuitätslinien zum Nationalsozialismus angeknüpft werden kann.

Aus strategischen Gründen trennten die »Junge Landsmannschaft Ostdeutschland« (JLO) und NPD zu Gunsten des Großaufmarsches die Trauerinszenierung vom Datum des 13. Februar ab. Wegen dieser Loslösung vom eigentlichen Tag der Bombardierung Dresdens, fielen beim Großaufmarsch, entgegen dem inszenierten Trauerspektakel des »Aktionsbündnis gegen das Vergessen« am 13. Februar, wo sich die Aufmarschteilnehmer schweigend und mit Fackeln ernsthaft betroffen gaben, nun auch die strengen Bekleidungsanordnungen in den Reihen der Rechten weg.

Dadurch konnte der Großaufmarsch am 14. Februar nun jungen Neonazis, die sich gerne einen militanten Habitus zur Selbstinszenierung geben, als Schauplatz ihrer Straßenkampfidentität dienen. Es war ihnen möglich sich zu vermummen, Journalisten zu bedrohen und vermeintliche oder tatsächliche AntifaschistInnen anzugreifen. Im Jahr 2010 jährt sich die Bombardierung Dresdens zum 65. Mal. Zudem fällt der Tag des 13. Februar auf ein Wochenende. Es ist also zu erwarten, dass die Zahl der Teilnehmenden des Jahres 2009 noch übertroffen werden.

Um Neonaziaufmärschen dieser Größenordnung wirksam entgegentreten zu können ist es notwendig, den antifaschistischen Protest nicht nur auf breite Füße zu stellen, sondern ihn auch nachhaltig zu verankern – das zumindest haben die antifaschistischen Proteste der letzten Jahre in Dresden gezeigt. Ein Protest, der sich allein auf militante Aktionsformen reduziert, verkennt den Umstand, dass dem Großaufgebot an Polizei und der hohen Anzahl an Neonazis mit rein taktischen Überlegungen nicht beizukommen ist. Auch ein unreflektierter Blick auf individuelle Trauer erschwert antifaschistische Intervention. Ein kritisch distanzierter Umgang muss gewährleistet sein, eine Gleichstellung aller Trauernden mit den aufmarschierenden Neonazis aber vermieden werden.

Um diese vielfältigen und schwierigen Aufgaben zu bewältigen, sind verschiedene Faktoren zu beachten. Aus den Erfahrungen dieses Jahres lässt sich ein Fazit ziehen, wie die antifaschistische Praxis in Zukunft gestaltet werden muss, um effektiv den Aufmarsch zum Verschwinden zu bringen.

Der Brocken ist noch nicht geschluckt...

Das bundesweite Antifabündnis »No pasarán« hat sich viel vorgenommen. Dass einflussreicher antifaschistischer Protest von den wenigen lokalen Akteuren, auch aufgrund interner Zerstrittenheit, nicht alleine organisiert werden konnte, haben die letzten Jahre gezeigt. Der Neonaziaufmarsch gewann in der extremen Rechten immer mehr an Bedeutung und professionalisierte sich, wohingegen der antifaschistische Protest weit hinter den Möglichkeiten zurückblieb. 2009 ist es erstmals gelungen, 4000 AntifaschistInnen auf die Straße zu bringen. Das war nicht nur die bisher größte antifaschistische Manifestation in Dresden. Wir wurden auch ein wahrnehmbarer Faktor bei der Organisierung der Gegenproteste. Eins ist bereits deutlich geworden: Antifaschistischer Protest in Dresden ist möglich. Natürlich ist für die nächsten Jahre

noch mehr nötig, um den Neonazis den Aufmarsch zu verunmöglichen. Die ersten Schritte sind gemacht. Das dieser Weg steinig werden würde, war mit Blick auf den städtischen Umgang mit dem Neonaziaufmarsch und der eigenen Inszenierung der Trauer, schnell offensichtlich. Um einen Schritt weiter zu kommen, wollen wir uns 2010 klar kommuniziert in die Offensive begeben, denn nur so können sich viele anschließen und mitmachen. Daher verfolgen wir ein zentrales Konzept: Wir wollen von vornherein offen für eine gemeinsame Blockade mit allen NazigegnerInnen eintreten.

Die Stadt Dresden... ein scharfe und kalte Brise

Dass sich in Dresden eine Stimmung erzeugen lassen würde, die es ermöglicht den Neonaziaufmarsch zu skandalisieren, scheint auf den ersten Blick fern ab jeder Realität. Wurde der Aufmarsch jahrelang nicht nur verschwiegen und verharmlost, schien die Stadt ebenfalls kein Problem damit zu haben, die Neonazis auf der alljährlichen offiziellen Gedenkfeier zu dulden. Darüber hinaus selbst keinen kritischen Umgang mit dem Trauerspektakel zu entwickeln und sich darauf zu beschränken einzig und allein die Vereinnahmung der Trauer durch die Neonazis zu kritisieren, scheint die einzige Maßnahme der CDU-Bürgermeisterin zu sein. Hiermit steht sie exemplarisch für eine weit verbreitete Stimmung in der Stadt. Durch die Unfähigkeit des Großteils der DresdnerInnen, sich aus ihrer vermeintlichen Opferrolle zu befreien, machen sie es den Neonazis nicht nur leicht, ihre Trauerinszenierung als Normalität an diesem Datum zu verankern. Antifaschistischer Protest wird somit immer auch als Störfaktor betrachtet. Die Offiziellen des bürgerlichen Protestbündnisses gegen den Neonaziaufmarsch üben sich deshalb immer auch in Abgrenzung zu anderen Protestformen. Das führt dazu, dass die Stadt Dresden scheinbar mehr damit beschäftigt ist, den antifaschistischen Protest zu torpedieren. Ein massives Polizeiaufgebot, repressive Schikanen gegenüber vielen anreisenden AntifaschistInnen, die Demonstration durch einen polizeilichen Wanderkessel jeglicher Außenwirkung beraubt und dazu eine fast komplett abgesperrte Altstadt, die vielen den Zugang zu den antifaschistischen Protesten erschwerte bis verunmöglichte. Dem Neonaziaufmarsch hingegen wurde ein rechtsfreier Raum geschaffen, in dem sie ungestört von jeglichem Protest ihre nationalsozialistische Kontinuität zelebrieren konnten.

Mag das Ausmaß dieser Verblendung auch überrascht haben, ist die Auseinandersetzung um die Bombardierung Dresdens und die daran anschließenden Trauerfeiern schon seit Jahren von genau dieser geprägt. Deswegen ist diese Situation nicht unbedingt neu, erfordert aber einen entsprechenden Umgang. Es zeigt auch, dass Protest, trotz aller Schwierig- und manchmal Widersprüchlichkeiten, ein breites Spektrum abdecken muss. Nur so gelingt es einer antifaschistischen Linken als politischer Akteur wahrgenommen zu werden und sich dauerhaft in der Auseinandersetzung zu halten. Dazu müssen wir im nächsten Jahr unser Profil abermals schärfen und die politische und gesellschaftliche Relevanz dieses neonazistischen Spektakels nicht nur in der Antifa-Szene, sondern gerade auch bei den zivilgesellschaftlichen AkteurInnen vor Ort verankern.

Der antifaschistische Kampf beschränkt sich in Dresden somit nicht nur auf die Vorbereitung eines einmaligen Events. Es ist die vorrangige Aufgabe der Antifa, ein spektrenübergreifendes Engagement aufzubauen. Dieses Ziel gilt es bis 2010 voranzutreiben und wenn nötig darüber hinaus. ■

Teilnehmerzahlen Neonaziaufmarsch	
2001:	750
2002:	1.000
2003:	2.000
2004:	2.100
2005:	6.500
2006:	5.000
2007:	1.800
2008:	4.500
2009:	7.000

Stichwortgeber aus der Mitte der Gesellschaft

Wie Rechte gegen ein Flüchtlingsheim in Potsdam-Schlaatz agieren

Peter Nowak

Der Autor ist Freier Journalist und arbeitet u.a. für die Taz, das Neue Deutschland und den Blick nach Rechts

Ausgerechnet am 1. April 2009 übergab ein Potsdamer Stadtverordneter der rechten Partei »Deutsche Volksunion« (DVU) dem Oberbürgermeister der brandenburgischen Hauptstadt einen Stapel Papiere. Es waren 203 Unterschriften für den Antrag einer BürgerInnenbefragung über die Errichtung eines Flüchtlingsheims in dem Potsdamer Stadtteil Schlaatz. Die Aktion war allerdings kein Aprilscherz sondern Teil einer Kampagne, mit der verschiedene rechte Spektren in Potsdam wieder ein neues Betätigungsfeld gefunden haben, bei dem sie auch in der Bevölkerung auf positive Resonanz hoffen.

Der Anlass ist der geplante Umzug von ca. 150 Flüchtlingen in ein seit einiger Zeit leerstehendes ehemaliges Lehrlingsheim in Schlaatz. Diese Umzugspläne werden auch von FlüchtlingsbetreuerInnen, die der Heimunterbringung von Flüchtlingen grundsätzlich ablehnend gegenüber stehen, positiv bewertet. Dabei wird als Hauptargument genannt, dass der neue Ort vor allem wegen der Nähe zur Potsdamer Innenstadt für die Flüchtlinge eine Verbesserung ihrer Lebensbedingungen bedeute.

[1]

[1] Der mittlerweile verstorbene DVU-Funktionär Günther Schwemmer aus Potsdam beim NPD-Bundesparteitag in Berlin. Er sammelte Unterschriften gegen das Flüchtlingsheim in Potsdam.

Brandbrief der Wohnungsbaugesellschaft

Dass die Umzugspläne nicht nur auf Wohlwollen stießen, zeigte sich schnell. Dabei war es zunächst die Potsdamer Wohnungsbaugesellschaft (PBG), die in Gestalt ihres Vorstandsmitglieds Roland Zellmann gegen das Flüchtlingsheim mobil machte. Sie veröffentlichte im Februar 2009 in der Potsdamer Lokalpresse einen offenen Brief als bezahlte halbseitige Anzeige. Das Flüchtlingsheim käme »... in seiner Auswirkung auf den Leerstand einem massiven Eingriff in die Wirtschaftlichkeit der pbg gleich«, heißt es dort. Konsequenzen wurden angedroht. »Unter dem Aspekt der Wirtschaftlichkeit wären wir gezwungen, unsere Investitionsplanungen zu überdenken.«

In dem Text der Anzeige wird der Zuzug von Flüchtlingen in den Stadtteil durchweg negativ für die Entwicklung des Stadtteils dargestellt. So heißt es dort: »Vor allem sollte das zarte Pflänzchen der sich abzeichnenden positiven Entwicklung, (...) nicht zertreten werden.«

Dieser von PolitikerInnen und Flüchtlingsorganisationen heftig kritisierte Brief kann als Stichwortgeber für die unterschiedlichen rechten Gruppierungen angesehen werden. So wurde auf der Neonazi-Internetplattform Altermedia nach Veröffentlichung des offenen Briefes der PBG gehöhnt, dass die DVU mal wieder ein wichtiges Thema verschlafe, obwohl sie sowohl in der Potsdamer Stadtverwaltung als auch im brandenburgischen Landtag vertreten ist. Doch nach dem Brandbrief der Wohnungsbaugesellschaft hatte auch die DVU das Thema entdeckt. So wird in der RBB-Sendung Klartext ein Partei-Mitglied mit folgendem Statement zitiert: »Die Deutschen ziehen hier alle weg. Ich denke, da kann man die PBG verstehen, dass sich die Wohnungsanfragen auch weiter in dem Bereich bewegen werden... bitte nicht am Schlaatz.«

Nicht nur Zustimmung im Bürgerhaus

Auf einer überfüllten AnwohnerInnenversammlung im Bürgerhaus Schlaatz am 16. Februar ließ sich von der Wohnungsbaugesellschaft niemand blicken. Dafür versuchten bekennende Rechte, darunter DVU-Mitglieder, die StadtteilbewohnerInnen auf ihre Seite zu bringen. Immer wieder wurde die schwere Geschichte des leidgeprüften Stadtteils Schlaatz beschworen, der sich gerade mal positiv zu entwickeln begonnen hatte und nun durch das Flüchtlingsheim wieder zurück geworfen zu werden droht. Allerdings zeigte sich schnell, dass die Versammlung für die Rechten kein Heimspiel werden sollte. Nicht nur von Antifa-AktivistInnen sondern auch von vielen BewohnerInnen aus dem Stadtteil wurde ihnen heftig widersprochen, Darunter waren Studierende, die vor einigen Jahren in den Schlaatz gezogen sind und den Zuzug der Flüchtlinge als Bereicherung für den Stadtteil bezeichneten. Auch alteingesessene SchlaatzerInnen erklärten, dass der Stadtteil ein Flüchtlingsheim gut verkraften könne. Einige rechte AgitatorInnen zogen frustriert schon vor dem Ende der BürgerInnenversammlung ab und wetterten im Hinausgehen über den »Gesinnungsterror der politisch Korrekten«.

Ein Mann mittleren Alters, der auf der Versammlung geschwiegen hatte, tröstete die Rechten mit den Worten: Es waren ja die wenigsten Bewohner aus dem Stadtteil hier. Die müssen wir direkt erreichen«.

AktivistInnen aus der Antifa- und Antirassismusarbeit zogen eine gemischte Bilanz über den Ablauf der Versammlung. Im Vergleich zu den 90er Jahren, als in der Auseinandersetzung um die Errichtung von Flüchtlingsheimen rechte Einpeitscher teilweise stürmischen Applaus ernteten und antirassistische Stimmen kaum Gehör fanden, sei der Ablauf in Schlaatz eindeutig ein Fortschritt gewesen. Die Rechten hätten Gegenwind erfahren. Allerdings könne auch nicht von einer antirassistischen Stimmung auf der Veranstaltung gesprochen werden. So seien teilweise auch Beiträge von BefürworterInnen des Flüchtlingsheims von Rassismen durchtränkt, wenn sie beispielsweise das Heim als Belastung einstufen, die aber von den SchlaatzerInnen gestemmt werden könne.

Rechte Offensive

Unterschiedliche rechte Gruppen hatten Schlaatz mittlerweile zu ihrem Agitationsfeld erkoren. Darunter auch die Potsdamer Neonaziszene, die sich nach der Verhaftung und Verurteilung einiger Führungskader im letzten Jahr neu strukturiert hat. Zu ihren spektakulären Aktionen der letzten Zeit gehörte im Dezember 2008 das Anbringen von mehr als 20 bis zu vier Quadratmeter großen Hakenkreuzen in verschiedenen Potsdamer Stadtteilen, darunter auch in Schlaatz. Auch danach waren immer wieder rechte Schmierereien in der Nähe des geplanten Flüchtlingsheims festzustellen.

Die NPD verteilte Flugblätter, auf denen Asylbewerbern eine »gute Heimreise« gewünscht wurde. Nach Angaben des Rundfunk Berlin-Brandenburg (RBB) ermittelt der Staatsschutz wegen des Verdachts auf Volksverhetzung gegen die VerfasserInnen. Die DVU hatte ihren Fokus auf die Unterschriftensammlung für eine BürgerInnenbefragung gelegt. Damit hoffte sie auch bei den Europa- und Landtagswahlen punkten zu können. So heißt auf der Homepage der DVU-Brandenburg, dass die Bürger den etablierten Parteien die als »Gauner« und »Verräter« tituliert werden, bei den Wahlen einen Denkzettel verpassen sollen, wenn es nicht zum Bürgerbegehren kommt. Mit dem Flüchtlingslager in Schlaatz hofft die DVU noch ein Thema für den Wahlkampf entdeckt zu haben.

Schließlich sehen bisher alle Umfragen die DVU bei der Landtagswahl in Brandenburg unter der Fünfprozenthürde. Das würde für die DVU nicht nur ein Verschwinden aus dem Landtag bedeuten, sondern ihre Position gegenüber der NPD verschlechtern. Denn die ist nicht nur Bündnispartnerin im sogenannten »Deutschlandpakt«, sondern gleichzeitig Konkurrentin um die rechte Führungsrolle in Brandenburg.

In der Rhetorik gibt es bei beiden Parteien keinen Unterschied. So endet der Aufruf der DVU-Potsdam zur Europawahl mit dem durchaus als Drohung zu verstehenden Zitat eines nationalistischen Dichters des 18. Jahrhunderts: »Wer, wenn das Vaterland in Not ist, einen anderen Gedanken als dessen Rettung fühlt, ist nicht wert, in einem freien Staate zu leben.« ■

Rechter Konsens in Mügeln

Über Stigmatisierung, Gewalt und Normalität in der sächsischen Provinz

Franziska U. Mogelin

Mügeln vor knapp zwei Jahren: Acht Inder feierten mit beim jährlichen Altstadtfest der sächsischen Kleinstadt. Einigen Mügelnern missfiel das, den Indern wurde gedroht, sie sollten gehen. Dies wollten sie dann auch tun, doch vor dem Festzelt wartete bereits eine dreißigköpfige Gruppe Deutscher, die die Inder mit Pfefferspray, Flaschen, Schlägen und Tritten attackierte. Verletzt gelang den Indern die Flucht in die nahe gelegene Pizzeria des einen Inders. Der Mob folgte, belagerte die Pizzeria und wuchs auf eine Gruppe von 50 Personen heran, begleitet und geschützt von zahlreichen Schaulustigen. In dieser Nacht auf den 19. August 2007 versuchte die Gruppe in die Pizzeria einzudringen: Scheiben gingen zu Bruch, der Lieferwagen wurde demoliert, ein Eisengitter in die Tür geworfen, Parolen wie »Ausländer raus«, »Hier regiert der nationale Widerstand« und »Türkenschweine« gerufen. Die Inder hatten Todesangst. Erst mit dem Eintreffen der Polizei ließ der Mob allmählich von der Pizzeria ab.

Diese pogromartige Tat war nicht allein das Werk von Jugendlichen, die leicht in die ganz rechte Ecke gestellt werden können: »Es war alles vertreten. Und es hat auch jede Altersgruppe diese Parole in den Mund genommen«, bestätigt ein Zeuge[1]. Mit Wohlwollen registrieren lokale PolitikerInnen, dass es sich laut Staatsanwaltschaft nicht um eine normale Festzeltschlägerei, aber auch nicht um eine geplante rechtsextremistische Tat gehandelt habe. Dabei müsste es doch gerade zu denken geben, wenn »ganz normale Bürger« ihrer Abneigung gegenüber MigrantInnen in solcher Art und Weise Ausdruck verleihen. Ein Problembewusstsein für die Ursachen der Tat besteht in Mügeln nicht und der Umgang mit den Geschehnissen ist weder von Schuld, noch von Scham geprägt. Stattdessen lassen sich in Abwehrargumenten und Verleugnungsstrategien selbst eine Vielzahl von Fragmenten rechter Ideologie finden.

In der Studie »Ein Blick in die Mitte« wird diese Ideologie in verschiedene Dimensionen untergliedert[2], exemplarisch soll in Anlehnung daran die vorurteilsvolle Einstellung der Mügelner Bevölkerung dargestellt werden.

»Wir trauen uns nicht, es zu sagen.«

In der Studie wird deutlich, dass bei einer Normverletzung nicht nur die Furcht vor Desintegration besteht, sondern auch die vor dem totalen Einschluss in die Wir-Gruppe in Form von konkreter oder »symbolischer Gewalt«[2]. Im Zuge dessen kommt es einerseits zur Relativierung der Gewalt an der als fremd konstituierten Gruppe, um die Erinnerung an die drohende Erfahrung der eigenen Ausgrenzung zu vermeiden. Andererseits kommt es zu einem starken Anpassungsdruck des Individuums. Um von der Wir-Gruppe nicht sanktioniert zu werden, gibt es seine Individualität zugunsten der Gruppennorm auf.

Auch in Mügeln scheint die Angst vor dem Ausschluss aus der kleinstädtischen Gemeinschaft bei ihren BewohnerInnen groß zu sein. Nachdem die Band »Virginia Jetzt!« ihren Auftritt beim Ende August 2007 stattfindenden Schlossfest abbricht und eine Kritik an dem Umgang der Gemeinde mit der Tat formuliert, kommen Leute auf die Bandmitglieder zu und äußern ihre Angst: »Ihr habt genau das angesprochen, was wir denken, aber wir trauen uns nicht, es zu sagen[3].« Auch der Ausgang der Tatermittlungen bestätigt diese Annahme: in einer Kleinstadt mit 5000 EinwohnerInnen, wo davon ausgegangen werden kann, dass jeder jeden kennt, kann angeblich kaum einer der über hundert vernommenen ZeugInnen die Täter identifizieren. Selbst die örtlichen Polizisten wollen die Täter nicht erkannt haben und die wenigen ZeugInnen, die es gibt, möchten anonym bleiben. Dabei spielt sicherlich nicht nur die Angst vor Desintegration, sondern auch die vor der eigenen Gewalterfahrung eine Rolle. Diese Befürchtung ist auch nicht aus der Luft gegriffen, denn ein Zeuge, der die Täter durch seine Aussagen in einem Film belastet, wird kurz nach der Ausstrahlung des Films zusammengeschlagen.

Die Angst vor Stigmatisierung ist vermutlich entscheidend für das Schweigen der ZeugInnen, obgleich sie nicht den einzigen Grund dafür

1| K. Taylan: Der Tag, als der Mob die Inder hetzte, Reportage in: ARD, Erstausstrahlung am 17. September 2008 um 23.30 Uhr.
2| O. Decker et al.: Ein Blick in die Mitte. Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen in Deutschland, hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin, 2008.
3| N. Skrotki. Zitiert nach: I. Haese: Haben die Mügelner selber Angst?, in: Berliner Zeitung. Stand: 30. August 2007.
4| F. Nordhausen: Ein Tritt, ein Ruf, und der Hass brach los, in: Berliner Zeitung. Stand: 30. August 2007.
5| Staatsanwalt ermittelt gegen zwei Verdächtige, in: Tagesschau. Stand: 23. August 2007. URL: http://www.tagesschau.de/inland/meldung118.html
6| Deuse kann als anerkannter Repräsentant

[1]

Tatort. *Eines der Opfer der Hetzjagd auf acht Inder in Mügeln, Singh Gorvinda (r.), beantwortet am Montag mit Hilfe eines Übersetzers Fragen von Journalisten.* Fotos: dp

Stadt unter Schock

Deutsche hetzen Inder durch das sächsische Mügeln und grölen Naziparolen / Acht Ausländer verletzt

VON LARS RISCHKE, DRESDEN

Inder verletzt, einer von ihnen schwer. Auch vier mutmaßliche Täter und zwei gen Landfriedensbruchs und Körperverletzung ermittelt, hieß es lediglich. Zu- Hintergründe müssten schnell aufgeklärt werden. Noch sei nicht geklärt, ob es

[1] Fasimile aus »Tagesspiegel« vom 21. August 2007.

darstellt. Mitunter wird der Normierungsdruck und die Anwendung von Gewalt bei Normverletzungen auch legitimiert. Die Abweichung, die in der Herkunft und dem vermeintlichen Verhalten der Inder gesehen wird, wird als Provokation empfunden, womit die Aggressivität des eigenen Handelns gerechtfertigt wird.

»Wir sind hier die Deutschen, nicht ihr.«

In der Studie wird die Ablösung vom klassisch-biologistischen durch den modern-kulturalistischen Rassismus beschrieben. Hierbei werden Normen für die eigene Wir-Gruppe aufgestellt und Fremdgruppen aufgrund ihrer vermeintlich mangelnden Anpassung an diese Normen diskriminiert, kulturelle Unterschiede werden als feste Eigenschaften betrachtet[3].

Denen, die in Mügeln zur Tat geschritten sind, kann man sicherlich vorrangig »klassischen« Rassismus unterstellen: ihnen gefiel nicht, dass Inder mit einer Deutschen tanzten und sie schrien »Türkenschweine raus! Ihr nehmt uns die Arbeit weg«[4]. Dieser »klassische« Rassismus wird von vielen MügelnerInnen geduldet und gerechtfertigt: »Solche Parolen können jedem mal über die Lippen kommen[5]«, meint Mügelns Bürgermeister Gotthard Deuse[6]. Viele PassantInnen haben dem rassistischen Angriff zugesehen, selbst die Security des Festes »rührte sich nicht[7]«. Ein Jahr nach der Tat macht der nordsächsische Kreistag die NPD, und damit auch deren »klassischen« Rassismus, salonfähig: Die neu in den Kreistag gewählte NPD solle man nicht ausgrenzen, man müsse sie einladen und sich mit ihren Vorschlägen auseinander setzen. Die CDU ist sogar der Meinung, dass man Anträge der NPD annehmen sollte, sofern sie gut für die Region seien. Wenig später werden NPD-Kreisräte in zwei Ausschüsse gewählt, da zwei VertreterInnen der »bürgerlichen« Parteien für diese gestimmt haben.

Im allgemeinen Diskurs tritt Rassismus verdeckter auf, die subtilen Rassisten bemerken ihre Stereotype meist nicht, weil sie diese legitimiert sehen durch die Normabweichung der Fremdgruppe. So beteuert beispielsweise ein Mügelner Rentner, er habe »nichts gegen Ausländer, ganz im Gegenteil, aber manche stachelt das an, weil die jetzt das ganze Stadtzentrum unterwander[n]. »Er legitimiert die Hetzjagd auf Inder mit dem Verweis auf deren vermeintliche Normverletzung, dass diese sich eben nicht unauffällig verhalten würden und zu viele seien. Bei einem MigrantInnenanteil von unter einem Prozent wirkt diese Scheinlegitimation zusätzlich absurd. Den absoluten Anspruch der Einhaltung gesellschaftlicher Normen sieht er zudem durch gesetzliche Regelungen gesichert. Als das Auto des Pizzeriabesitzers einmal im Parkverbot stand, habe er dem Inder gedroht: »merk dir eins, wir sind hier die Deutschen, nicht ihr. Ihr habt euch an das deutsche Recht zu gewöhnen[8]«.

Auch Bürgermeister Deuse ist die Einhaltung gesellschaftlicher Normen wichtig, »Ausländer« sind vor allem als Gastgeber akzeptiert: »Das ist ja auch tatsächlich, dass die Mügelner Bürger nicht ausländerfeindlich sind, denn ich fahre auch gern ins Ausland in Urlaub und viele Mügelner genauso[1]«.

der Mügelner betrachtet werden, nicht zuletzt, weil diese ihn im Juni 2008 in seinem Bürgermeisteramt bestätigten.

7| F. Nordhausen / P. Riesbeck: Dann kam der Mob, in: Berliner Zeitung. Stand: 21. August 2007.

8| W. Kohrt: Ansichten aus Mügeln, Reportage in: Berliner Zeitung. Stand: 22. August 2007.

9| A. und M. Mitscherlich: Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens. München, 1990.

10| Deuse. Zitiert nach: B. Meine: »Bürger sollen zur Aufklärung beitragen«, in: Torgauer Zeitung. Stand: 22. August 2007.

11| Vgl. T.A. van Dijk: Rassismus-Leugnung im Diskurs, in: S. Jäger / F. Januschek: Der Diskurs des Rassismus. Oldenburg, 1992, S. 110.

12| R. Hoppe: Aufstand der Unsichtbaren, Reportage in: Der Spiegel, Nr. 49 vom 3. Dezember

➔

2007, S. 194.
13| Deuse zitiert nach: M. Schwarz: »Ein neues Sebnitz«, Interview in: Junge Freiheit. Stand: 31. August 2007.
14| Sitzungsprotokoll Jugendhilfeausschuss Torgau-Oschatz. Stand: 11. September 2007.
15| Bspw. O. Decker / E. Brähler: Vom Rand zur Mitte. Rechtsextreme Einstellungen und ihre Einflussfaktoren in Deutschland, hg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin, 2006.
16| Vgl. bspw. http://www.chronikle.org:3015/ereignis/erneuter-angriff-inder-muegeln

»Das Schlechte sollte eigentlich eher verdrängt werden.«

Nach Freud bestehe eine gelungene Trauerreaktion darin, »die definitive Veränderung der Realität durch [das Vorgefallene] zu akzeptieren«[9]. Das Gegenteil ist in Mügeln der Fall, wie aus Deuses Rede beim Altstadtfest 2008 hervorgeht: »Und ich denke, wir haben ein Recht zu feiern. Der Blick zurück hilft uns nicht weiter, nur der Blick in die Zukunft. Und das ist unsere Losung: Mügeln sieht nach vorn! Mügeln weiß, was passiert ist, aber wir lassen uns nicht unter kriegen.[1]« Die Gäste applaudieren. Das ist der klarste Verweis in seiner Rede auf die Hetzjagd im Vorjahr. Diese wird mit keinem Wort erwähnt und sie soll auch keine Spuren in Mügeln hinterlassen, sodass man wieder so feiern könne wie in den Vorjahren.

Viele Schuldabwehrmechanismen werden sich zu Nutze gemacht, um das Image der Gemeinde möglichst reinzuwaschen. So werden einzelne Tatbestände des Angriffs geleugnet oder verharmlost, beispielsweise wird der Fakt, dass es sich um eine Hetzjagd gehandelt habe, bestritten: »In vielen Medien war davon die Rede, dass die Inder durch die ganze Stadt gejagt wurden. Aber vom Festzelt zur Pizzeria sind es 30 Meter.«[10] Abgesehen davon, dass der Weg mehr als doppelt so lang war, wird in der Reportage »Der Tag, als der Mob die Inder hetzte« berechtigterweise die Frage gestellt, wie viel denn die Todesangst der Inder bei der Bewertung als Hetzjagd zähle, zumal die Inder schon vor dem Festzelt heftig attackiert wurden und mit dem Schlimmsten zu rechnen hatten. Es kommt auch zu einer Verklärung der Tat: »Man soll nicht nur negativ reden, es gibt in Mügeln auch viele schöne Dinge. [...] Das Schlechte [der Angriff auf Inder, F.M.] sollte eigentlich eher verdrängt werden.«[8] Bürgermeister Deuse entwirft das Bild einer romantischen Kleinstadt und versucht damit, die Relevanz des Angriffes weit in den Hintergrund zu stellen.

Hinzu kommt eine Schuldumkehr, das eigene Handeln wird auf das vermeintlich vorangegangene Fehlverhalten des Opfers zurückgeführt[12]. Die Inder hätten im Festzelt »fremdartig und gockelhaft« getanzt und »den Frauen Luftküsse zugeworfen«[13]. Das impliziert die Haltung: wenn sie so tanzen, brauchen sie sich auch nicht wundern, dass sie zum Objekt der Aggression werden. Mit der Schuld der Inder wird die Unschuld der Deutschen postuliert, diese hätten sich nur gegen die Provokation der Inder verteidigen wollen. Auch Bürgermeister Deuse vermutet im Interview mit der rechtspopulistischen Zeitung Junge Freiheit eine Mitschuld der Inder: »Aber es ist schon ein Unterschied, ob die Inder unschuldig und aus fremdenfeindlichen Motiven überfallen, gejagt und dann verprügelt wurden, wie das jetzt von den meisten Medien dargestellt wird. Oder ob sich in einem Festzelt eine an sich unpolitische Prügelei entsponnen hat – an deren Entstehen die Inder überdies möglicherweise einen Anteil hatten.[14]« Solche Behauptungen sind inzwischen widerlegt. Sie spiegeln das Bedürfnis wider, die eigene Schuld auf ein möglichst wehrloses Ziel zu verschieben.

Neben dieser Regression kommt es auch zur Schuldsublimierung: Man selbst könne für den Vorfall gar nichts, da man sich übermächtigen Prozessen und Instanzen ausgesetzt sieht. Schuld am »Rechtsextremismus« seien Arbeitslosigkeit und Jugendabwanderung, die »Hauptursache« sei »im Frust der Menschen auf die Gesellschaft und die Politik« zu sehen, behaupten Mitglieder des nordsächsischen Kreistages[15]. Dass solche Faktoren höchstens bedingt Einfluss auf die Entstehung rechter Ideologie haben, belegen aber genügend Studien[16].

Fazit

Die Täter von Mügeln werden zu Geld- und Bewährungsstrafen verurteilt und können mit dem Rückhalt der örtlichen Gemeinschaft weiter auf Opferfang gehen. Erst Anfang März diesen Jahres wird die Pizzeria in Mügeln erneut angegriffen, dem Besitzer wird mit einem Schlagring die Nase gebrochen[16]. Die Ideologie, die hinter diesen Taten steht, bleibt in Mügeln nach wie vor unhinterfragt, stattdessen hält die Gemeinde an der Selbstdarstellung als Opfer einer großen Medienkampagne fest. »Es bleibt zu beachten, daß die Abwehr kollektiv ent-

standener Schuld einfach ist, wenn sie wieder im Kollektiv geschehen kann; denn hier bestimmt ein Consensus omnium die Grenzen der Schuld.«[9] Die angeführten Beispiele verdeutlichen diesen Konsens in Mügeln, der von Fragmenten vorurteilsvoller Einstellung geprägt ist und sich resistent gibt gegen jegliche Form der gesellschaftlichen und politischen Veränderung. Würden die Mügelner BürgerInnen und lokalen PolitikerInnen nämlich tatsächlich die rechte Ideologie hinterfragen, müssten sie feststellen, dass sie dieser – mindestens teilweise – selbst nachhängen. In Mügeln besteht – ähnlich wie in der restlichen Gesellschaft auch, nur auf andere Weise – ein Gewaltverhältnis, welches die eigene provinzielle Norm gegen konstituierte Abweichungen durchsetzt. Damit steht die Gemeinde exemplarisch für viele Orte Deutschlands. Wer dem Anpassungsdruck nicht standhalten kann oder will, wird stigmatisiert. Dass sich diese Stigmatisierung nicht nur in psychischer, sondern auch in physischer Gewalt äußern kann, hat man bei der Hetzjagd gesehen. Sie kann deswegen auch nicht als »Ausrutscher« von einigen Dutzend Jugendlichen betrachtet werden, sondern die Täter handelten nach dem Normverständnis von Mügeln. ■

[2]

Gotthard Deuse

FOTO: PRIVAT

Herr Deuse, von einer „Hetzjagd auf acht Inder in Mügeln, die schließlich verprügelt wurden" sprechen seit Tagen die meisten Medien und Politiker. Sie aber sagen: „So war das gar nicht."

Deuse: Tatsächlich stand die Prügelei, bei der die Inder – und vier Deutsche – verletzt wurden, nicht am Ende, sondern am Anfang der Geschehnisse. Daraus erst ergab sich dann offenbar die Flucht in die Pizzeria Picobello. Um nicht mißverstanden zu werden: Ich verurteile *jede* Form der Gewalt auf das schärfste! Aber es ist schon ein Unterschied,

[3]

JUNGE FREIHE

WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK UND KULTUR

Stadt Mügeln
Kreis Torgau-Oschatz

Eine Stadt als gefundenes Fressen

KAMPF GEGEN RECHTS

Mügeln und die neue „Kampf gegen Rechts"-Hysterie

Reportage, Berichte und Interview Seiten 1, 3, 4 und 5

rtsschild der sächsischen Kleinstadt Mügeln, Pressemeute: Ein zynischer Journalismus, dem der verlogene Moralismus aus allen Poren quillt

Hetzjagd von Journalisten

[4]

38 / 14. September 2007

National•Zeitung
Deutsche Wochen-Zeitung

Mügeln: Hetzjagd der Meinungsindustrie

Was hinter der Medien-Kampagne steckt

er Bürgermeister von Mügeln, Gott- Deuse, hat in einem Zeitungsinter- die Vorverurteilung seiner Stadt h Massenmedien kritisiert und ei- Vergleich zur Medienkampagne um Tod des kleinen Joseph Abdulla K. Sebnitz gezogen. Wörtlich sagte FDP-Kommunalpolitiker: „Diese De- on passt auch auf Mügeln, insofern ich Mügeln in der Tat als neues itz."

an kann in Anbetracht der Tatsa- in der Tat nur von einer giganti- n Desinformations- und Rufmord- pagne der politisch-korrekt gleich- halteten bundesdeutschen Jour- gegen die sächsische Kleinstadt chen. Tagelang überboten sich lierte Meinungsmacher in einer erischen Sensationsberichterstat- über einen „rassistischen Mob", angeblich eine „Hetzjagd auf acht r" durch die ganze Stadt veranstal- abe.

„Ich bin stolz, Deutscher zu sein", lautet das patriotische Bekenntnis de Bürgermeisters von Mügeln, Gotthard Deuse (hier vor dem Rathaus de sächsischen Kleinstadt).

[1] Mügelns Bürgermeister Gotthard Deuse im »Junge Freiheit« Interview

[2] Die Titelseite der »Jungen Freiheit« – Faksimile aus »Junge Freiheit« vom 31. August 2007

[3] Die DVU-Zeitung »National Zeitung« unterstützte die Position der Mügelner offensiv – Faksimile aus »National Zeitung« vom 14. September 2007

Extremismus der Vernunft

Was Antifa heute sein kann und machen sollte

Ein Beitrag der autonomen antifa [f], Frankfurt

autonome antifa [f]
c/o Café Exzess
Leipzigerstr. 91
60487 Frankfurt
www.autonome-antifa.com

Antifa als Konzept ist mal wieder in der Krise. Vor zwanzig Jahren angetreten, um als »revolutionärer Antifaschismus« mit den Neonazis »das System zu stürzen«, hat es bisher bekanntlich weder den Kapitalismus ins Wanken gebracht, noch die Neonazis oder andere reaktionäre Bewegungen nachhaltig in ihre Schranken verwiesen. Aber: Die Antifa ist nicht totzukriegen. Spätestens seit dem Sommer 2000 schon von vielen für tot erklärt, entstehen doch immer wieder neue Gruppen, die Politisierung von Jugendlichen läuft häufig über dieses Label und wo es aktive Antifas gibt, haben es Rechte zumindest schwerer. Keine Antifa ist also auch keine Lösung. All das ist Grund genug, es endlich besser zu wissen – und zu machen. Dafür ist jedoch erst einmal zu klären, wie es überhaupt soweit kommen konnte und wie sich Antifaschismus vernünftig bestimmen lässt.

Ein notwendiger Umweg?

Bedingung des relativen Erfolges des Konzeptes Antifa war der Taschenspielertrick des »revolutionären Antifaschismus«. Grundlegend waren zwei Komponenten: Einerseits die frustrierende Erfahrung der radikalen Linken, dass es mit den Neonazis selbst unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen etwas noch Schlimmeres als diese gibt. Anderseits das Fehlen einer emanzipatorischen Perspektive Ende der 1980er Jahre. Daraus wurde ein Konzept zusammengekleistert, das aus der Not einfach eine Tugend machte. Allerdings nicht ganz ohne Erfolg. Wo mensch der Gesellschaft schon nicht ans Leder konnte, konnten Antifas immerhin Neonazis boxen und mussten dabei die Radikalität nicht aufgeben. Antifaschismus war ein militanter Platzhalter für eine noch zu entwickelnde Perspektive. Allerdings hatte diese Vorgehensweise eine Begriffsverwirrung zur Voraussetzung, da sie in schlechtester linker Tradition nicht der Analyse des Gegenstandes, sondern der schon gewählten politischen Strategie den Vorrang einräumte. So lud mensch den Kampf gegen Neonazis und auch die Polizei »revolutionär« auf und konnte sich mitunter beruhigt im Nazijagen und -Fotografieren des Fahndungsantifaschismus einrichten. Ein überholter Ansatz, der selbst heute noch verbreitet ist, auch wenn nicht mehr von »revolutionärem Antifaschismus« gesprochen wird.

Gleichwohl nötigte die Konfrontation mit alten und neuen Nazis und deren Ideologie tendenziell dazu, sich einen Begriff der Gesellschaft zu erarbeiten, der Gewissheiten der Linken auf den Prüfstand stellen musste. Die historische Niederlage der Linken im Nationalsozialismus war als Antifa schließlich schlecht zu ignorieren. Versatzstücke linker Tradition, wie die Aufteilung der kapitalistischen Gesellschaft entlang der Linie von »guten Unterdrückten« und »bösen Herrschenden« oder der positive Bezug auf ideologische Kategorien wie Volk und Nation wurden damit auch in der Bewegungslinken fragwürdig. Der linke Antikapitalismus musste hier und da durch das Nadelöhr des Antifaschismus. So funktionierte die selbstgestellte Aufgabe in Teilen der Antifaszene immerhin als Hebel zur Reflektion linker Theorie und Praxis. Die Geschichte der Antifa könnte sich so als die Geschichte eines notwendigen Umweges erweisen.

Von der Beantwortung der Frage, wie es gelingen kann, aus dieser Geschichte die richtigen Konsequenzen zu ziehen, hängt die Erfolgsmöglichkeit eines linken Antifaschismus ab. Denn, wie das so ist mit Umwegen: wenn sie nicht ans Ziel führen, sind sie Sackgassen.

Antifa heißt ...

Wenn Antifaschismus mehr sein soll als ein subkultureller Habitus, muss er inhaltlich – und nicht, wie bei den GenossInnen der ALB und der ALI[1], anhand von schon entschiedenen Bündnisstrategien – bestimmt werden. Dafür ist zu klären, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben und wie mithin gegen rechtsradikale Bewegungen vorgegangen werden sollte. Denn ohne einen Begriff von sich und seinem Gegenüber führt auch Antifaschismus vor allem zur Verwirrung seiner AktivistInnen.

Krieg, Abschiebungen, Arbeit, Armut, Umweltzerstörung, etc. – die kapitalistische Gesellschaft produziert am laufenden Band Elend und Unvernunft. Dafür braucht es keinen Faschismus, sondern bloß die demokratische Verwaltung des Kapitalismus. Sie ist real so unmenschlich, wie sie zugleich Grund des liberalen Menschenbildes – also der Idee, dass jeder

1| Siehe ALB, ... Angriff! in: AIB Nr. 77 sowie ALI, zusammen kämpfen! in: AIB Nr. 79.
2| Siehe auch: LEA, Antifa heißt radikale Gesellschaftskritik in: AIB Nr. 80 und TOP Berlin, Antifa heißt mehr als Boxen und Bücher lesen? in: AIB Nr. 81.
3| »Wer unpolitisch sein will, hat die Parteinahme, die er sich ersparen will, längst vollzogen – er dient der herrschenden Partei.« (Max Frisch)
4| Anders als den Genossinnen der VVN, die immer noch Unterschriften für ein NPD-Verbot sammeln, VVN-BdA Berlin, Nie wieder Krieg! Nie wieder Faschismus! in: AIB Nr. 82.

»seines Glückes Schmied« sei – ist. Dem Staat kommt dabei nur die Aufgabe zu, die entsprechenden Freiheiten, wie Eigentumsrecht und Handlungsfreiheit, mit Gewalt durchzusetzen. Im Zweifelsfall brechen sich die Rechte des bürgerlichen Individuums zwar an den »Sachzwängen« staatlicher Wettbewerbsfähigkeit. Im Gegensatz zu regressiven Bewegungen setzt die bürgerliche Gesellschaft aber grundsätzlich die Handlungsfreiheit und die Interessen des Einzelnen ins Recht. Gesellschaft entzieht sich so der Kontrolle der bürgerlichen Subjekte, erscheint ihnen jedoch immerhin als menschengemacht und damit als (potentiell) vernünftig. Die bloße Möglichkeit (Faschismus) der Sache (Kapitalismus) ist also kein gutes Argument gegen sie.[2]

Rechtsradikale Bewegungen knüpfen an die Probleme im Kapitalismus an und versprechen den brutalen Kampf der kapitalistischen Interessen in als »natürlich« oder »göttlich« vorgestellten – jedenfalls irrational legitimierten – Gemeinschaften stillzustellen. Soziale – also veränderbare – Prozesse und Konflikte werden von Ihnen in unveränderbare umgedeutet. Das ist, trotz der mitunter revolutionären Selbststilisierung (z.B. bei einigen Islamisten oder Autonomen Nationalisten), das Wesen des Rechtsradikalismus. Dazu propagiert er die totale Unterordnung des bürgerlichen Subjektes unter ein essentialistisch definiertes Kollektiv, das gegen »die Anderen« in Stellung gebracht wird. Damit stoßen Rechtsradikale nicht selten auf offene Ohren. Es macht daher wenig Sinn, antifaschistische Aktionen auf – dem historischen Vorbild gleichende – faschistische Gruppierungen zu begrenzen. Egal ob Neonazis, Burschenschaftler, Islamisten oder Evangelikale – am inhaltlichen Ansatz der irrationalen Festschreibung sozialer Verhältnisse lässt sich das feindliche Gegenüber des Antifaschismus erkennen. Selbst wenn es sich, wie beispielsweise einige Sekten oder Hooligans, als »unpolitisch« versteht.[3] Die Gemeinsamkeit unterschiedlicher, regressiver Krisenlösungen besteht in der Absage selbst an die bürgerliche Idee menschlicher Individualität und Vernunft. Wo die liberale bürgerliche Gesellschaft den Menschen im Stande der Unfreiheit mit den eingeschränkten Wahlmöglichkeiten zugleich auch die Möglichkeit der Emanzipation aufnötigt, stellen Rechtsradikale sie gar nicht mehr vor diese Wahl. Rechtsradikale Bewegungen geraten daher aus strukturellen Gründen – und nicht nur aus Sorge um das Standortimage – mit bürgerlichen Institutionen in Konflikt.

... im Hamsterrad Motorrad fahren

Dagegen verfolgt ein linker Antifaschismus zwar auch das widersprüchliche Projekt der Verteidigung der liberalen bürgerlichen Gesellschaft gegen ihre eigenen Geschöpfe. Insofern hat er Gemeinsamkeiten mit den liberalen Demokraten. Denn wie sich auch aktuell in Neonazihochburgen wie Dortmund zeigt: Das frustrierende →

5| Dass es anders geht, sieht man z.B. am Aufruf des Umsganze-Bündnisses gegen die rechtspopulistische »Anti-Islam-Konferenz« in Köln (siehe http://umsganze.de/index.php/home/28-texte/49-paradise-now--fuer-den-kommunismus).

6| Siehe dazu: Moishe Postone (2005): Antisemitismus und Nationalsozialismus in dem Band Deutschland, die Linke und der Holocaust Ça Ira, Freiburg, sowie Geschichte und Ohnmacht

→ Hamsterrad des Antifaschismus kann die Linke im Kapitalismus nicht verlassen. Die Einsicht, dass dieser Radsport hier ein notwendig falscher bleibt, ist aber die Bedingung für seinen Erfolg. Selbst linker Antifaschismus ist Vorfeldarbeit und für KommunistInnen eine Zumutung. Schließlich ist der antifaschistische Kampf gegen die irrationale Festschreibung sozialer Verhältnisse faktisch immer auch der Kampf um das Recht auf zweckrationale Ausbeutung im Kapitalismus. Er ersetzt nie die Überwindung der so liberalen wie unmenschlichen Idealform der kapitalistischen Gesellschaft und ihrer – sozial- oder wettbewerbsstaatlichen – Varianten. Da Antifaschismus trotzdem besorgt werden muss, sollte er wenigstens richtig gemacht werden. Die Antifa orientiert sich daher an einem eigenen Kriterium: Nicht Ordnungspolitik, sondern die Stärkung der Reflexionskapazität des Individuums ist der Maßstab. Nicht den Status als Staatsbürger, sondern die Möglichkeit der Emanzipation des Individuums vom Staat muss linker Antifaschismus verteidigen. Daher kennt er keine Kompromisse mit den Feinden der Freiheit und erteilt noch so taktisch motivierten Formen der Ignoranz oder der Querfront um des Erfolges willen – egal ob mit der Hisbollah auf Friedensdemos oder der NPD bei Sozialprotesten – eine Absage. Im Zweifelsfall gibt die Antifa den Spielverderber. Deswegen scheißt sie auch auf die inzwischen vom Staatspersonal angemahnten »Verantwortungen im Land der Täter« – sie hat sie als Begründung gar nicht nötig. Ohnehin ist ihre Haltung gegenüber staatlichen Maßnahmen grundsätzlich von Misstrauen geprägt. Denn sie weiß, dass der primäre Zweck des Staates nicht einmal die Aufrechterhaltung der individuellen Grundrechte, sondern jener der Kapitalverwertung ist. Zur antiimperialistischen oder antideutschen Weihe irgendwelcher Staaten und ihrer Kriege eignet sich linker Antifaschismus daher gar nicht. Auch die Forderung, der Staat möge doch bitte die Faschisten verbieten, bleibt ihm im Hals stecken.[4]

Da linksradikaler Antifaschismus die Möglichkeit der Gesellschaftskritik verteidigt, geht er weiter. Er bekämpft nicht nur Neonazis und andere Bösewichte, sondern auch jene Ideologien aus denen heraus die Bereitschaft entsteht, rechtsradikale Denkmuster anzunehmen. Mit ihnen kennt linker Antifaschismus kein Pardon, egal wo sie auftreten. Hier – und nicht im Steineschmeißen oder Carhartttragen – liegt der zentrale Unterschied zwischen Antifa und bürgerlichem Antifaschismus. Die Grünen verteidigen im Zweifelsfall nur die Funktion des kapitalistischen Rechtsstaates. Und dass dieser bürgerlicher Antifaschismus, wenn die Verwaltung des Bestehenden gefährdet scheint, ein Wackelkandidat ist, zeigen schon die regelmäßigen rassistischen Wahlkampagnen demokratischer Parteien. Der Antifa geht es dagegen nicht ums Ganze, sondern um die Verteidigung der bürgerlichen Bedingung der Befreiung von eben dieser bürgerlichen Gesellschaft. Dahinter kann sie aber bei Strafe der Selbstaufgabe nicht zurück. Eine strategische Bestimmung von linkem Antifaschismus muss daher auf dem Kriterium der Freiheit des Individuums aufbauen. Denn nach Auschwitz ist die Antifa irrationalen Ideologien gegenüber zu Recht übersensibel. Insofern ist sie der militante Arm der kritischen Theorie.

Linker Antifaschismus ist notwendigerweise militant. Nicht in dem Sinne, dass schwarze Blöcke zur Corporate Identity gehören müssen, sondern weil er sich nicht am Strafgesetzbuch oder der öffentlichen Meinung, sondern an der Wirksamkeit in der Praxis orientiert. Nur insofern ist die Antifa auch noch autonom: Nicht als Teil einer subkulturellen Szene, sondern weil sie kein Kriterium hat, als die Angemessenheit der Mittel für das vernünftige Ziel. Sie hat keinen Respekt vor Kulturen oder Traditionen und ob Rechte verhauen, geoutet oder gegen sie »nur« demonstriert wird, orientiert sich daran, was jeweils am erfolgversprechendsten ist.

Wenn dann richtig

Aus der Perspektive eines linken Antifaschismus, der so weiß, was er (nicht) kann, stellt sich die Aufgabe gleichzeitig einfacher und schwieriger. Einfacher wird es, weil Antifaschismus damit vom Zwang befreit wird, seine – nicht vorhandende – Radikalität durch militanten Habitus zu beweisen. Auch müssen dann Aktionen, z.B. gegen die Sicherheitsgesetze, nicht mehr als jener Volksfront-Antifaschismus ausgegeben werden, der mehr vernebelt als hilft.

Einzelne Maßnahmen des Staates, wie die Einschränkung der Versammlungsfreiheit, sind für Linke zwar ein ernstes Problem, aber noch lange nicht der Übergang in eine faschistische Gesellschaft. Dass die Grundrechte unveräußerlich sind, näheres jedoch ein Gesetz regelt, steht schließlich schon im Grundgesetz. Das heißt natürlich nicht, dass die staatliche Politik kein Grund für Widerstand wäre, sondern nur, dass dieser dann mit Antifaschismus nichts zu tun hat. Eine radikale

Linke, die nur antifaschistisch ist, ist eben keine.

Schwieriger wird die Antifa-Arbeit mit der Anerkennung ihrer eigenen Beschränktheit, weil sie damit vor der Aufgabe steht, wirklich »mehr als gegen Nazis« zu machen und politische Inhalte in den Fokus zu nehmen. Das macht Antifa-Recherche keineswegs überflüssig, vielmehr weitet sich ihr Feld aus. Rechtsradikale Bewegungen gibt es schließlich mehr als genug. Und mit Blick auf die aktuelle Krise und die zu erwartende soziale Brutalisierung wird sich daran auch nichts (zum Guten) ändern.

Auf allen Ebenen...

Linksradikaler Antifaschismus muss seinen Gegner inhaltlich erkennen und also bestimmen, was überhaupt rechtsradikal ist. Aus dieser Perspektive wird deutlich, dass Bestandteile historischer rechtsradikaler Bewegungen – Autoritarismus, Nationalismus, Antisemitismus und Rassismus, Gewaltverherrlichung, Sexismus, Kulturalismus und Verschwörungstheorien – heute bei verschiedenen politischen Bewegungen anzutreffen sind.

Der Fakt, dass sich diese Bewegungen wie z.B. Neonazismus, Rechtspopulismus und Islamismus trotz einiger Übereinstimmungen oft als Gegner gegenüberstehen, verweist auf die Notwendigkeit, sie als eigenständige Projekte zu bekämpfen. Der Versuch, die existierenden Übergänge durch Begriffe wie »Braunzone« zu fassen, ist verständlich, folgt aber eher dem traditionellen Ansatz dem Gegner unbedingt einen Namen geben zu wollen. Damit wird mensch der politischen Eigenlogik reaktionärer Bewegungen nicht gerecht.[5] Die zudem daraus oft folgende Bemühung, etwa die Auseinandersetzung mit dem Islamismus gegen jene mit dem Rechtspopulismus auszuspielen, ist nicht nur eine Verhöhnung der jeweiligen Opfer, sondern zugleich ein fataler politischer Fehler. Dass es bisher in der antifaschistischen Linken trotz der gestiegenen Relevanz fundamentalistischer Bewegungen und Regime keine relevante Auseinandersetzung damit gibt, zeigt nur, wie nötig eine inhaltliche Bestimmung der Antifa inzwischen ist. Ihre Arbeit sollte von der gesellschaftlichen Relevanz rechtsradikaler Bewegungen abhängen, auch wenn die Auseinandersetzung mit der islamistischen Gruppe »Milli Görüs« komplizierter als die mit den »Republikanern« sein mag. Solch eine inhaltliche Herangehensweise bedeutet nicht zuletzt ideologischen Begriffen, wie aktuell jener der »Islamophobie«, eine Absage zu erteilen. Dient dieser doch nur dazu, islamistische Bewegungen zu verharmlosen. Schließlich geht es bei der Kritik des Islamismus um eine rechtsradikale politische Bewegung, bei der Diskriminierung von Muslimen aufgrund ihrer Herkunft hingegen einfach um Rassismus. Beides wirft der Begriff gezielt in eins.

Eine in diesem Sinne wirklich auf »allen Ebenen« agierende Antifa kann dabei natürlich vor der Linken und dem auch dort mitunter – beispielsweise im Lafontaine-Flügel der Linkspartei oder bei der Tageszeitung Junge Welt – auftretenden Nationalismus, Antiamerikanismus und dem oft als Israelkritik nur notdürftig getarntem Antisemitismus, nicht halt machen. Vielmehr muss sie die inhaltliche Auseinandersetzung suchen. Dabei geht es nicht darum, sich auf die Linke einzuschießen und für die reine Lehre zu kämpfen, sondern linke Diskurse als mitunter reaktionäre Stichwortgeber der Gesellschaft ernst zu nehmen. Das bedeutet also nicht, alle, die andere Analysen verfolgen zu beschimpfen, sondern – gegen die massenfixierten Ansätze – auf der Reflektion des Nationalsozialismus als negativer Aufhebung der bürgerlichen Gesellschaft zu bestehen.[6] Denn: Linker Antifaschismus vertritt die Maxime, dass wer vom Nationalsozialismus nicht sprechen will, besser auch zum Kapitalismus schweigen sollte. Wofür sonst sollte eine Antifa gut sein? ■

Sakralisierung der Holocaustleugnung

Die Junge Freiheit, die Piusbrüder und der Papst

Am 21. Januar 2009 wurde auf Anordnung des Papstes Benedikt XVI. die Exkommunikation der vier Bischöfe der Priesterbruderschaft St. Pius X. aufgehoben. Die Piusbruderschaft wurde 1969 von dem Erzbischof Marcel Lefebvre als Reaktion auf das von rechten ChristInnen verhasste Zweite Vatikanische Konzil (1962–1965) gegründet. 1975 wurde der Piusbruderschaft die Anerkennung der römisch-katholischen Kirche entzogen, sie galt fortan als schismatische Abspaltung. Lefebvre wurde 1988 wegen der vom Vatikan nicht genehmigten Weihe der vier Bischöfe exkommuniziert.

Die Rehabilitierung der Bischöfe der Piusbruderschaft betraf auch Richard Williamson, der seit den 1980er Jahren als Holocaustleugner bekannt ist und der diese Position jüngst in einem Interview mit dem schwedischen Fernsehen noch einmal betonte. Ein großer Teil der Berichterstattung der Mainstream-Presse fokussierte allein auf die Person Williamsons und nicht auf die politisch-religiöse Strömung, der er angehört. Dass die katholische Kirche unter dem deutschen Papst Ratzinger mit der Aufhebung der Exkommunikation der Bruderschaft – symbolträchtig am 50. Jahrestag der Ausrufung des Zweiten Vatikanischen Konzils – einen weiteren Schritt nach Rechtsaußen antrat, wurde hingegen selten thematisiert.

Bei der Priesterbruderschaft St. Pius X. handelt es sich nicht um eine rein religiöse Vereinigung. Sie gehört zu einem politischen Spektrum, das Gesellschaftsvorstellungen verwirklichen will, die mit Demokratie, Aufklärung und Pluralismus unvereinbar sind. Dieses Spektrum ist Teil der extremen Rechten und war es schon immer. Innerhalb der extremen Rechten bildet es eine eigenständige Strömung, die »konterrevolutionäre Rechte«, der vor allem MonarchistInnen und Ultra-Klerikale angehören. Dieses Spektrum ist nicht faschistisch, sie wollen keine nationale Neugeburt, keinen neuen Staat, sondern sie wollen zu den Herrschaftsverhältnissen zurück, die vor der französischen Revolution oder gar im Mittelalter herrschten. Vorbild der Piusbrüder ist nicht der NS, sondern das Dollfuß-Regime in Österreich und die Franco-Diktatur in Spanien. In ihren Reihen grassiert eine Form von Antisemitismus, der zwar ohne Rassentheorien auskommt, aber nicht weniger aggressiv und paranoid daherkommt als der Rassenantisemitismus der Nazis. Dieser radikalisierte christliche Antijudaismus trägt z.T. gar eliminatorische Züge, wenn den christlich getauften Jüdinnen und Juden unterstellt wird, sie seien Teil einer allumfassenden jüdischen Verschwörung zur Zerstörung der katholischen Kirche.

Auch in Deutschland besteht eine Verbindung zwischen rechten christlichen Spektren und der extremen Rechten. Dies zeigt sich deutlich in der neurechten Wochenzeitung Junge Freiheit (JF). Dort werden in Artikeln zu religiösen Themen nicht nur die Positionen der Lefebvristen und anderer TraditionalistInnen dargestellt, sondern die Zeitung gibt den VertreterInnen dieser religiösen Gruppen selbst Raum, sich darzustellen. Es handelt sich also nicht um taktisches Kalkül, was beispielsweise Werner Olles oder Alexander Barti Papstschelte von rechts betreiben. So publiziert Olles auch in einem einschlägigen Organ der Sedisvakantisten, einer christlichen Sekte, die die Positionen der Lefebvre-Anhänger noch einmal radikalisiert, indem sie die Legitimität des Papstes bestreitet und die Amtskirche als häretische Sekte beschimpft. Wenn sich die JF gern selbst als binnenpluralistisches Projekt darstellt, hat das in diesem Bezug insofern seine Berechtigung, dass sie auch die abstrusesten extrem rechten Positionen zu Worte kommen lässt. Neben christlichen FundamentalistInnen aus bei-

1| Dieter Stein: Kampagne gegen den Papst: Seine Autorität soll fallen, in: JF 7/09, S. 1.
2| Thorsten Hinz: Der Super-Vatikan. Kampagne gegen den Papst: Die katholische Kirche soll sich der Zivilreligion beugen, in: JF 8/09, S. 1.
3| Franz Schmidberger /Moritz Schwarz: »Der Papst braucht Verbündete«. Kampf um Rom: Wer ist die Pius-Bruderschaft? In: JF 7/09, S. 3.
4| Werner Olles brachte dies mal so auf den Punkt: »Nur wissen unsere intellektuellen Kritiker leider nichts mehr davon, was vor vierzig Jahren noch jedes alte Mütterchen wußte, daß nämlich der traditionell-kirchliche Antijudaismus mit Antisemitismus aber auch gar nichts zu tun hatte, sondern sozusagen als Reflex auf einen oft sehr aggressiven jüdischen Antichristianismus, wie er in manchen haßerfüllten Passagen des Talmuds zu lesen ist, zustande kam« (Werner Olles: Im Anfang war das Blut, in: JF 13/04, S. 21). Hier ging es um die Diskussion um den antisemiti-

[1]

[2] JUNGE FREIHEIT
WOCHENZEITUNG FÜR POLITIK UND KULTUR

HolocaustReligion®
„Ich bin der Herr, Dein Gott. Du sollst keine anderen Götter neben mir haben."

Nach der Debatte um den Papst: Welchem Gott huldigt Europa?
Lesen Sie die Seiten 1, 2 und 5

Der Super-Vatikan
Kampagne gegen den Papst: Die katholische Kirche soll sich der Zivilreligion beugen

spielsweise der evangelikalen Bewegung schreiben dort katholische TraditionalistInnen und SchismatikerInnen, aber auch VertreterInnen neopaganer Vorstellungen.

Im Folgenden soll es darum gehen, wie in der JF mit der Auseinandersetzung um die Rehabilitierung der Piusbruderschaft und der Holocaustleugnung Williamsons umgegangen wurde. Denn an dieser Debatte lässt sich zeigen, welches Verhältnis zur katholischen Kirche, zur Religion und zu antisemitischen Implikationen gepflegt wird.

Nur soviel vorweg: Religion ist in der JF ein Themenfeld, in dem immer wieder offen antisemitische Wendungen (re-)produziert werden. Allzu gut lässt sich in diesen ›vorpolitischen‹ Diskursen der von der JF proklamierte Kampf gegen die »Political Correctness« mit christlich traditionalistischen Positionen und nicht zuletzt mit antisemitischen Aussagen verbinden. Über den gemeinsamen inneren und äußeren Feind erzeugen die AutorInnen eine kollektive christliche, nationale Identität, die ihre Homogenität im Kampf um das ›bedrohte Christentum‹ und die ›bedrohte Nation‹ bewahren müsse.

Am 6. Februar titelte die JF prominent auf der ersten Seite: »Kampagne gegen den Papst: seine Autorität soll fallen«. Unter dieser Headline ließ es sich der Chefredakteur Dieter Stein nicht nehmen, seinen Kommentar zum Geschehen abzugeben. Er argumentierte mit der für die JF typischen These, eine Kritik am Papst wegen der Rehabilitierung sei ein Angriff auf die katholische Kirche als Ganzes. Die Holocaustleugnung durch Williamson wird von Stein als »anstößig« beschrieben. Anstößig heißt weder falsch, noch schlecht, sondern tabuisiert. Schließlich beklagt Stein, dass in Deutschland zwar die Gotteslästerung nicht mehr unter Strafe steht, die Holocaustleugnung hingegen schon und folgert daraus:

»Über ein vernünftiges Maß der Erinnerung hinaus hat sich ein Schuldkult zivilreligiös verselbständigt, so daß die Verletzung des Holocaust-Tabus die größtmögliche Schande in unserem Kulturkreis nach sich zieht«[1].

Was Stein hier zu vermitteln versucht, ist in der JF nichts Neues. An die Stelle Gottes, des Christentums habe sich eine Zivilreligion, im JF-Jargon – eine »Holocaustreligion« gesetzt, die das Christentum zu verdrängen suche.

In der Ausgabe vom 13. Februar wird genau diese These expliziert. Auf der Titelseite der JF findet sich die Abbildung einer Steintafel, auf der wie eingemeißelt steht: »Holocaustreligion«. Darunter ist zu lesen: »Ich bin der Herr, Dein Gott. Du sollst keine anderen Götter neben mir haben«. Dieses Bild spielt an auf Moses und die Gesetzestafeln mit den 10 Geboten. Die implizierte Bedeutung: Das Judentum versuche das Gedenken an die Shoa zu dogmatisieren und verdränge damit die christliche Religion. Rhetorisch wird dementsprechend gefragt: »Welchem Gott huldigt Europa?« Im Leitartikel dieser Ausgabe bekräftigt Thorsten Hinz die These der »Zivilreligion Holocaust« mit Hilfe Ernst Jüngers. Er schreibt:

»Die verlassenen Altäre [...], werden von Dämonen in Beschlag genommen. Der mächtigste Dämon der Gegenwart ist die Zivilreligion, in der Auschwitz an die Stelle Gottes tritt, eine messianische Zeitenwende markiert und als ›zweites Golgatha‹ das erste überlagert«[2].

Auschwitz, so vermittelt es Hinz, werde zum offiziellen Glauben erhoben, verdränge das Christentum, dulde keine andere Religion neben sich. Damit wird die Shoa gleichzeitig zu einer Glaubensfrage erklärt. Hinz beklagt, der Holocaust werde »den Regeln des Wissenschaftsbetrieb [sic!] entzogen« und »mittels Zeremonien, Rituale [sic!], →

[1] »Junge Freiheit« Chefredaktuer Dieter Stein auf der Buchmesse in Frankfurt am 20. November 2005

[2] Faksimile aus »Junge Freiheit« vom 18. Februar 2009

schen Film Mel Gibsons ‚Die Passion Christi', in der übrigens jede Kritik an dem Film, meist jüdisch konnotiert, als Angriff auf das Christentum überhaupt galt.
5| Niklaus Pfluger/Moritz Schwarz: »Williamson gab das Interview spontan«. Interview: Vize-Generaloberer Niklaus Pfluger über Bischof Williamson und die Angriffe gegen die Piusbruderschaft, in: JF 10/09, S. 8.
6| Martin Hohmann/Marcus Schmidt: »Der Schaden könnte nicht größer sein« Papst-Kritik III: Der ehemalige CDU-Politiker Martin Hohmann sieht seine frühere Partei auf Abwegen und fühlt sich an die Kampagne gegen sich erinnert, in: JF 8/09, S. 5.

→ Strafgesetzen und sakraler Sprachgebung auf die Höhe eines Mysteriums gestemmt, das priesterlicher Vermittlung bedarf. Dahinter steckt der umfassendste und härteste politisch-ideologische Dezisionismus seit der russischen Oktoberrevolution«.

Schlimmer noch als der Kommunismus sei die neue Ideologie, da sie eben nicht auf Konfrontationskurs gegen die christliche Religion gehe, sondern diese adaptiere und transformiere. Am Ende stünde die katholische Kirche »unter Oberhoheit eines Heiligen Holocaust-Offiziums und würde zur Unterabteilung der Zivilreligion«. Da die katholische Kirche diese Zivilreligion, die zum herrschenden Tonfall in der BRD gehöre, als Irrlehre zurückweisen müsse, habe die Rehabilitierung Williamsons in diesem Sinne eine besondere Symbolik. Hinz meint:

»Der Papst hat damit – unbeabsichtigt zwar – demonstriert, daß die Ansprüche der Holocaust-Religion keine Oberhoheit über die Belange, Dogmen und Entscheidungen der katholischen Kirche besitzen!«

Im Gegensatz zur hegemonialen Presse, die fast einhellig die Rehabilitierung Williamsons bei gleichzeitiger Inschutznahme des Papstes kritisierte, begrüßt Hinz ausdrücklich die Rehabilitierung eines Holocaustleugners als Zurückweisung der konstruierten »Holocaustreligion« und als Selbstbehauptung des Wahrheitsanspruchs der katholischen Kirche.

Die argumentative Strategie der JF ist folgende: Es wird versucht, jede Kritik an VertreterInnen des Christentums als das Christentum an sich angreifend zu beschreiben. Das Christentum erscheint so in existenzieller Gefahr, was zwingend eine »Verteidigung« gegen die vermeintlichen Feinde rechtfertigt. Wenn Kritik von jüdischer Seite kommt, wird dies als Beweis für eine jüdische Christenfeindlichkeit angesehen. Selbstverteidigung heißt hier: Antijudaismus.

Zudem wird versucht, diese Argumentation mit dem deutschen geschichtspolitischen Diskurs zu verknüpfen. Gerade die Beschreibung der Shoa als Glaubensgrundsatz verschiebt die Vernichtung des europäischen Judentums im NS ins Reich des nicht Verifizierbaren. Die Realität der Shoa sei damit eine Frage des Glaubens.

In der Ausgabe 7/09 gab Franz Schmidberger, der Distriktobere der Piusbruderschaft in Deutschland der JF ein Interview. Zunächst einmal beschreibt Schmidberger die Bedeutung der Rehabilitierung durch den Papst für die Piusbrüder. Es gehe um die »Rechristianisierung Europas«[3]. Nun könne man »ganz anders in die Kirche hineinwirken und vielen Seelen die Quellen der Gnade neu erschließen«. Aber das nur nebenbei. Schmidberger wird auf den Vorwurf des Antisemitismus angesprochen. Er antwortet geschichtsvergessen, ein Katholik könne niemals Antisemit sein, da » sein eigener Religionsstifter seiner menschlichen Natur nach Jude ist« und bedauert »zutiefst die Verfolgung der Juden durch Hitlers Schergen«. Zudem umfasse die »christliche Liebe« alle Menschen, auch Jüdinnen und Juden. Schmidberger bekundet, er lehne den Antisemitismus ab und er distanziert sich von der Shoa. Die Ablehnung des modernen Rassen-Antisemitismus soll aber gleichzeitig eine religiöse Judenfeindschaft legitimieren, sie von dem diskreditierten Antisemitismus abtrennen[4]. Diese religiöse Judenfeindschaft drückt sich in den Aussagen aus, Juden und Jüdinnen seien unter dem »Schleier der Unkenntnis«, hätten also die falsche Religion und müssten bekehrt werden zur alleinigen christlichen Wahrheit. Das Judentum wird somit obsolet. Jüdinnen und Juden hätten keinen Gott, denn der einzig wahre Gott sei der der ChristInnen. Antisemitismus wird rhetorisch abgelehnt, Antijudaismus forciert.

Dies verdeutlicht sich noch einmal in einem Interview, das der Assistent des Generalobern der Priesterbruderschaft St. Pius X. Bischof Bernard Fellays, Niklaus Pfluger der JF aus aktuellem Anlass gab. Dieser findet klare Worte zu seiner Bewertung des Judentums:

»Nach der Bibel hat der Neue Bund, geschlossen durch Christus, eindeutig den Alten Bund mit den Juden aufgehoben. ›Niemand kommt zum Vater außer durch mich‹, sagte Jesus selbst. Insofern ist klar: Wenn wir die Bibel ernst nehmen, dann ist das heutige Judentum eine religiöse Sackgasse. Auch die Juden müssen sich taufen lassen, wollen sie in den Himmel kommen. [...] Seit wann, bitte schön, muß sich die Kirche von anderen Religionen vorschreiben lassen, für wen sie wie zu beten hat? Das ist einfach grotesk und hysterisch«[5].

Auch der wegen einer antisemitischen Rede aus der CDU ausgeschlossene ehemalige Bundestagsabgeordnete Martin Hohmann sah sich schließlich dazu bemüßigt, sich in der JF zum Aktuellen zu äußern. Dieser fühlt sich an die so deklarierte »Kampagne« gegen ihn erinnert und wusste von den Parallelen zu berichten. Von wem der Druck auf Merkel, die den Papst

7| Auch der JF Autor Wolfgang Saur bemühte diese Auffassung in seiner Rezension des Buches »The Holocaust in American Life« (1999) von Peter Novick. Saur fasst die Darstellung dahingehend zusammen, gerade US-amerikanische Jüdinnen und Juden, als »Agentur der israelischen Regierung«, hätten die Shoa als identitätsstiftend, als »moralisches Kapital« entdeckt und »in den letzten 30 Jahren eine monströse ‚Opferkultur' etabliert, die den Status des Opfers auszeichnet, ihn mit moralischen Privilegien ausstattet und einen allgemeinen sozialen ‚Run' auf die Opferrolle veranstaltet« (Wolfgang Saur: Sehnsucht nach dem Unbedingten, in: JF 16/01, S. 13).

[1]

[1] Martin Hohmann auf einer Veranstaltung des »Bund der Selbstständigen« am 8. Mai 2004.

[2] Der britische Geschichtsrevisionist und Holocaustleugner David Irving (vorne) und der Bischof Richard Williamson (hinten links).

kritisierte, komme, erklärt Hohmann mit einem Verweis auf die Diskussion um seinen eigenen »Fall«:

»Im aktuellen Fall ist es ähnlich: Zunächst hat sich die Kanzlerin rausgehalten, bis unter anderem aus dem Zentralrat der Juden und aus der Springer-Presse massiv Front gegen den Papst gemacht wurde – dann hat auch sie sich gegen Benedikt gestellt. In beiden Fällen wurde mit dem Vorwurf des angeblichen Antisemitismus gearbeitet«[6].

Was Hohmann hier konstruiert, ist typisch für die Diskurse der JF. So gilt der Antisemitismus-Vorwurf als eine Konstruktion, eine Instrumentalisierung von einflussreichen Jüdinnen und Juden, um ihre Interessen durchzusetzen[7]. Dass die Presse dabei fest in jüdischer Hand sei, wird von Hohmann zumindest suggeriert.

Ziel dieser Kampagne sei eine »Schwächung der Kirche durch Schwächung des Papstes«. Zentral ist hier die oft zitierte jüdische Christenfeindlichkeit. Es gehe dem Judentum (personifiziert wie so oft im Zentralrat) um die Schwächung des Christentums. Antichristianismus ist das Stichwort, nicht Antisemitismus. Und eben das ist gängiger Reflex der JF.

Über den Religionsdiskurs als vermeintlich kulturelles Feld kann die Junge Freiheit extrem rechte und antisemitische Inhalte, die ansonsten taktisch verwehrt werden, an die geneigten LeserInnen bringen; Inhalte, die im politischen Diskurs leichter Gefahr liefen, diskreditiert zu werden. Mit einem rechtskonservativen Image, an dem fleißig gestrickt wird, wird zugleich Akzeptanz im Konservatismus geschaffen, Akzeptanz nicht nur für das extrem rechte Zeitungsprojekt, sondern auch für die dort transportierten Inhalte. Dies bedeutet nicht, dass kulturelle Felder in der JF lediglich taktisch behandelt werden. Innerhalb der Religionsdiskurse schreiben nicht AutorInnen, die sich nur von Außen auf rechte ChristInnen beziehen. Sondern es schreiben christliche extreme Rechte für extrem rechte ChristInnen.

Freilich wird auch innerhalb dieses Themenfeldes versucht, allgemeinpolitische Inhalte zu transportieren, statt christliche Dogmen zu diskutieren. Insofern scheint die Verbindung von christlichen Themen und deutscher Erinnerungskultur der JF gerade recht zu kommen.

[2]

Die Junge Freiheit macht politischen GegnerInnen und dem Judentum den zynischen Vorwurf, die Shoa zur Religion zu erheben. Was tatsächlich stattfindet, ist eine Sakralisierung der Holocaustrelativierung und -leugnung durch die Junge Freiheit unter Berufung auf die Autorität von Klerus, Tradition und Nation. ■

Eine Heimstatt für Verschwörungsfreaks

In der Prignitz gibt's ein Spukschloss: Im Nordwesten Brandenburgs gründete sich unlängst ein »Fürstentum Germania« als »Abspaltung von der BRD«. Auf einem heruntergekommenen Dorf-Anwesen – dem »Staatsgebiet« – tummelt sich eine Schnittmenge aus bräunlich-bunten Esos und knallharten Neonazis.

Antisemitischer Verschwörungsglaube und Neonazismus gehören seit jeher eng zusammen, wenngleich die beiden Spektren nicht völlig deckungsgleich sind. Die rechte Verschwörungsszene ist seit Jahren im Aufwind, spätestens seit 1995 das Buch »Geheimgesellschaften« von Jan van Helsing (eigentlich: Jan Udo Holey) erschien, sich über 100.000 Mal verkaufte und schließlich wegen seines antisemitischen Inhalts beschlagnahmt wurde. Van Helsings durchaus innovative Methode war es weniger, neue Verschwörungen »aufzudecken«, sondern vielmehr, die bereits existenten Theorien aneinander zu reihen. Sein Buch ist eine Zusammenstellung von allem, was ausreichend wild klingt: Illuminati, »Reichsflugscheiben« (das sollen SS-Ufos sein), die altbekannten »Protokolle der Weisen von Zion« (siehe AIB #76), die »Bilderberger« und so weiter. Noch einmal katalysiert durch den 11. September 2001 sprießen vor allem im Internet diese Art von Verschwörungskompilationen wie Pilze aus dem Boden. Auch die »Reichsbürger«, Neonazis und HolocaustleugnerInnen die meinen, das Deutsche Reich würde noch existieren, gehören dazu.

Derlei Zirkel waren bisher örtlich isoliert und tauschten sich vor allem im Internet über ihre Erkenntnisse zur giftigen und geheimen Klimamanipulation (»Chemtrails«); zu ihren »Holocaust-Zweifeln«; zu Spekulationen wer denn nun das Weltgeschehen in der Hand habe oder über pseudojuristische Reichskontinuitäten, aus.

Die Neuigkeit ist: Das Spektrum ist jetzt auch offline anzutreffen. Mitte Februar 2009 wurde in Krampfer (Gemeinde Plattenburg im Kreis Prignitz, Land Brandenburg) das »Fürstentum Germania« ausgerufen. 4000 Quadratmeter hat der neue »Staat«. Auf dem Gelände steht ein baufälliges Schloss, welches als »Regierungssitz« fungiert. Das »Fürstentum« will ein »basisdemokratischer Kirchenstaat« sein und hat auch schon eine eigene Verfassung aufgeschrieben. Die Paragrafen derselben schwanken zwischen erheiternd (»Jeder Bewohner von Germania hat [...] einen Obstbaum seiner Wahl zu pflanzen«) und purer Demokratiefeindlichkeit (das Staatsoberhaupt in dieser »Basisdemokratie«, »Fürst« Michael Freiherr von Pallandt, ist auf Lebenszeit im Amt). Vor allem sind die Texte aus dem »Fürstentum« durchdrungen von der Gewissheit, gutes für die Menschheit zu tun. Bei Korruption und Krieg werde man einfach nicht mitmachen.

Faktisch besteht das »Fürstentum« bislang aus dem Schloss mitsamt einer Handvoll BewohnerInnen und aus einem Kreis von bundesweit vielleicht 200 UnterstützerInnen. Man bastelt ein wenig vor sich hin und schreibt sich ansonsten gegenseitig die Internetforen voll, in denen wortreich über die Egomanie der jeweils anderen »Fürstentum«-Supporter geklagt wird. Die Stellungnahmen verbreiten Aufbruchstimmung und Smartness. Andere Staaten, wie Russland und der Vatikan, seien kurz davor den Staat »Germania« anzuerkennen; neues Staatsgebiet würde bald hinzugekauft werden; im Schloss werde bald eine Reha-Einrichtung für sexuell mißbrauchte Kinder eingerichtet; man werde BRD-verfolgten Wissenschaften eine Zufluchtstätte sein...

Dass die Soße, die im Schloss angerührt wird eine braune ist, erschließt sich schnell wenn man über den Aktivenstamm recherchiert. Die eine Hauptperson ist Johannes »Jo« Conrad, der mit seinem Buch »Entwirrungen« 1996 einen Nachfolger für die beschlagnahmten »Geheimgesellschaften« vorlegte. Der Verschwörungsautor zitiert gerne aus den »Protokollen der Weisen von Zion« und hält es für selbstverständlich, wenn »Wirtsvölker« sich dem schädlichen Einfluss der Juden erwehren. Neben Conrad steht vor allem Jessie Marsson im Rampenlicht des »Fürstentum«. Marsson hält sich, eine Internet-Autobiografie verrät

das, für ein von amerikanischen Geheimdiensten erschaffenes Klonkind. Als solches glaubt er auch zu wissen, dass die, die Deutschland unterdrücken, häufig in »Rabbineruniformen« auftreten würden. Bis vor kurzem war er Betreiber der inzwischen gelöschten Internetpublikation »Deutsches Volksblatt«, laut dessen Texten eine Familie Knobloch die Wirtschaft in der Hand habe und solche Behauptungen mit Standbildern aus dem Holocaustleugnungs-Film »Schwindlers List« garniert. Einer der »Ritter der Menschenrechte« (eine Art stimmberechtigter Rat von verdienten »Bürgern«) ist Thomas Patzlaff, ein als Reichsbürger und Holocaustleugner bekannter Berliner. Man kann auch erahnen, welche Sorte von sonst verfolgter Wissenschaft im »Fürstentum« unterstützt werden soll. »Fürstentum«-Unterstützer Volker Köhne warb nämlich für die »Germanische Neue Medizin«. Credo derselben: Krebs sei nichts weiter als Ausdruck eines persönlichen Konflikts und könne sozusagen durch gutes Zureden geheilt werden. »Die Juden« würden diese Therapie seit längerem kennen und für ihr Volk anwenden, aber gemeinerweise »Nicht-Juden« davon abhalten ebenfalls von solchen Segnungen zu profitieren.

Kurzum: Alles was brutal antisemitisch ist, »Verschwörungen« aufdeckt und eben eine gehörige Portion Irrsinn transportiert, hat seinen Platz im »Fürstentum«. Umso faszinierender ist, wie schwierig sich anfangs in der Region Bevölkerung, Zivilgesellschaft und Behörden damit taten, das »Fürstentum« einzuordnen. Der Sektenbeauftragte der Evangelischen Kirche sah anfangs gar »links angehauchte Anarchisten« am Werk (er hat das inzwischen revidiert). Der Brandenburger Verfassungsschutz schweigt sich wohlfein aus, ließ verschiedentlich aber wissen, dass er dort nichts verfassungsfeindliches von statten gehen sehe, wenngleich ihm aber Erkenntnisse vorlägen, nach denen im »Fürstentum« auch »Linksextreme« ihr Unwesen treiben würden. Auch Innenminister Jörg Schönbohm warnte unlängst vor der Vermischung von Links- und Rechtsextremen.

Erfreulich ist es daher, dass inzwischen das Misstrauen gegen die neuen SchlossbewohnerInnen in der Bevölkerung überwiegt und auch etliche Medienbeiträge erschienen, die nicht nur die Obskuritäten im Schloss bestaunten, sondern sie auch als ideologisch rechtsaußen bewerteten. Die allgemeine Verunsicherung über das »Fürstentum« ist dennoch bemerkenswert. Hat eine Initiative Verbindungen zur NPD, fällt es leichter sie »rechtsextremistisch« zu nennen. »Reichsbürger« sind als Label nicht so bekannt und deshalb fällt es vielen schwerer sie, trotz himmelschreiend antisemitischer und neonazistischer Propaganda, als ebenfalls »rechtsextremistisch« zu erkennen.

Immerhin schießen die Behörden der »BRD GmbH« (O-Ton Germania) mittlerweile quer. Weil keine Wohnnutzung für das marode Schloss beantragt wurde, hat das Bauamt die »Fürstentum«-Aktiven am 19. Mai 2009 vor die Tür gesetzt, das Schloss gesperrt und alle Zugänge verrammelt. Widerstand dagegen leistete das »Fürstentum« nicht. Stattdessen campieren die Aktiven nun in Zelten vor ihrem Regierungssitz, zu dem sie keinen Zugang mehr haben. ■

[1] Der antisemitische Verschwörungstheoretiker Johannes »Jo« Conrad (rechts) bei einer »Reichsbürger«-Kundgebung in Berlin.

[2] Faksimile aus »Berliner Zeitung« vom 7. April 2009

Finstere Mächte

der Prignitz haben Aussteiger das „Fürstentum Germania" gegründet. Die Hintermänner sind re

Schlossgesellschaft: die Fürstentum-Bewohner Jens Wilmann (vorne) und Manuel Opitz (4. v. l.) mit Nachwuchs.

Völkische Parallelgesellschaft

Unzählige Organisationen und Personen in Deutschland werden mit dem Begriff »völkisch« in Verbindung gebracht. So unter anderem die extrem rechte »Nationaldemokratische Partei Deutschlands« (NPD) oder die mittlerweile verbotene neonazistische »Heimattreue Deutsche Jugend« (HDJ). Dabei existieren und agieren eine Vielzahl von anderen (radikal)-völkischen, aber nicht neonazistischen Gruppierungen völlig unbeobachtet durch die Öffentlichkeit oder antifaschistische Initiativen. Einige dieser Organisationen haben kaum mehr als 30 Mitglieder. Andere können dank der Arbeit im Lebensbundprinzip auf Hunderte Aktive bauen.

Ein Großteil der völkischen Gemeinschaften besteht bereits seit den 1950er Jahren. Dabei entstanden gerade in den vergangenen 40 Jahren Vernetzungsstrukturen, die noch bis heute bestehen und Überschneidungen zu extrem rechten Personen und Strukturen offenbaren. Neben den politischen Strukturen entstand ein Netzwerk aus Antiquariaten, Buchbindereien, Öko-Bauernhöfen, Zeitschriften und Verlagen. Innerhalb dieser Strukturen wird das »deutsche Brauch- und Volkstum« u.a. durch gemeinsame Sonnenwendfeiern, Volkstanzveranstaltungen, Singewettstreite, sowie Lager und Fahrten gepflegt.

Literatur:
Maik Baumgärtner, Jesko Wrede: »Wer trägt die schwarze Fahne dort... – Völkische und neurechte Gruppen im Fahrwasser der Bündischen Jugend heute« Reihe »Kompetente Konzepte für Demokratie und Toleranz«, Band 2 Bildungsvereinigung ARBEIT UND LEBEN Braunschweig 2009

ISBN 978-3-932082-35-1

Netzwerker

Die Gruppen, die diese völkische Szene bilden, berufen sich zumeist auf die Traditionen der »Deutschen Jugendbewegung«, die im vergangenen Jahrhundert in der Weimarer Republik ihren Höhepunkt hatte. So z.B. die »Fahrenden Gesellen – Bund für deutsches Leben und Wandern« (FG) und der assoziierte »Deutsch-Mädelwanderbund« (DMWB). Auch Gruppierungen wie der »Freibund – Bund Heimattreuer Jugend« und die »Wiking-Jugend«-Abspaltung »Sturmvogel – Deutscher Jugendbund« stellen sich in diese Tradition. Zur Vernetzung dieser Gruppen dienen jährlich stattfindende so genannte »überbündische Akademien« mit Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, an denen in den neunziger Jahren auch die Vorgängerorganisation der HDJ, »Die Heimattreue Jugend« (DHJ) sowie die damals aktive »Niedersächsische Volkstumsjugend« (NVJ) regelmäßig teilgenommen haben. Daneben richtet der Freibund einmal jährlich einen »überbündischen Tanzlehrgang« im niedersächsischen Burgdorf-Berel aus. Gemeinsame Wanderungen und vor allem das ebenfalls jährlich stattfindende »Burgfest«, welches auf wechselnden Burgen, bis 2006 auch unter Beteiligung der HDJ, stattfindet, dienen der Vernetzung und Knüpfung neuer Kontakte ins nationale Lager. So nahmen am Burgfest 2008 auf der sächsischen Burg Hohnstein, neben dem Holocaustleugner Bernhard Schaub auch der Landesvorsitzende der extrem rechten »Jungen Landsmannschaft Ostdeutschland«, Kai Pfürstinger, teil. Die bedeutendste und am längsten bestehende völkische Vernetzungsstruktur ist der sogenannte »Überbündische Kreis« (ÜK). Der in den 1960er Jahren gegründete ÜK wird heute maßgeblich von Personen der »Fahrenden Gesellen« getragen, so gibt deren Mitglied Hans-Peter Schult das Sprachrohr des ÜK – die »Blaue Blume« – heraus. Regelmäßig finden in verschiedenen Bundesländern ÜK-Treffen statt, zu denen ein breites, dem Milieu entsprechendes Kulturprogramm angeboten wird. Waren es in den 1970er Jahren noch Referenten wie der überzeugte österreichische Nationalsozialist Karl Springenschmied und in den 1990er Jahren Werner Georg Haverbeck, vom antisemitischen »Collegium Humanum«, so sind es heute z.B. Personen der rassistischen Ludendorffer-Sekte. Zum ÜK gehören neben den FG u.a. auch alte, noch lebende radikal Völkische aus dem mittlerweile aufgelösten »Freundeskreis der Artamanen«.

Gruppenstrukturen

Am meisten unterschätzt wird in diesem Milieu die Rolle einer »bündischen Studentenverbindung«: der »Deutschen Gildenschaft« (DG). Die DG ist eine neurechte Kaderschmiede, die ebenfalls nach dem Lebensbundprinzip organisiert ist. Aus ihr rekrutierten sich die Personen, die für die Gründung bedeutender neurechter Strukturen verantwortlich waren. Zu diesen zählt neben der Wochenzeitung »Junge Freiheit« auch das »Institut für Staatspolitik«. Die DG verfügt durch Doppelmitgliedschaften über einen starken Einfluss auf die politi-

sche Ausrichtung aller o.g. Gruppen. Die meisten bekannten Überschneidungen finden sich allerdings zwischen der DG und dem »Freibund«, aber auch Mitglieder des »Sturmvogel«, der »Fahrenden Gesellen« und des DMWB sind in ihren Reihen aktiv. Durch die Zusammenführung von Funktionären aus den genannten Bünden sowie Personen die der Ideologie der Neuen Rechten nahe stehen und keine »jugendbewegte« Vergangenheit haben, erfüllt die DG eine wichtige Vernetzungsfunktion zwischen den führenden Köpfen rechter Jugendbünde einerseits und politischen Aktivisten und Autoren der Neuen Rechten andererseits.

Gefährliche Unauffälligkeit

In den Medien und auch in antifaschistischen Initiativen war die Freude über das vollzogene Verbot der HDJ im März dieses Jahres groß, nur wenige stellten die Frage nach Ausweichstrukturen in den Raum. Zum Teil fiel dabei der Name: Freibund. Sicherlich könnten einige Familien aus der HDJ über regionale Kontakte in anderen völkische Organisationen aufgehen bzw. diese für eine volkstreue Erziehung ihrer Kinder nutzen. Anderseits stehen die (radikal)-völkischen und von den Ideologiefragmenten der Neuen Rechten durchsetzten Gruppen konträr zur neonazistischen und an der Hitler-Jugend orientierten Arbeit der HDJ. Dass persönliche Kontakte untereinander bestehen, man gemeinsame Lager, Fahrten und Volkstanzveranstaltungen besucht, steht dabei außer Frage. So stehen beispielsweise im »Freibund« einzelne Mitglieder und Familien der HDJ und ihren Aktivisten näher als andere. In der Vergangenheit besuchten jedoch auch schon Kinder von HDJ-Funktionären Zeltlager des »Freibundes«.

Gruppen wie die FG oder der »Freibund« versuchen seit Jahren – zum Teil mit Erfolg – durch ihr jugendbewegtes Auftreten und ein aktives Zugehen auf die Wandervogel- und Pfadfinderszene die Grenzen zum progressiven Teil der Jugendbewegung aufzuweichen. In der Öffentlichkeit sind politische Äußerungen von Mitgliedern der genannten Gruppen eher selten. Von rechten Parteien versucht man sich nach außen hin abzugrenzen. Mit Blick auf die in dieser Szene zum Teil recht beliebten, eher harmlos anmutenden Volkstanzangebote, z.B. des »Freibundes« auf großen Szenetreffen heißt es dann oft: »Die wollen nur tanzen...« Untersucht man jedoch die Zeitschriften und Liederbücher dieser Gruppen auf ihre Inhalte, wird schnell deutlich, dass die jungen Mitglieder schon früh im Sinne eines Volkstumsgedankens und mit verklausulierter gebietsrevisionistischer Ideologie indoktriniert werden. Durch die Nähe, die die genannten Gruppen zu unpolitischen Gruppierungen der Pfadfinderszene suchen, sollen die »Werte« dieser rechten Bünde in der Mitte der Gesellschaft Verankerung finden. Strategisch betrachtet findet auch hier der schon oft beschriebene »Kampf um die Köpfe« statt. Neurechtes und völkisches Gedankengut wird schleichend in die Mitte der Gesellschaft transportiert sowie Begrifflichkeiten und Themenfelder von rechts besetzt. Zum anderen bauen diese Gruppen, zum Teil erfolgreich, auf die Solidarisierung eigentlich unpolitischer Jugendgruppen. Während sich bestimmte Gruppen und Institutionen der Jugendbewegung gegen diese Einflussnahme wehren, setzen sich andere aktiv für eine Einbindung der völkischen Gruppen in die Strukturen der heutigen Szene ein. Daher ist es von Bedeutung, dass sich AntifaschistInnen und zivilgesellschaftliche Initiativen mit völkischen Lebensbünden auseinander setzen. Wie Kenner der Szene immer wieder berichten, gibt es aus diesem Milieu kaum, bis gar keine Aussteiger. Die Kinder werden nach reaktionären und antiemanzipatorischen Vorstellungen von klein auf erzogen. Kinderreiche völkische Familien lassen ihre jüngsten zum Teil seit Generationen in diesen Bünden erziehen. Dabei spielen die Familien als »Sippe« und »Keimzelle des Volkes« eine zentrale Rolle. Aus diesem Umfeld auszubrechen hieße nicht nur mit der eigenen Ideologie, sondern auch mit dem Freundeskreis, dem sozialen Umfeld und dem heiligsten – der Familie – zu brechen. ■

Geschätztes know-how

»Psychologische und biologische Kriegsführung« der CIA unter Beteiligung von KZ-Ärzten und NS-Wissenschaftlern

Reiko Pinkert

Nach dem 2. Weltkrieg wurde in den USA mit Hilfe von KZ-Ärzten und hochkarätigen NS-Wissenschaftlern unter den Projektnamen »Bluebird«, »Artischocke« und »MKULTRA« die Wirkung von Drogen, Giften, Chemikalien, Hypnose, Psychotherapie, Elektroschockbehandlung, Gas und Krankheitserregern an Menschen getestet. Oberstes Ziel war laut CIA die »Vorhersage, Steuerung und Kontrolle des menschlichen Verhaltens« sowie die Entwicklung biologischer Kampfmittel zur »modernen Kriegsführung«.

Fraglich ist, ob, wie häufig angenommen, MK für »Mind Control« stand oder ein von der CIA verwendetes Kürzel war, dass das von der »Technical Service Division« geleitete Projekte bezeichnet. Für letzteres spricht, dass bspw. die Tarnbezeichnung für ein Projekt der CIA und US-Army zur Entwicklung und Lagerung solcher biologischer und chemischer Kampfstoffe, die absolute Lähmungserscheinungen auslösen bzw. tödlich wirken »MKNAOMI« war. »ULTRA« hieß jedenfalls der Dechiffrierungsdienst der anglo-amerikanischen Geheimdienste im 2. Weltkrieg. Amerikanische Forscher bezeichneten »MKULTRA« als »das bestgehütete Geheimnis des kalten Krieges – Versuche zur Bewußtseinsmanipulierung (›Mind Control‹)«. Im August 1982 schrieb die »Washington Post« zu »MKULTRA«: »Die CIA war gezwungen, gerichtsnotorisch das erschreckende Ausmaß ihrer Experimente zuzugeben.« Die Verfahren und Mittel, die dabei angewendet wurden, umfassten Bestrahlungen, Elektroschocks, verschiedene Methoden der Psychologie, Psychatrie, Soziologie und Anthropologie, Graphologie sowie Aufputschmittel und paramilitärische Hilfsmittel. Die CIA benutzte auch das Zentrum zur Bekämpfung der Drogensucht in Lexington, Kentucky. Vieles wird nicht mehr genau rekonstruiert und aufgeklärt werden können, wurden doch die meisten Akten 1972 unter dem damaligen CIA-Direktor Richard Helms vernichtet. Eines ist allerdings bekannt: Die CIA stützte sich bei ihren »Forschungen« nicht nur personell auf Nazis, sondern auch auf deren »Forschungsergebnisse«.

Menschenversuche der Nazis – geschätztes Know-how für die CIA

Nach der Befreiung der deutschen Konzentrationslager arbeiteten Forscher der US-Armee und der Geheimdienste die vorhandenen medizinischen Unterlagen durch. Die Suche nach verwertbaren Erkenntnissen für den beginnenden kalten Krieg trieb sie ebenfalls an, die Akten des Nürnberger Ärzteprozesses zu wälzen. Die Menschenversuche der CIA verband aber auch eine personelle Kontinuität: So stellten hochrangige US-amerikanische Stellen nach dem Krieg eine Liste mit 1000 Forschern der Bereiche Wehrtechnik, Drogen, biologische und chemische Waffen zusammen, mit denen eine Zusammenarbeit angestrebt wurde. Das größte Kontingent stellte dabei die IG Farben. Sie war vor dem Kriegsende u.a. mit der Produktion der Giftgase Tabun, Sarin und Soman beschäftigt.

Wenn sich die Naziforscher und ihre Konzernherren gar zu tief in die Tötungsmaschinerie verstrickt hatten und es der Besatzungsmacht auch nicht gelang, sie der Strafverfolgung zu entziehen, wie im Falle des stellvertretenden Reichsärzteführers und Biowaffenexperten Kurt Blome, dann ließen sie ihnen eine Haft der Luxusklasse angedeihen, z.B. auf Schloss Kransberg, einer mittelalterlichen Burg und ehemaligem Hauptquartier des Reichsmarschalls Hermann Göring. Hier wurde im Rahmen der streng geheimen britisch-amerikanischen Operation »Dustbin« (»Mülleimer«), die ehemalige NS-Kriegswaffenelite aus Wirtschaft und Industrie interniert. Unter anderem waren hier Hitlers Rüstungsminister Albert Speer, der Industrielle Fritz Thyssen, die Raketenforscher Wernher v. Braun und Hermann Oberth, der Flugzeugbauer Ernst Henkel sowie die Direktoren der IG Farben Fritz Ter Meer und Heinrich Bütefisch untergebracht. Speer schrieb später: »Nahezu die gesamte Führung meines Ministeriums, [...] die Leiter der Munitions-, Panzer-, Auto-, Schiffbau-, Flugzeug- und Textilproduktion« wa-

ren in Kransberg. Die vom ehemaligen Präsidenten des Reichsforschungsrates, Professor Werner Osenberg, aus 15.000 zusammengetragenen Forschern »erwählten« 1.000, erhielten eine bevorzugte Behandlung.

Das galt auch für Nazi-Ärzte, die im Dienste der CIA oder anderer amerikanischer Dienste genau da weitermachen konnten, wo sie im »Dritten Reich« aufhören mussten. Nazi-Wissenschaftler die nach dem Krieg im Rahmen der »Operation Overcast« und der daran anschließenden »Operation Paperclip« bzw. »Projekt 63« unter Vertrag genommen wurden und in die USA übersiedelten, waren Dr. Friedrich Hoffmann, Dr. Hans Trurnit, Dr. Theodor Wagner-Jauregg, Dr. Karl Tauböck und Dr. Walter Reppe. Ursprünglich hatten sich alle mit der Erforschung chemischer Kampfstoffe beschäftigt. Jetzt wurden sie u.a. für Menschenversuche mit extrem giftigen Nervengasen oder der Suche nach halluzinogenen Verbindungen bezahlt und rehabilitiert.

Lediglich 23 Ärzte wurden wegen »Verbrechen gegen die Menschlichkeit« angeklagt, u.a. wegen der Kälteexperimente, der Seuchenversuche mit Malaria, Fleckfieber, Gelbfieber und Typhus sowie der Giftgasexperimente in verschiedenen Konzentrationslagern. Das Thema »biologische Kriegsführung« wurde allerdings offenkundig bewusst nur am Rande behandelt. Beweise gab es jedenfalls. Der sowjetische Chefankläger präsentierte vor dem Kriegsverbrechertribunal einen Kronzeugen: Walter Paul Schreiber, selbst Führungsfigur der biologischen Kriegsführung Nazi-Deutschlands. Er sollte gegen sämtliche Angeklagten aussagen. Schließlich war er selbst an zahlreichen KZ-Experimenten beteiligt und veranlasste, dass Inhaftierte in Natzweiler und Sachsenhausen mit Fleckfieber und Malaria infiziert wurden, was häufig deren Tod zur Folge hatte. Im Konzentrationslager Buchenwald ließ er jüdischen Insassen Phenol injizieren um zu sehen, wie

[1] Der ehemalige Naziforscher Friedrich Hoffmann in den USA.
(Quelle: Deckname Artischocke, Bertelsmann)

schnell sie sterben würden. Phenol wirkt auf der Haut ätzend und ist ein Nerven- bzw. Zellgift. Häufig wurde es intrakardial, also direkt ins Herz gespritzt. Anschließend setzte ein Krampfanfall ein, der den unmittelbaren Tod zur Folge hatte. Schreiber ist in den letzten Kriegstagen zum »Festungsarzt« von Berlin ernannt und am 29. April 1945 von Soldaten der Roten Armee festgenommen worden. Laut seiner eigenen Erklärung vor Gericht, haben »deutsche Wissenschaftler und vor allem deutsche Ärzte eine schwere Schuld auf sich geladen«, in dem sie maßgeblich an der Vorbereitung biologischer Kriegsführung durch die deutsche Wehrmacht beteiligt waren. Er selbst wurde angewiesen, einen Feldzug – mit Hilfe von Pestbazillen – gegen die Sowjetunion zu planen und umzusetzen. Schreiber, der vom Gericht ohne Angabe von Gründen als unglaubwürdig eingestuft wurde, floh später aus der DDR. Im September 1951 siedelte er mit seiner Familie in die Vereinigten Staaten, um im Rahmen der CIA-Operation »Artischocke« an der Erprobung von biologischen Kampfmitteln mitzuarbeiten. Ende Oktober/Anfang November 1951 erschien ein Artikel in der New York Times, der die Tätigkeit des ehemaligen sowjetischen Kronzeugen Schreibers für die amerikanische Regierung und seine Rolle als Arzt in Konzentrationslagern behandelte.

Im Dienste der CIA: Kurt Blome – Nazi-Mörder in Weiß

Unter der Leitung des Stellvertreters des Reichsgesundheitsführers Leonardo Conti und stellvertretender Leiter der Reichsärztekammer, Kurt Blome, wurden in den Konzentrationslagern Dachau und Mauthausen Versuche mit Meskalin an Häftlingen durchgeführt. Meskalin ist ein Wirkstoff der Halluzinationen hervorruft. Es sollte herausgefunden werden, ob mit Hilfe der mexikanischen Peyote-Kakteen Menschen gegen ihren Willen befragt und vor allem zu wahren Antworten gebracht werden konnten. Laut einer Studie aus dem KZ-Dachau, bot die Verabreichung von Meskalin hervorragende Bedingungen für die Befragung der SS, da die Versuchspersonen selbst intimste Details preisgaben. Somit schien es für Verhöre von alliierten Kriegsgefangenen, Kommunisten, Partisanen, Agenten aber auch Widersachern in den eigenen Reihen ideal.

Kurt Blome war ein Antisemit und Rassist der ersten Stunde. Mitglied einer schlagenden Verbindung sowie der völkischen »Brigade Ehrhardt«. 1922 wurde er vorübergehend in Haft ge- →

[1] Der ehemalige Nazi-Chemiker Hans Trurnit suchte nach dem Krieg für das »Chemical Corps« der US-Army nach halluzinogenen Verbindungen. (Quelle: Deckname Artischocke, Bertelsmann)

nommen, weil er den Attentätern zur Flucht verhalf, die den jüdischen Reichsaußenminister Walter Rathenau ermordeten. Bereits 1931 trat er in die NSDAP ein (Mitgliedsnummer 590 233) und nach dem Januar 1933 nutzte er all seine Möglichkeiten für eine NS-Bilderbuchkarriere. Er promovierte auf dem Gebiet der Bakteriologie. Blom selbst saß in dem dichten Beziehungsgeflecht der »KZ-Experimentatoren« an mehreren Schaltstellen: Er war Mitglied im Reichsforschungsrat (zuständig für »Rassenpflege«) und in seiner Funktion als stellvertretender Reichsärzteführer wurden z.B. die Menschenversuche in Dachau direkt von ihm abgesegnet. Damit war er auch für so genannte Kälteexperimente verantwortlich. Bei den Kälteexperimenten wurden an sowjetischen und polnischen Kriegsgefangenen, aber auch an Juden, so genannten »Schwachsinnigen« und »Schwerverbrechern« die Reaktionen der Körper auf Unterkühlung untersucht. Für die Versuche wurden den »Probanden« deutsche Fliegeruniformen übergezogen und rektal ein elektrisches Thermometer eingeführt. Die Gefangenen wurden dann gezwungen in 12 bis 2 Grad Celsius kaltes Wasser zu steigen wobei Schwimmwesten sie am untergehen hinderten. Man wartete bis die Gefangenen nach ca. 1 Stunde erstarrten, nahm sie dann aus dem Wasser und prüfte wie lange sie brauchten, bis sich die normale Körpertemperatur wieder einstellte. Auch wurde versucht, die Opfer dieser »Versuche« u.a. mit heißem Wasser zu erwärmen. Die Unterkühlungstemperaturen wurden notiert, wobei alle Versuchspersonen mit einer Körpertemperatur unter 28 Grad starben.

Bei der ersten Versuchsreihe wurden auf diese Weise 50–60 Personen missbraucht – rund ein Drittel überlebte diese Behandlung nicht. Beim zweiten Test wurden etwa 150 Häftlinge im Winter nackt nach draußen getrieben und mussten bei Minustemperaturen die Nacht überstehen. Einmal pro Stunde ließ man sie mit kaltem Wasser übergießen. Die Untersuchungen waren angeblich von großer Bedeutung für die Reichsluftwaffe, um Überlebenschancen bei abgestürzten Piloten zu erhöhen, welche bei sehr niedrigen Temperaturen notwassern müssten.

Im August 1943 wurde ein biologischer Angriffskrieg Deutschlands mehrfach zwischen Himmler und Blome diskutiert. Blome bekam von Himmler nicht nur den Befehl, wirksamen Impfstoff gegen die Pest für die Bevölkerung zu entwickeln, sondern auch die Verbreitung von Pestbazillen zu testen. Auch wurde ihm genehmigt, unter dem Decknamen »Siebenschläfer«, Experimente mit genau diesen Bazillen an Menschen in den jeweiligen Konzentrationslagern durchzuführen. Blome hatte Menschenversuche mit Bakterien und Viren auch stets als unbedingt notwendig bezeichnet. Er begann sofort damit sein B-Waffenzentrum – ein ehemaliges Kloster in Nesselstadt (bei Posen) auszubauen sowie Gebäude aus »bakterienfestem Zement« zu errichten. Diese waren mit gasdichten Türen und Fenstern, angeschlossenem Krematorium und mit Schleusen versehen. Die finanziellen Mittel wurden vom Reichsforschungsrat zur Verfügung gestellt. Als die rote Armee vorrückte, floh Kurt Blome aus Nesselstadt nach Geraberg in Thüringen, um dort seine Pestforschung weiter zu betreiben. Die wichtigsten Dokumente, einige wissenschaftlichen Apparaturen und seine Pestkulturen in Spezialbehältern konnte er mitnehmen. Den größten Teil seiner Akten vernichtete er allerdings.

Als die Amerikaner im April 1945 Thüringen besetzten und auf das unvollendete Forschungsgelände in Geraberg aufmerksam wurden, konnten sie einen Teil der mitgenommenen Dokumente in einem örtlichen Schulgebäude entdecken. Blome selbst wurde am 17. Mai 1945 von einem Agenten des amerikanischen Armeegeheimdienstes »Counter Intelligence Corps« (CIC) in München verhaftet. Daraufhin wurde er in einer Eskorte zur Internierung nach Kransberg, nördlich von Frankfurt am Main, gebracht.

Die Amerikaner legten Blom bei dem Verhör Aufklärungsfotos von Nesselstadt und dem späteren Labor im thüringischen Geraberg vor. Die Expertengruppe war allerdings nicht an seiner Beteiligung und Verantwortlichkeit bei Menschenversuchen interessiert, um ihn etwa vor das Ärztetribunal in

[2]

[3]

Foto: Bundesarchiv

Nürnberg zu bringen. Die Vernehmer wussten zwar aus den Dokumenten, die in der Schule in Geraberg gefunden wurden, von den administrativen Funktionen und seinen Beteiligungen an Experimenten in den Konzentrationslagern, sie interessierten sich jedoch ausschließlich für die biologische Kriegsführung. Blome kooperierte und weckte das Interesse der amerikanischen Spezialisten. Aber nicht nur er stand auf der Wunschliste der Amerikaner. Mindestens ein Dutzend seiner Nazi-Kollegen kamen in den Fokus der »Chemical Corps« und der militärischen Führung von Camp Detrick, dem Hauptquartier der U.S. Army Medical Command in Frederick Maryland. Unter dem Decknamen »Paperclip« wurden die NS-Wissenschaftler, in dem Falle Biologen, Chemiker und Mediziner, während der Verhöre oder anschließend, rekrutiert. Sie sollten helfen, die Programme zur Kriegsführung mit biologischen Kampfmitteln auszubauen. Dies geschah anfangs z.B. in Form von Versuchen mit Kartoffelkäferlarven oder Pflanzengiften zur Schädigung der Ernten gegen die Nahrungsreserven der sozialistischen Welt. »Problematisch«, bei der Zuhilfenahme der Forscher, Wissenschaftler und KZ-Ärzte aus Nazideutschland war, dass sich so ziemlich alle in Nürnberg hätten verantworten müssen.

Bei dem Prozess wegen Blomes Beteiligung an den Experimenten sowie seiner Verantwortung als stellvertretender Reichsärzteführer kamen die Beweise gar nicht erst zur Sprache. Auch seine Beteiligung an den Versuchen mit Malariaerregern und Giftgas konnten angeblich nicht ausreichend belegt werden. Das Gericht sprach Blome frei und so wurde er Ende August 1947 aus der Haft entlassen.

Genau 4 Jahre später, am 21. August 1951 unterschrieb Blome dann in Wiesbaden einen Vertrag mit den Vereinigten Staaten. Sein ehemaliger Kollege Professor Erich Traub, der in diesem Fall sein Bürge war, arbeitete bereits für das »Naval Medical Research Laboratory« in Bethesda bei Washington, das vor allem im Bereich der biologischen Kriegsführung als auch in der Verhaltensforschung tätig war. Er wurde für das »Projekt 63« eingeteilt, welches »Paperclip« mittlerweile abgelöst hatte und sollte zeitnah in die Vereinigten Staaten übersiedeln. Aufgrund der Enthüllungen in der New York Times 1951 zu Walter Schreiber kam es ab Februar 1952 zu Protesten vor allem jüdischer Gruppen in den USA. Damit stand auch das »Project 63« auf dem Prüfstand. Deshalb musste Blome dann in der BRD bleiben. Er erhielt in Oberursel die ehemalige Stellung Schreiber's als Arzt beim US-Geheimdienst in einem US-Militärkrankenhaus beim «European Command Intelligence Center« (»Intelligenzlager Camp King«). In der Nähe von Camp King »forschte« er u.a. im »Haus Waldorf« in Kronberg weiter an Menschen. Hier wurde mit Hilfe von Narkose, Medikamentencocktails und Hypnose versucht, vermeintlichen Spionen die »Zunge zu lockern«. ■

[2] Der SS-Arzt Dr. Siegmund Rascher (links) nahm im Konzentrationslager Dachau grausame Kälteversuche mit Gefangenen vor. (Quelle: Deckname Artischocke, Bertelsmann)

[3] Kurt Blome als Angeklagter im Nürnberger Ärzteprozess.

NS-Aktion »T4«

Mord an Kranken

[1] Ein Fahrzeug der »Gemeinnützige Krankentransport GmbH« (GEKRAT). In solchen Bussen wurden über 70.000 kranke Menschen abgeholt um ermordet zu werden.

In diesem Jahr jährt sich zum siebzigsten Mal der Beginn der sogenannten »T4-Aktion«. Der Mord an geistig und körperlich Behinderten markiert den Beginn der systematischen staatlichen Ermordung von »Unerwünschten« durch den Nationalsozialismus.

Die Diskussionen um die Legitimation von Sterilisation und Krankenmord waren weit älter als das »Dritte Reich«. Bereits während der Weimarer Republik existierten »Eugenische und Rassehygienische Bewegungen« die, mit Differenzierungen untereinander, das Wohl und Verderben eines Volkes darin sahen, wie es seinen »Erbstrom« vor »kranken, degenerierten und volksfremden« Einflüssen rein halten könne.

Führende Mediziner, Kriminologen und Politiker der Weimarer Republik hielten Zwangssterilisationen unter gewissen Umständen für angebracht. Die Anhänger fanden sich nicht allein auf der rechten Seite des Parteienspektrums sondern auch weit in bürgerliche Kreise hinein. Auch in demokratischen Ländern wie den USA, der Schweiz oder Schweden existierten zu der Zeit bereits Gesetze, welche die Zwangssterilisation von »Erbkranken« erlaubten.

Hitlers Anordnung zum »Gnadentod unheilbar Kranker«, datiert auf den 1. September 1939, kann deshalb zwar als Bezugspunkt einer Erinnerungspolitik dienen, darf aber nicht die Vorläufer und weite Verbreitung des eugenischen Diskurses vergessen.

Ab 1933 setzten die Nationalsozialisten die Ziele der Rassehygienischen Bewegung auch in Deutschland in praktische Politik um, entsprachen doch ihre Vorstellungen den rassistischen und sozialdarwinistischen Grundannahmen dieser Bewegung. Auch Angehörige der eigenen »Volksgemeinschaft« standen im Fokus der rassehygienischen Aufmerksamkeit. Intensive Therapien sollten in Zukunft nur noch bei denen angewendet werden, bei denen noch Hoffnung auf Erfolg bestand – bei denen wo die Mühe aussichtslos erschien sollte die Euthanasiemöglichkeit als Bestandteil des ärztlichen Alltags angewendet werden.

So ermöglichte das »Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses« ab Januar 1934 die Zwangssterilisation von sogenannten Erbkranken. Fürsorgeämter, Gefängnisdirektoren und Amtsärzte waren aufgefordert Erbkranke den Gesundheitsämtern zu melden. Bis zum Beginn des Krieges 1939 wurden auf Grundlage dieses Gesetzes ca. 400.000 Männer und Frauen zwangssterilisiert. Wie viele von ihnen heute noch leben ist unbekannt.

Die Massenmordaktionen, welche von der Zentralstelle in der Berliner Tiergartenstraße 4 ab 1939 organisiert wurden, bedeuteten einen Quantensprung in der Politik des »3. Reichs« im Umgang mit, in Augen des Regimes, »Unerwünschten« und »Lebensunwerten«. Mit Beginn des Krieges wurde zu radikaleren Maßnahmen gegriffen, die nun erst aus Sicht der nationalsozialistischen Führung möglich und nötig waren.

Der Massenmord beginnt

Von der Tiergartenstraße 4 aus wurden neue Institutionen wie die »Reichsarbeitsgemeinschaft Heil und Pflegeanstalten RAG« oder die »Gemeinnützige Krankentransporte GEKRAT« geschaffen und koordiniert.

Krankenhäuser, Psychiatrien und Pflegeheime wurden angeschrieben und aufgefordert, Auskünfte über ihre Patienten zu erteilen. Besonders Informationen über die Krankheit, die Arbeitsfähigkeit, ob sie Besuch von Angehörigen bekommen und wie lange die PatientInnen sich bereits in

[2] Karl Brandt (Bildmitte) während des Urteilsspruchs im Nürnberger Ärzteprozess am 20. August 1947. Brandt war chirurgischer Begleitarzt von Adolf Hitler. Als ehemaliger SS-Gruppenführer und Generalleutnant der Waffen-SS, und Generalkommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen war er der Ranghöchste unter den Angeklagten im Prozess gegen Mediziner im Rahmen des Nürnberger Ärzteprozess. Insgesamt mussten sich beim Nürnberger Ärzteprozess nur 15 T4-Beteiligte verantworten.

der Anstalt befanden waren von Interesse. Die ausgefüllten Fragebögen wurden zurückgesandt und drei von insgesamt 30 T4-Ärzten entschieden nach Aktenlage über das weitere Schicksal.

Über 70.000 Menschen wurden nach der Entscheidung durch die berüchtigten grauen Busse der GEKRAT Reichsweit abgeholt und, über mehrere Stationen, in eine der sechs Tötungszentren, ehemalige Heil- und Pflegeanstalten, gebracht.

In diesen wurden die Kranken mittels Autoabgasen oder durch Giftspritzen ermordet und in den Krematoriumsöfen der Anstalten verbrannt. Anstaltseigene Standesämter stellten gefälschte Sterbeurkunden für die Angehörigen aus.

Die T4-Aktion blieb nicht lange geheim. Für Verwunderung hatten bereits die Briefe gesorgt durch welche die Anstalten zu Abgabe der Fragebögen aufgefordert wurden, da sie direkt vom Reichsinnenministerium kamen, ohne dass der normale Dienstweg über die Gesundheitsämter eingehalten wurde. Auch die Begründung, warum die Kranken verlegt werden sollten, die mangelnde Benachrichtigung der Angehörigen, der überraschende Tot der Patienten nach wenigen Wochen und die immer gleich lautenden Erklärungen wie Lungenentzündung oder Gehirnschlag weckten Verdacht. Der Rauch der Krematoriumsöfen in Hartheim war so auffällig, dass Anwohner Fotos von dem Gebäude machten. Auch bei den PatientInnen sprachen sich die Vorgänge rum. Einige leisteten verzweifelten Widerstand wenn sie die grauen Busse vorfahren sahen.

Proteste von evangelischen und katholischen Geistlichen, Unruhe in der Bevölkerung, sogar eine Anzeige wegen Mordes durch einen aufrechten Richter scheinen auf den ersten Blick für den offiziellen Stopp der Euthansieaktion im August 1941 verantwortlich zu sein. Doch zu diesem Zeitpunkt waren bereits über 70.000 Behinderte in den Tötungszentren umgebracht worden, das zu Beginn anvisierte Ziel der T4-Planer vom Herbst 1939 war bereits erfüllt.

Und auch nach dem Stopp ging die Aktion dezentral weiter. Sie transformierte sich und gewann an Radikalität und Umfang. Ca. 100 der Tötungsexperten der Euthanasieaktion wurden gleich nach Ende der T4-Aktion in die neu geschaffenen Todes-Lager Belzec, Sobibor und Treblinka der Aktion Reinhardt geschickt. Die Erfahrungen die sie mit der Massentötung von Behinderten gesammelt hatten wurden für das im Herbst 1941 beschlossene nächste Programm genutzt: Die sogenannte »Endlösung der Judenfrage« in Europa. Die ersten Kommandanten der genannten Vernichtungslager waren T4 Mitarbeiter und wurden auch von dort bezahlt.

In Kliniken des besetzten Osteuropas hielt man sich nicht lange mit medizinischen Untersuchungen von PatientInnen auf: Einsatzgruppen erschossen systematisch die Insassen um Platz für deutsche Truppen zu schaffen.

Auch im Reich ging die Ermordung an Behinderten weiter. Nicht mehr zentral gelenkt wurde weiterhin in den Anstalten durch Ärzte und Pflegepersonal hauptsächlich durch Nahrungsmittelentzug gemordet. Und auch die sechs Tötungszentren der Euthanasieaktion blieben weiter in Betrieb: KZ-Häftlinge, die Arbeitsunfähig oder politisch unbequem waren, wurden in der Aktion 14f13 in diese verlegt. Bis Kriegsende starben in den Krankenmordaktionen innerhalb Deutschlands weit über 200.000 Menschen.

Juristisches Nachspiel?

In den Nürnberger Ärzteprozessen wurden 15 T4-Beteiligte verurteilt. Weit über tausend Ärzte, Krankenschwestern oder Mitarbeiter in der Verwaltung der T4-Aktion gingen in der BRD, wie der Großteil der Nationalsozialistischen Einsatzgruppentäter, Juristen und Staatsbeamten, problemlos auf.

Sie hatten die Chancen für einen Karriereschub genutzt, die Ihnen der NS bot und konnten auch nach 1945 ihre Laufbahn weiter fortsetzen. Viele sahen sich als konsequente Reformer welche nur schädliches Erbgut für immer aus dem »Deutschen Volkskörper« entfernen wollten und den verbrecherischen Charakter der Anordnungen nicht haben erkennen können. Die Opfer der Sterilisierungen dagegen sind bis heute nicht offiziell als Verfolgte des Naziregimes anerkannt, wodurch sie einen Anspruch auf Entschädigungszahlungen erlangen würden. ■

weiß, rechts, britisch

In Irland versuchen Rassisten Fuß zu fassen

In Irland kommt es nach dem Ende des wirtschaftlichen Aufschwungs zu einem Erstarken des Rassismus. Die Neonazipartei British National Party (BNP) plant eine Expansion nach Irland. Nach einigen Wahlerfolgen in den vergangenen Jahren in Großbritannien möchte die BNP jetzt erstmalig in Nordirland Fuß fassen. Zuletzt bezeichnete der BNP-Parteichef Nick Griffin, Ulster als eine Priorität .

[1] Nick Greger und der ehemalige Chef der UFF Johnny Adair. (Faksimile aus: Verschenkte Jahre, Nick W. Greger, ZDK Berlin)

[1] Nick Greger und der ehemalige Chef der "Ulster Freedom Fighters" (UFF) Johnny Adair in Dänemark Anfang 2005 (nach den Ausstiegen)

Faksimile aus: Nick Greger, Verschenkte Jahre, Norderstedt 2005

Bisher hatten sich neonazistische Parteien aus England weitgehend aus der Unruheprovinz oder dem Süden Irlands zurück gehalten. Es gab informelle Kontakte zwischen britischen Neonazis und einzelnen Angehörigen paramilitärischer Organisationen in Nordirland. Diese rechten Verbände nennen sich »Ulster Volunteer Force« (UVF) oder »Ulster Freedom Fighters« (UFF)/Ulster Defense Association (UDA) und treten mit Waffengewalt für den Verbleib Nordirlands zu Großbritannien ein. Sie unterhalten Verbindungen zu rechts-terroristischen Organisationen in Europa. Anfang der 1980er Jahre flog ein Waffendeal zwischen dem »Vlaamse Militanten Orden« (VMO) aus Belgien und der UVF auf.

Nach Angaben des deutschen Neonaziaussteigers Nick Greger unterhielt er Kontakte zu Johnny Adair, dem ehemaligen Führer der UFF aus Belfast. Die Neonazigruppe um Greger sammelte Namen über linke Irland-Solidaritätsgruppen aus Deutschland und leitete diese an Adair weiter. Im Gegenzug sollte die UFF Ausbilder für Waffen- und Sprengstofftechnik für ein Neonazilager in Südafrika stellen. In Belfast zeichneten die UFF unter Führung Adairs die Verantwortung für zahlreiche Morde an irischen Bürgern und Mitgliedern von Sinn Féin.

In den letzten Jahren unterhielten rechte Paramilitärs enge Kontakte zur britischen Neonazi Gang »Combat 18«. Englische Neonazis nahmen regelmäßig an rechten Märschen in Nordirland teil. In den pro-britischen Hochburgen Nordirlands hängen Sticker und Plakate von Combat 18, der BNP oder der White Nationalist Party.

Dem Aufschwung folgt Rassismus

Seit dem wirtschaftlichen Aufstieg Irlands in den 1990er Jahren kommt es zum Erstarken von Rassismus. Opfer sind vor allem Menschen aus Ost- und Südeuropa, die es auf Arbeitssuche nach Irland zieht. Als vorläufiger Höhepunkt rassistischer Attacken wurden Ende Februar 2008 in Dublin zwei polnische Arbeiter erstochen.

Das Phänomen des Rassismus ist in Irland relativ neu. Das Agrarland als wirtschaftliches Schlusslicht Westeuropas war über Jahrhunderte Ausstatt Einwanderungsland. In Nordirland hing die irische Bevölkerungsminderheit am Tropf der ausgewanderten Diaspora. Seitdem der Krieg in Nordirland vorbei ist, kommen vermehrt Einwanderer auch nach Belfast oder Derry.

Vom wirtschaftlichen Boom im Dienstleistungs- und Tourismussektor blieb die irische Unterschicht weitgehend ausgeschlossen. Die konservative Regierung Südirlands förderte europäische und us-amerikanische Konzerne statt in das marode Bildungssystem zu investieren. So verlegten auch deutsche Firmen ihre Call-Center nach Irland, brachten ihre deutschsprachigen Angestellte allerdings gleich mit.

Ein Brennpunkt des Rassismus ist die Kleinstadt Portadown nahe Belfast, einer pro-britischen Hochburg. Dort kam es Anfang 2008 binnen weniger Wochen zu 15 Angriffen auf Migranten. Zwei polnische Familien wurden aus ihren Häusern vertrieben. Vertreter der Linkspartei Sinn Féin wiesen darauf hin, dass die Menschen aus Polen, Litauen oder Portugal aufgrund der Geschichte des Nordirland-

konfliktes als Migranten und Katholiken doppelt vom Rassismus betroffen seien. Auch der anti-muslimische Rassismus hat Nordirland erfasst. In Portadown organisierten pro-britische Parteien eine Kampagne gegen den Bau einer Moschee. Dazu passten auch die Sticker von Combat 18: »Keep Ulster White!«.

Erinnerungspolitik als eine Waffe gegen rechts

Unter politischen Parteien in Irland verfolgt einzig die irisch-republikanische Sinn Féin eine aktive antirassistische Politik. So fordert sie seit Jahren, das Arbeits- und Studiumsverbot für AsylbewerberInnen aufzuheben. Seit der Selbstentwaffnung der Irisch Republikanischen Armee (IRA) sind deren AktivistInnen bei Sinn Féin oder in Stadtteilvereinigungen aktiv. Sie organisieren Bildungsveranstaltungen und sind um Aussöhnung und Kontakt zwischen irischer, britischer und anderen Communities bemüht. In einem Gemeinschaftsprojekt organisierte Sinn Féin im Sommer 2007 eine antifaschistische Veranstaltung zur Erinnerung an den spanischen Bürgerkrieg. In den 1930er Jahren kämpften Sozialisten aus Reihen der IRA gemeinsam mit britischen Linken gegen den Franco-Putsch.

Eine Antifagruppe gibt es in Dublin. Gemeinsam mit AktivistInnen aus dem Norden blockierten sie im Januar 2006 einen rechten Aufmarsch in Dublin. Dabei errichteten Antifaschisten Barrikaden und lieferten sich Auseinandersetzungen mit der Polizei. ■

[2]

[2] Wandbild der loyalistischen Terrororganisation UFF in Belfast

Überblick zum Bürgerkrieg in Nordirland

Vor zehn Jahren unterzeichneten die Konfliktparteien im Nordirlandkonflikt das sog. Karfreitagsfriedensabkommens. Britische und irische Kräfte verhandelten einen umfassenden Friedensplan, Demilitarisierung, Amnestie für politische Gefangene und allgemeine Wahlen. Zuvor standen sich fast 30 Jahre die Irisch Republikanische Armee (IRA) und die britische Besatzungsmacht unterstützt von paramilitärischen Verbänden gegenüber.

Irland wurde vor über 800 Jahren von britischen Siedlern besetzt. Die irische Bevölkerung wurde enteignet und in Knechtschaft gezwungen. Irische Aufstände scheitern, bis beim Osteraufstand 1916 irische Nationalisten eine freie Republik ausriefen. Auch diese Revolte wurde niedergeschlagen und Irland nach einem Bürgerkrieg geteilt. 1921 wurde der anglo-irische Vertrag unterzeichnet, in dem die Teilung Irlands festgeschrieben wurde. Zwischen den Republikanern, die den Vertrag unterstützten, wie Michael Collins, und den Gegnern, wie Eamon de Valera, brach ein erbitterter Bürgerkrieg aus, der bis 1923 andauerte. In den durch den Vertrag Großbritannien zugeschlagenen sechs Grafschaften Nordirlands wurde die katholische Bevölkerungsminderheit bis in die 1980er Jahre bei erheblich diskriminiert, so zählten z.B. bei Wahlen die Stimmen loyalistischer Wähler unproportional mehr als die der irischen. Während Arbeiter pro Haushalt eine Stimme abgeben konnten, konnten britische Hauseigentümer oder Großgrundbesitzer bis zu zehn sammeln.

Inspiriert von der afroamerikanischen Bürgerrechtsbewegung um Martin Luther King bildete sich Ende der 1960er Jahre eine irische Bürgerrechtsbewegung. Die Loyalisten fürchteten um ihre Vormachtstellung und gingen brutal gegen irische Demonstranten vor. Ganze Straßenzüge der Katholiken wurden vom Mob und der loyalistischen Polizei RUC niedergebrannt und zehntausende Iren von britischen Paramilitärs aus ihren Häusern vertrieben. Die britische Armee rückte in dieser Situation ein, um die Pogrome zu beenden und wurde von den Iren zunächst jubelnd begrüßt.

In dieser Situation reorganisierte sich die zu dieser Zeit bedeutungslose IRA und knüpfte an den gescheiterten Osteraufstand von 1916 an. Sie sorgte für den Schutz der irischen Bevölkerungsminderheit und verwickelte die britische Armee in einen fast 30 Jahre währenden Guerillakrieg.

Mehr Informationen

AfA-Irland:
www.geocities.com/irishafa

Kampagne gegen die BNP:
www.stopthebnp.org.uk

Sinn Féin:
www.sinnfein.ie

Alte Liebe rostet nicht

Björn Resener

Es war sehr frisch und nieselte am Morgen des 9. Februar 2009 in Rom. Den jungen Faschisten, die vor dem Wandbild mit dem Keltenkreuz eine Ehrenwache hielten, schien das jedoch nichts auszumachen. Sie störten sich vielmehr an den Journalisten, die in die Viale Libia gekommen waren. Schnell trat ein kräftig gebauter Mittvierziger an diese heran und erklärte, dass keinerlei Aufnahmen vom Gedenken gemacht werden dürften.

Der Mann, der sich nicht vorstellte und unverzüglich Rückendeckung von einem halben Dutzend junger Schläger bekam, heisst Luca Malcotti. Er war Repräsentant der Alleanza Nazionale (AN) und ehemaliges Ratsmitglied im Campidoglio, dem römischen Abgeordnetenhaus, eine Person also, die der Öffentlichkeit Rechenschaft schuldig sein sollte. Doch auch der für die Kundgebung verantwortliche Einsatzleiter der Polizei kümmerte sich nicht um die Pressefreiheit. Er vermutete, dass viele Teilnehmer die Volljährigkeit noch nicht erreicht haben, weswegen sie vor Kameras zu schützen seien, während sie Blumen und Kränze vor dem riesigen Schriftzug niederlegen.

»Paolo vive« steht dort geschrieben. Eine Hommage an Paolo di Nella, den Aktivisten der neofaschistischen MSI[1] Jugendorganisation Fronte della Gioventù, der 1983 nach einer Auseinandersetzung mit Unbekannten verstarb. Neben den Schriftzug wurde ein Keltenkreuz gemalt, von einem Schild mit Kerbe umrahmt, wie es bei den Wappen der Waffen-SS Verbände üblich war.

Im »Afrikanischen Viertel« Roms, dessen Straßen nach den ehemaligen, afrikanischen Kolonien Italiens benannt sind, ist das Wandbild nicht der einzige Gedenkort für den neofaschistischen »Märtyrer«. In einem Park, unweit der Kundgebung, ist sogar eine Straße nach ihm benannt.

Dort, vor dem Straßenschild der Viale Paolo di Nella, das sich auf einem kleinen Hügel befindet, hatten festlich gekleidete Polizisten einen Kranz aufgestellt. »Bürgermeister von Rom« stand auf der Schleife. Sie war der Vorbote seines gut inszenierten Auftrittes. Allzu eindeutige Szenen, wie einen Monat zuvor, beim Gedenken für die »Märtyrer« von Acca Larentia, sollten dieses Mal nicht passieren. Sich inmitten von hunderten, den »römischen Gruß« zeigenden Neofaschisten wiederzufinden, die Scherpe des Stadtherren um den Torso gebunden, brachte Giovanni Alemanno doch ein wenig in Verlegenheit. Gegen elf Uhr Vormittags traf er also am Ort des Geschehens ein und wurde von Liliana di Nella, der Mutter des Verstorbenen, empfangen. Hier durften Aufnahmen gemacht werden und ein halbes dutzend Kameramänner fotografierten die Umarmungen und Beileidsbekundungen für den vor 26 Jahren verstorbenen Paolo. Die Herzlichkeit war nicht gespielt, denn der heutige Bürgermeister war mit dem Toten befreundet. Eine »solide und private« Freundschaft soll es laut Alemanno gewesen sein, die ihn bis heute dazu bewegt, den Keltenkreuz-Anhänger des Verstorbenen um den Hals zu tragen.

Die beiden Freunde verband aber auch das gemeinsame Engagement in der neofaschistischen Fronte della Gioventù, das nicht selten gewalttätige Züge annahm. Schon 1981 wurde Alemanno erstmals verhaftet. Ihm und einigen seiner Kameraden wurde vorgeworfen, einen Studenten mit Eisenstangen krankenhausreif geschlagen zu haben. Ein Jahr später bekam er eine Anzeige, weil er einen Brandsatz gegen die Botschaft der Sowjetunion geworfen haben soll. Und selbst noch 1989 wurde er bei Aktionen gegen den Besuch des amerikanischen Präsidenten noch einmal festgenommen.

Seiner Karriere haben die Gewalt und die acht Monate Gefängnis, die er nach dem Angriff auf die sowjetische Botschaft absitzen musste, keineswegs geschadet. Von 1988 bis 1991 war er Vorsitzender der Fronte della Gioventù. 1990 wurde er für die MSI in den Regionalrat von Lazio gewählt. Und als Alemanno 1994 die Umbenennung der MSI in Alleanza Nazionale mitmachte, die die italienische Rechte vom Image der Mussolini-Nostalgiker befreien sollte, wurde er noch im selben Jahr ins italienische Abgeordnetenhaus gewählt.

Schon 1992 hatte er Isabella Rauti geheiratet, die Tochter des MSI-Gründers Pino Rauti, der auch die Ordine Nuovo aus der Taufe hob, die in den 1960er Jahren in tödliche Bombenanschläge verstrickt war.

So änderte sich an Alemannos politischer Linie auch nach der Umbenennung der MSI nichts. Die Rechtsterroristen der »bleiernen Jahre«[2] versuchte er auch weiterhin in die Parteistrukturen einzubinden. Als er 2001 in der zweiten Regierung Berlusconi zum Agrarminister wurde, machte er bei-

1| Movimento Sociale Italiano – 1946 gegründete Sammlungspartei der italienischen Faschisten
2| Gemeint sind die vom bewaffneten Kampf und Staatsterrorismus gekennzeichneten, späten 60er und 70er Jahre
3| Siehe AIB Nr. 79
4| Gründer und Vorsitzender von Forza Nuova, die gute Kontakte zur NPD unterhalten

[1] Giovanni Alemanno mit Liliana di Nella, der Mutter des verstorbenen Neonazis Paolo di Nella am 9. Februar 2009 in Rom.

spielsweise Giuseppe Dimitri zu seinem Berater.

1978 gründete dieser zusammen mit Gabriele Adinolfi (siehe AIB #79) und Roberto Fiore[4], die sich antikapitalistisch gebende, neofaschistische Terza Posizione. Gleichzeitig war er bei den Nuclei Armati Rivoluzionari (NAR), einer rechtsterroristischen Parallelstruktur, auf deren Konto mindestens 33 Morde und der bis heute nicht restlos aufgeklärte Bombenanschlag auf den Bahnhof von Bologna gehen, bei dem 85 Menschen starben. Als 2006 auch Dimitri bei einem Autounfall starb, erwiesen ihm nicht nur alte Kameraden wie Adinolfi die letzte Ehre. Auch Alemanno war einer der Sargträger.

Doch Dimitri sollte nicht der letzte Protagonist der außerparlamentarischen Rechten sein, dem Alemanno Posten und Ämter verschafft. So wurde beispielsweise Antonio Lucarelli zum Chefsekretär des neuen Bürgermeisters. Dieser war in den 1990er Jahren Aktivist bei der klerikalfaschistischen Forza Nuova. Zwischen Juli 1998 und September 1999 beteiligte Lucarelli sich zudem an der ersten neofaschistischen Hausbesetzung in Rom, dem Spazio Libero Portaperta. Und noch bis 2004 war er Pressesprecher von Base Autonoma, dem in Rom weiter bestehenden Ableger des gleichnamigen, elf Jahre zuvor aufgelösten, neonazistischen Netzwerks.

Movimento Politico, die römische Sektion dieses Netzwerks sorgte Anfang der 1990er Jahre mit dem Kleben von gelben David-Sternen auf die Geschäfte von Juden für Aufsehen. Damit hatten sie sich nicht nur den militanten Arm der jüdischen Gemeinde Roms zu Gegnern gemacht, der ihr Lokal zerstörte, sondern auch das Gesetz. Mit dem 1993 in Kraft tretenden Mancino-Gesetz, das das Anstiften zu rassistischer Gewalt und Diskriminierung verurteilt, wurden fast alle Sektionen von Base Autonoma verboten. Einzig die Veneto Fronte Skinheads konnten sich dem Verbot entziehen, andere umgingen es durch Umbenennung.

Auch Lucarelli war bei der bürgermeisterlichen Gedenkzeremonie für Paolo di Nella vor Ort. Und im letzten Moment tauchte wieder Malcotti auf. Eine Hand voll junger Faschisten, allesamt Anhänger der AN-Jugendorganisation Azione Giovani hatte er aus der Viale Libia mitgebracht. Sehen und gesehen werden. Ein weiteres Stelldichein der etablierten, neofaschistischen Rechten in der italienischen Hauptstadt.

Mit der Ende März erfolgten Vereinigung von Alleanza Nazionale, der Berlusconi Partei Forza Italia und einigen Kleinstparteien zum Popolo della Libertà, ist die neofaschistische Rechte jetzt ganz offiziell Teil der stärksten Partei Italiens. Und ihre Rolle ist keineswegs Marginal. Giovanni Alemanno zählt nach Gianfranco Fini und natürlich Silvio Berlusconi zu ihren Hauptakteuren. Und auch Luca Malcotti hat als römischer Vize-Koordinator der neuen rechten Einheitspartei einen wichtigen Posten bekommen. ■

Der Papst und die Holocaustleugner

Bernard Schmid

Man hätte nach Papst Johannes Paul II. – mit bürgerlichem Namen Karol Woytila – an der Spitze der katholischen Kirche glauben mögen, es könne nicht mehr schlimmer und reaktionärer kommen. Der von 1979 bis zu seinem Ableben im April 2005 amtierende, aus Polen stammende Papst war als Repräsentant des anti-sowjetischen »Widerstands«, aber auch eines generellen, weltweiten antimarxistischen Engagements gewählt worden. 1987 hatte er dem chilenischen Diktator Augusto Pinochet die Hand geschüttelt und der Bevölkerung Chiles erklärt, im Namen der christlichen Werte sei ein Widerstand gegen das Pinochet-Regime nicht zulässig.

Doch die Annahme war trotzdem ein Irrtum: Es konnte und kam tatsächlich noch schlimmer und reaktionärer. Dort, wo Johannes Paul II. gewisse Abgrenzungen nach Rechts innerhalb »seiner« Kirche vorgenommen hatte – und sei es aufgrund von Eigeninteressen des Apparats gegen rechte »Dissidenten«, die ihm den Gehorsam verweigerten –, versucht der neue Papst diese Bruchlinien nun zu kitten. Der frühere Joseph Ratzinger verfolgt, seitdem er 2005 als »Benedikt XVI.« zum Papst gewählt worden ist, unter anderem das Anliegen, ein zwanzig Jahre altes »Schisma« (d.h. eine Kirchenspaltung) zu überwinden. Dabei dreht es sich um den 1988 erfolgten Ausschluss der Anhänger des französischen ultrareaktionären (Ex-) Bischofs Marcel Lefevbre aus der römisch-katholischen Amtskirche. Lefevbre, ehemals Kolonialbischof im westafrikanischen Dakar, trat strikt gegen die Modernisierungsschritte und Errungenschaften des Zweiten Vatikanischen Konzils von 1962 bis 1965 ein.

Dazu gehören die Abhaltung der Messe in den jeweiligen Landessprachen, die für das »gemeine Volk« verständlich ist – und eine Suche nach Aussöhnung des katholischen Christentums mit den Juden, die nicht länger als »Gottesmörder« und Schuldige an Jesus' Kreuzigung geschmäht werden dürfen. Beides ist Unfug aus der Sicht des Ultrareaktionärs Lefebvre und seiner Anhänger. Diese sind felsenfest von der tiefen Überlegenheit der eigenen Religion über alle anderen überzeugt: Es könne ja nur einen wahren Glauben geben, und den besitze man selbst.

Der frühere Bischof Marcel Lefebvre hatte 1970 in Ecône in der französischsprachigen Schweiz seine eigene religiöse Gemeinschaft, die Priesterbruderschaft Fraternité Pie X. – benannt nach Papst Pius X., der in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg amtierte – gegründet. 18 Jahre später wurde er von Papst »Johannes Paul II.« exkommuniziert. Nicht so sehr, weil er zu reaktionär war, sondern vor allem wegen eigenmächtigen Handelns und Amtsanmaßung: Er hatte im Jahr 1988 auf eigene Faust vier Bischöfe geweiht. Das Vorrecht, diese Handlung vorzunehmen, liegt jedoch laut kirchlichem Kodex allein beim amtierenden Papst. Lefebvre wurde also die Tür gewiesen, und mit ihm den vier von ihm eingesetzten »Bischöfen«. Lefebvre selbst ist im Jahr 1991 gestorben.

Die Anhänger Lefevbres sind derzeit in rund 40 Ländern präsent. Ihre Anzahl wird in manchen Quellen auf insgesamt 150.000 bis 250.000 geschätzt, der Vatikan geht hingegen von bis zu 600.000 aus. Unter ihnen sind rund fünfhundert Priester. Der geographische Schwerpunkt ihres Wirkens liegt in Frankreich und der Schweiz.

In vielen Ländern sind ihre Anhänger in der extremen Rechten politisch aktiv oder sympathisieren mit ihr. Auf französischem Boden finden sie sich etwa beim Front National (FN) oder in seinem Umfeld. In der (seit 1977 von den Fundamentalisten »rechtswidrig« besetzten), durch die Piusbrüderschaft kontrollierten Kirche Saint-Nicolas-du-Chardonnet im fünften Pariser Bezirk werden Feierlichkeiten für hohe Parteipersönlichkeiten, etwa Beerdigungen in Anwesenheit von Jean-Marie Le Pen, zelebriert.

In Österreich wiederum ist die fundamentalistische Katholikenströmung, die Lefebvre unterstützt(e), vor allem mit Ewald Stadler in der politischen Landschaft vertreten, einem prominenten Juristen und rechtsradikalen Politiker. Er gehörte bis 2007 der »Freiheitlichen Partei Österreichs« (FPÖ) an, die er jedoch aufgrund von Differenzen mit deren Chef Heinz-Christian Strache verließ. Im August

[1] Der österreichische Spitzenkandidat des »Bündnis Zunkunft Östereich« (BZÖ) Ewald Stadler.

[2] Der ultrareaktionäre (Ex-) Bischoff Marcel Lefevbre.

2008 gab er seinen Übertritt zum BZÖ (»Bündnis Zukunft Österreich«) unter der damaligen Führung von Jörg Haider bekannt. Solcherlei Positionierung war jedoch eher selten bei FPÖ und BZÖ, weil das – in der Geschichte zwischen deutschnational und liberal schillernde – »Dritte Lager«, aus dem die FPÖ und das BZÖ hervorgingen, historisch in seiner Mehrheit eher antiklerikal geprägt ist.

In Rom zeigt sich der amtierende Papst seit einiger Zeit bemüht, diesen Bruch mit dem früheren Rechtsaußenflügel der Kirche zu kitten. Zugleich dürften bestimmte ideologische Berührungspunkte bestehen. Denn auch Benedikt XVI. zeigt sich etwa davon überzeugt, dass es einen »interreligiösen Dialog«, wie er sagt, »im engen Sinne« – also in Kernfragen – nicht wirklich geben könne, da letztlich nur eine Religion Recht habe. Schon im September 2007 verabschiedete Benedikt XVI. einen Erlass, demzufolge die »Traditionalisten« – so werden die Fundamentalisten im Stil der Anhänger Lefebvres auch bezeichnet – die Messe im Rahmen der Amtskirche auch in Latein feiern dürfen, wenn ihnen der Sinn danach steht. Dieser Beschluss sollte ausdrücklich ihre Rückkehr in die Reihen der römisch-katholischen Amtskirche ermöglichen und beschleunigen. Dazu wurde auch eigens ein Glaubensinstitut für diese Strömung geschaffen, das seit September 2006 bestehende Institut du Bon Pasteur (Institut des Guten Hirten).

Am 23. Januar 2009 war es soweit: An dem Tag verkündete der Vatikan, die Exkommunikation der vier »Bischöfe«, die im Jahr 1988 durch Marcel Lefebvre geweiht wurden, sei aufgehoben worden. Es handelt sich um Bernard Fellay, Bernard Tissier de Mallerais, Richard Williamson und Alfonso de Galaretta. Diese werden dadurch von Rom nicht als ordentlich geweihte Bischöfe anerkannt – wohl aber durch ihre eigenen Schäfchen –, sind aber gleichwohl nun wieder anerkannte Mitglieder der katholischen »Glaubensgemeinschaft«.

Aber mit ihnen kam auch der Skandal. Sicherlich ging es der Spitze des Vatikans nicht bewusst und mit Absicht darum, Antisemiten und Auschwitzleugner als solche zu rehabilitieren. Benedikt XVI. wollte mit den Lefebvre-Anhängern vorwiegend eine reaktionäre Stoßtruppe für die Kirche zurückgewinnen, aber zumindest nicht bewusst explizite Antisemiten beziehungsweise von christlichem Antijudaismus motivierte Kreise. Eingehandelt hat er sich nun aber nicht nur solche, sondern auch einen expliziten Holocaustleugner in ihren Reihen.

Denn das schwedische Fernsehen (SVT) strahlte drei Tage vor der offiziellen Aufhebung der Exkommunikation für die vier umstrittenen »Bischöfe« ein (früher aufgezeichnetes) Interview mit Williamson aus. Darin bestreitet dieser offen die historische Existenz des Holocaust; er beziffere die Anzahl der in NS-Konzentrationslagern umgekommenen Juden auf rund 200.000, »aber nicht ein einziger in Gaskammern«. Argentinien – wo Williamson bis dahin lebte – wies den Mann daraufhin im Februar aus. Der Vatikan distanzierte sich eilfertig von jeglicher Holocaustleugnung, nahm die Aufhebung der Exkommunizierung Williamsons' und der übrigen Fundamentalistenhäuptlinge jedoch nicht zurück.

Ende Juni planen die Lefebvristen unterdessen eine neue »Provokation«, wie die Pariser Abendzeitung Le Monde (vom 3. 6. 2009) ihr Vorhaben qualifiziert. Am 29. Juni dieses Jahres planen die katholischen Fundamentalisten, an ihrem Hauptsitz im schweizerischen Ecône, durch ihren derzeitigen Oberhirten Bernard Fellay, acht neue Priester weihen zu lassen. Dies leitet de facto eine neue Kraftprobe mit der katholischen Amtskirche ein – denn zwar hat man in Rom zu Anfang des Jahres die Exkommunikation gegen mehrere Anführer der Lefebvristen aufgehoben, aber man hat ihnen nicht kirchenrechtlich ihre Ämter anerkannt. Das bedeutet, dass, unter formal kirchenrechtlichen Gesichtspunkten, die fundamentalistischen »Bischöfe« zwar nicht länger aus der Kirche als »Gemeinschaft der Gläubigen« ausgeschlossen – aber eben auch keine rechtskräftig amtierenden Bischöfe sind. Insofern besitzen sie auch keinerlei Vollmacht dazu, etwa Priesterweihen zu feiern. Abzuwarten bleibt, wie Rom reagieren wird. ■

Ein aktuelles Buch über christlichen Fundamentalismus in Deutschland kommt genau zur rechten Zeit. Verschiedene Auseinandersetzungen in der jüngsten Vergangenheit haben gezeigt, wie umstritten und gleichermaßen unbekannt die Evangelikalen sind. Die beiden AutorInnen, Oda Lambrecht und Christian Baars, sind seit Jahren als JournalistInnen für Rundfunk und Fernsehen aktiv. Sie liefern in diesem Sachbuch eine erste detaillierte Studie über die evangelischen Fundamentalisten ab, die so umfangreich bisher nicht nachzulesen war. Das Spektrum der Gruppen ist komplex und für Außenstehende oftmals verwirrend. Lambrecht/Baars unternehmen nicht den Versuch, die verschiedenen Gruppen aus ihrer organisatorischen Herkunft zu analysieren oder durch ihre Zugehörigkeit zu Netzwerken, Bünden oder Allianzen zu unterscheiden. Sie unterteilen ihr Buch in sieben thematische Kapitel und nähern sich so den Aktionsfeldern dieser Gruppierungen. Eine Methode, die funktioniert, doch eine Darstellung der Genese der Evangelikalen Gruppen in Deutschland wäre dennoch ratsam gewesen. Eine Darstellung des Einflusses der Evangelikalen auf die Landeskirchen sowie ein Schlusswort gegen Intoleranz und Diskriminierung schließen das Buch ab.

In dem langen einführenden Kapitel »Kampf dem Teufel – Alltag zwischen Wundern und Dämonen« machen die AutorInnen deutlich, wie attraktiv die Heils- und die Heilungsversprechen der diversen Prediger sind. Christliche Wunderheiler haben Konjunktur: »Sie erzählt von ihrem Mann Siegfried, der sei KfZ-Meister und betreibe ein Autogeschäft. Sie glaubten, auch Gott habe Ersatzteile – da wüchsen manchmal neue Zähne oder sogar Arme oder Beine.« (S.20) Schwere Erkrankungen, aber auch »Perversionen« wie »Intellektualismus« werden durch Beten, Handauflegen oder auch durch schlichte Dämonenaustreibungen »besiegt«. Hier wie in dem anschließenden Kapitel über Sexualität (»Sex und Sünde«) wird deutlich, wie diese Gruppierungen über die Körper der Menschen Macht über ihre Köpfe erlangen. Homosexualität wird von vielen als Leiden oder eine »Störung« angesehen, die entweder therapiert oder geheilt gehört; auf jeden Fall darf ein evangelikaler Christ diese »Neigung« nicht praktizieren (S. 61). Auf homosexuelle Mitglieder der Gemeinden wird ein starker religiöser Druck ausgeübt: »Das könnte zu schweren Depressionen bis hin zum Suizid führen« (S. 63).

Zwei kürzere Kapitel stellen den Einfluss des sogenannten »Kreationismus« in Gesellschaft und in den Schulen dar. Dem ausgeprägten »Sendungsbewusstsein« der evangelikalen Gemeinden, der Missionierung in Deutschland und weltweit, widmen sich die AutorInnen in weiteren Abschnitten intensiv. Die penetrante Missionierung gehört sicher zu den herausforderndsten Eigenschaften dieser Gruppen.

Die Aussagen ihrer Reportagen belegen die AutorInnen mit einer überdurchschnittlichen Anzahl von Quellen. Eine Stärke des Buches ist die zurückhaltende Sprache. Vorschnelle Wertungen oder Polemik fallen nicht auf. Die Auswahl der Quellen – Publikationen der Gruppen, Internet, Interviews mit ExpertInnen und ehemaligen Mitgliedern – erscheint ausgewogen und folgt journalistischen Grundsätzen: alle Gruppen erhielten die Möglichkeit, Stellung zu nehmen, was viele allerdings unterlassen haben. Trotzdem erreichte uns das Buch bereits mit einer ersten Schwärzung durch den Verlag. ■

Oda Lambrecht, Christian Baars
Mission Gottesreich
Fundamentalistische Christen in Deutschland
Ch. Links

Oda Lambrecht, Christian Baars: Mission Gottesreich. Fundamentalistische Christen in Deutschland.
Berlin 2009. Ch. Links Verlag.
250 Seiten.

Dämonisierung durch Vergleich

Wolfgang Wippermann – Professor für Neuere Geschichte an der FU Berlin – genießt ein gewisses Maß an Prominenz. Er ist Autor zahlreicher wissenschaftlicher Publikationen zur NS-Herrschaft, Faschismus – und Totalitarismustheorie. Wippermann schreibt zu dem Texte, die leichtverständlich aktuelle geschichtspolitische Debatten erklären und in diese kritisch eingreifen. Hierbei macht er auch vor Auftritten im Fernsehen und der Bildzeitung nicht halt. Im Anschluss an die letzte Intervention dieser Art, entstand sein Buch zur Debatte um die Äußerungen von Eva Herman »Autobahn zum Mutterkreuz« Historikerstreit der schweigenden Mehrheit (AIB # 79). Nun legt Wippermann wieder eine Streitschrift zum einem »Historikerstreit« vor. In »Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich« möchte er der Popularisierung der Totalitarismustheorie im selbstverständlichen Gleichsetzen von NS-Herrschaft und DDR entgegentreten. Diese Gleichsetzung kommt im mantrahaftem Sprechen von den »zwei deutschen Diktaturen« zum Ausdruck. Der Nationalsozialismus und die DDR waren beide deutsch und eine Diktatur. Hier enden aber schon bald die Gemeinsamkeiten. Die DDR hat bekanntlich weder ein rassistisches Mordprogramm ausgeführt, Nnch ging von ihrem Boden ein Weltkrieg aus. Von diesem Fakt kann nie abstrahiert werden, wenn zum Beispiel der Alltag im NS mit dem in der DDR verglichen werden soll. Weshalb sich für Wippermann neben »Makrovergleichen« auch »Mikrovergleiche« wie beispielsweise die vergleichende Erforschung des Alltages verbieten.

Das sich die geschichtspolitisch gewollte Sicht auf die zweifelsohne autoritäre DDR, als eine von »zwei deutschen Diktaturen« durchsetzen konnte, ist der Verdienst verschiedener Diskurse und ihrer Protagonisten. Wippermann nimmt sich dieser in leicht verständlicher Form an.

Wippermann stellt, die den Faschismus mit dem realexistierenden Sozialismus vergleichende und gleichsetzende Totalitarismustheorie, als die Staatsideologie der alten

Wolfgang Wippermann (2009): »Dämonisierung durch Vergleich: DDR und Drittes Reich«.
Rotbuch Verlag Berlin.
159 Seiten, 9,90 Euro

Bundesrepublik vor. Sie wirkte bis zu den Jahren der Entspannungspolitik mit »dem Osten« als Staatsdoktrin der BRD. In der Geschichts- und Politikwissenschaft verschwand sie zeitgleich aus dem Diskurs bzw. wurde durch die Faschismusforschung an die Wand gedrückt. Nun gelang der Totalitarismustheorie nach dem Enden der DDR ein Comeback, so dass Wippermann von einem »stillem Sieg« Ernst Noltes im »Historikerstreit« spricht. Dieser »stille Sieg« im Bewusstsein der Bevölkerung hat verschiedene Väter. Die zwischen 1992 und 1998 tagende 14. Enquetekommission des Deutschen Bundestages zur »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur«, der an der Berliner FU ansässige »Forschungsverbund SED-Staat«, das »Amt des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik«, sowie den Leiter der Gedenkstätte Hohenschönhausen Hubertus Knabe.

Allen diesen Institutionen und Personen deren Geschäft die »Dämonisierung durch Vergleich« ist, nähert sich Wippermann mit sarkastischer Kritik. So ist das Buch flott zu lesen. Hinterher steht man gut argumentativ präpariert für das Gedenkjahr 2009 vorbereitet. (F. Kunow) ■

Stefan Heym »Der Fall Glasenapp«

Bei dem Roman »Der Fall Glasenapp« handelt es sich um eines der erfolgreichsten antifaschistischen Werke das schon während der Zeit des Nationalsozialismus im Exil geschrieben wurden. Der 1942 in New York unter dem Originaltitel »Hostages« (zu dt. Geiseln) und 1958 in Ost-Deutschland wieder veröffentlichte Roman war der erste Roman von Stefan Heym, er wurde ein weltweiter Bestseller und ist in mehr als 20 Sprachen übersetzt worden. Heym, der 1913 als Sohn einer jüdischen Chemnitzer Kaufmannsfamilie geboren wurde und dessen tatsächlicher Name Helmut Flieg war, engagierte sich schon früh in antifaschistischen Kreisen. Nach dem Reichstagsbrand floh Heym 1933 in die Tschechoslowakei und von dort aus in die USA. Seine persönlichen Erfahrungen als Jude in Deutschland, des antifaschistischen Arbeiter-Widerstands und als Exilant flossen ganz offensichtlich in den Roman »Der Fall Glasenapp« mit ein. Der Roman spielt in dem von den Nazis besetzten Prag. In einer vollbesetzten Gaststätte verschwindet der Wehrmachtssoldat Glasenapp während mehrere hochrangige Wehrmachtsangehörige auf ihn warten. Die von den deutschen Besatzungssoldaten gerufene Gestapo und SS verhaftet unverzüglich alle Anwesenden, nimmt diese als Geisel und droht sie zu erschießen, wenn sich die vermeintlichen Mörder von Glasenapp nicht stellen. Schon früh wird den »Ermittlern« klar, dass Glasenapp Selbstmord aufgrund einer missglückten Liebesgeschichte mit einer Tschechin begangen hat. Trotz dieser Erkenntnisse werden die Vorwürfe des Mordes an Glasenapp Aufrecht erhalten. Ziel dessen ist Einschüchterung beim wirklichen tschechischen antifaschistischen Widerstand gegen die Deutschen zu erreichen, Denunziationen an tatsächlichen oder vermeintlichen Widerstandskämpfern zu provozieren und nationalsozialistische Macht zu demonstrieren. Ohne zuviel zu verraten, sei gesagt, dass die Nazis ihr Ziel im »Der Fall Glasenapp« nicht vollkommen erreichen. Im Zuge einer spannenden über parallele Handlungsstränge verlaufende realistisch erzählten Geschichte werden vor allem Aspekte des Widerstand, aber auch der Gnadenlosigkeit nationalsozialistischer Herrschaft und Gewalt deutlich. Besonders zu empfehlen ist der Roman aufgrund seiner feingliedrigen und enorm detailgetreuen analysierenden Nachzeichnung der Geiseln, der kapitalistischen Kollaborateure und der teilweise tatsächlich in Besatzung und Terror involvierte Nazigrößen. Neben persönlichen Lesegewinn würde sich »Der Fall Glasenapp« auch uneingeschränkt zur politischen Bildung von Jugendlichen eignen, da in sehr präziser Art und Weise der Technik und Praxis nationalsozialistischer Unterdrückung skizziert wird, aber auch willkürliche Aspekte und die Totalität des NS-Terrors deutlich werden. (LK) ■

Stefan Heym: Der Fall Glasenapp
btb Verlag, 368 Seiten
9,00 Euro

Abonniert

das Antifaschistische Info Blatt

Abokonditionen

Preise*

→ für 5 Ausgaben im Abo 15,50 Euro

Weiterverkauf

→ ab 3 Exemplaren je 3,10 Euro

→ ab 5 Exemplaren 20% Rabatt

→ ab 50 Exemplaren 25% Rabatt

* Alle Preise inklusive Porto und Verpackung

Mit der letzten Ausgabe erhältst Du eine Rechnung für die nächsten Ausgaben. Wenn Du bezahlst, läuft das Abo weiter, ansonsten nicht.

Für alle Bestellungen, außer dem Weiterverkauf, gilt Vorkasse. Egal ob bar, per Verrechnungsscheck oder mit Überweisung.

Bitte bei allen Zahlungen auf unser Konto deutlich schreiben, von wem und wofür das Geld ist.

Für **Bestellungen ins Ausland** setze Dich bitte vorher mit uns in Verbindung.

AIB 82
Führungs- und Finanzkrise in der NPD; Autonome Nationalisten; Die Böhsen Onkelz

AIB 81
Pro und Contra – Die Bürgerbewegung PRO; Thor Steinar vor Gericht; Filme über Neonazis

Impressum

Antifaschistisches Info Blatt
21. Jahrgang
Nummer 83 | 2.2009

Preis 3,10 Euro
Auslandspreis 4,10 Euro

ISSN: 1862-7838

Redaktion
Antifaschistisches Info Blatt
Gneisenaustraße 2a | 10961 Berlin
e-mail mail@antifainfoblatt.de

Das AIB wird von einem Redaktionskollektiv herausgegeben.

V.i.S.d.P. M. Heinlein (Adresse s.o.)

Konto AIB
Konto-Nr. 3 251 800
BLZ 100 205 00
Bank für Sozialwirtschaft, Berlin

AbsenderIn

____

____

____

____

Ich abonniere das AIB ab der Ausgabe

Ich will das AIB weiterverkaufen und bestelle Ausgaben.
Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung. Den Betrag überweise ich auf euer Konto.

Ich bestelle folgende Ausgaben des AIB nach:

EmpfängerInnen

Antifaschistisches Info Blatt

Gneisenaustraße 2a
10961 Berlin